

Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten

Dritter Teil

Herausgegeben von
Heinrich Herkner



Duncker & Humblot *reprints*

Schriften
des
Vereins für Sozialpolitik.

155. Band.

**Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem
Deutschen Reiche und seinen Verbündeten.**

Herausgegeben von Dr. Heinrich Hertner.

Dritter Teil.



Verlag von Duncker & Humblot.

München und Leipzig 1916.

By

Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik
von

Dr. Heinrich Herkner,

Geh. Regierungsrat und Professor der Staatswissenschaften
an der Universität Berlin.

Dritter Teil.

Aussprache in der Sitzung des Ausschusses
vom 6. April 1916 zu Berlin.



Verlag von Duncker & Humblot.

München und Leipzig 1916.

By

Alle Rechte vorbehalten.

Altensburg
Pfeiferliche Hofbuchdruderei
Stephan Geibel & Co.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort des Herausgebers	VII
Vorrede von Gustav Schmoller	VIII

Generaldebatte.

Vorsitzender, Hertner, H., Berlin	1
Spann, Othmar, Brünn	2
Vorsitzender	14
Spann, Othmar, Brünn	14
Diehl, Karl, Freiburg i. B.	15
Pierstorff, Julius, Jena	17
Jaffé, Edgar, München	19
Loh, Walther, München	21
Gothain, Breslau	22
Hartmann, Ludo, Wien	24
Weber, Max, Heidelberg	28
Tönnies, Ferdinand, Gutin	37
Ballod, Karl, Berlin-Grunewald	38

Spezialdebatte.

1. Erörterung über die mutmaßliche Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands und Österreich-Ungarns zum feindlichen Auslande nach dem Kriege, über den Handelskrieg und das Wirtschaftsblündnis.	
Vorsitzender	41
2. Bedenken gegen eine Erleichterung des Güteraustausches	
a) von seiten der agrarischen Interessenten.	
Weber, Max, Heidelberg	42
Vorsitzender	42
Weber, Max, Heidelberg	42
Vorsitzender	42
Loh, Walther, München	42
Gothain, Breslau	44
Ballod, Karl, Berlin-Grunewald	45
b) von seiten der industriellen Interessenten.	
Vorsitzender	47
Eulenburg, Franz, Leipzig	48

	Seite
W e b e r , M a x , Heidelberg	57
H a r t m a n n , L u d o , Wien	59
P i e r s t o r f f , J u l i u s , J e n a	63
S p a n n , O t h m a r , Brünn	65
V o r s i h e n d e r	66
S i n g h e i m e r , L u d w i g , M ü n c h e n	67
G o t h e i n , B r e s l a u	71
P i e r s t o r f f , J u l i u s , J e n a	75
H a r t m a n n , L u d o , Wien	75
3. Konkurrenz der verbündeten Reiche auf den Orientmärkten.	
V o r s i h e n d e r	75
W i e d e n f e l d , K u r t , H a l l e	77
E u l e n b u r g , F r a n z , L e i p z i g	80
4. Verkehrs-politische Mittel zum Zwecke der Annäherung.	
V o r s i h e n d e r	80
L o h , W a l t h e r , M ü n c h e n	82
B a l l o d , K a r l , B e r l i n - G r u n e w a l d	84
L o h , W a l t h e r , M ü n c h e n	86
B a l l o d , K a r l , B e r l i n - G r u n e w a l d	86
W i e d e n f e l d , K u r t , H a l l e	87
v. d. L e y e n , A . , B e r l i n	93
G o t h e i n , B r e s l a u	96
B a l l o d , K a r l , B e r l i n - G r u n e w a l d	100
W i e d e n f e l d , K u r t , H a l l e	101
V o r s i h e n d e r (S c h l u ß w o r t)	102
Zwei Nachworte.	
1. M. H a i n i s c h - W i e n	102
2. A. S p i e t h o f f - P r a g	108

Vorwort.

Da Ausschuß und Vorstand des Vereins in voller Übereinstimmung auf die Einberufung einer Generalversammlung während des Krieges verzichten zu sollen glaubten, konnte der mehrfach geäußerte Wunsch, über die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Bundesgenossen eine Aussprache herbeizuführen, nur in der Weise verwirklicht werden, daß diese in eine ohnehin notwendig gewordene Ausschusssitzung verlegt wurde.

Leider konnten nur zwei österreichische Ausschusssmitglieder an dieser Sitzung, die am 6. April 1916 stattgefunden hat, teilnehmen. Um den österreichischen Standpunkt in umfassenderer Weise zur Geltung zu bringen, hat der Vorstand noch zwei andere Ausschusssmitglieder aus Österreich, die den Annäherungsfragen immer ein besonders reges Interesse entgegengebracht haben, nämlich die Herren M. Hainisch und A. Spiethoff, gebeten, ihre Auffassungen in schriftlichen Gutachten der Aussprache beizufügen. Im übrigen hat auch Gustav Schmoller, der aus gesundheitlichen Gründen nur einem Teile der Sitzung beiwohnen konnte, nachträglich noch dasjenige schriftlich niedergelegt, was er ursprünglich in der Debatte hatte zur Geltung bringen wollen.

Bei der freundlichen Aufnahme, welche die Vereinschriften über die Annäherungsfrage in den weitesten Kreisen gefunden haben, hielt es der Ausschuß für richtig, auch die stenographischen Protokolle zu veröffentlichen. Sie enthalten nicht nur mancherlei wertvolle Ergänzungen, sondern auch einige vollkommen neue Gesichtspunkte.

Die Herausgabe der Verhandlungen ist in dankenswerter Weise durch den Schriftführer des Vereins, Herrn Franz Boese, besorgt worden.

Charlottenburg, im Juli 1916.

H. Herkner.

Vorrede.

Als der Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik am 6. April dieses Jahres seine Besprechung über die deutsch-österreichisch-ungarische Handelsannäherung und die darüber veröffentlichten Vereinschriften (Bd. 155, I u. II) hielt, stand meine Überzeugung über diese Fragen im ganzen fest. Ich hatte sie auch öffentlich schon ausgesprochen in der Neuen Freien Presse (vom 25. März, 2. und 9. April 1916) und dann in meinem Jahrbuch Bd. 40, 1916, Heft 2 in dem Artikel „Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas“. Ich hatte mich auf die Besprechung mit den Ausschüßmitgliedern sehr gefreut, wohnte ihr die ersten Stunden bei, war dann aber nicht frisch genug gewesen, um zu bleiben und selbst einzutreten. Ich habe die sehr lehrreiche Debatte jetzt mit großer Belehrung im einzelnen mehrmals gelesen und will nur mit wenigen Sätzen meinen Eindruck und meine Überzeugung, wie sie jetzt besteht, hier nachträglich anfügen. Eine wesentliche Änderung an meinen Ansichten ist trotz aller vorgebrachten Schwierigkeiten und Bedenken nicht erfolgt. Ich möchte mich so resumieren.

Die Verhandlungen über die jetzige Handelsannäherung zwischen den Zentralmächten sind eine Fortsetzung der Zollvereinsgeschichte von 1828—1867, des deutsch-österreichischen Handelsvertrags von 1853—1865, aber ebenso sehr der ganzen deutsch-österreichischen Politik von 1814 bis heute. Nachdem der Streit über die deutsche Hegemonie 1864 bis 1879 begraben, das deutsch-österreichische Bündnis von 1879 an die Stelle getreten und sich bis heute dahin bewährt hat, daß Deutschland nicht ohne Österreich-Ungarn und dieses nicht ohne jenes bestehen kann, muß zu dem Bunde der militärischen Verteidigung auch ein solcher gegenseitiger wirtschaftlicher Unterstützung und Förderung hinzukommen. Dazu gehört neben der gemeinsamen auswärtigen Politik in erster Linie ein Bund über eine gemeinsame Valuta und über ein einheitliches Zusammenwirken der beiden großen Zentralbanken, dann ein solcher über gemeinsame Wasserstraßen- und Eisenbahnpolitik. Daß auf diesen vier großen wirtschaftlichen Gebieten ein möglichst einheitliches Zusammenwirken ein-

treten müsse, auch wenn nur ein gewöhnlicher Meistbegünstigungsvertrag zwischen den beiden Zentralmächten jetzt zustande komme, betrachte ich als das beste Resultat der Verhandlungen des Ausschusses. Ist man so weit, dann werden auch die sonstigen Vorbedingungen sich finden lassen, um einen großen deutschen Kapitalstrom nach Österreich-Ungarn zu leiten.

Möglichst aber muß mehr erreicht werden: entweder ein Handelsvertrag mit wesentlich größerer Meistbegünstigung, als sie andere fernstehende Staaten erhalten, oder gar ein Zollverein. Zunächst ist das erstere ins Auge zu fassen, als das erreichbarere; es wird gewiß schon Schwierigkeiten haben, und noch viel größere wird ein eigentlicher Zollverein bieten. Aber sie werden im ersten Fall, hoffentlich aber auch im zweiten zu überwinden sein; die Bildung des Zollvereins 1828 bis 1853 war mindestens ebenso schwierig; alle Großmächte wollten ihn damals hindern; umsonst!

Heute liegt die Sache so, daß die Bildung der großen handelspolitischen Weltreiche, Großbritannien, Russland, Frankreich und der Vereinigten Staaten, nur in einem mitteleuropäischen, hauptsächlich deutsch-österreichischen Handelsreiche das nötige Gegengewicht finden kann, wenn Zentraleuropa nicht erdrückt werden soll. Dazu kommt, daß wir wahrscheinlich Polen und Belgien, bei aller sonstigen Selbstständigkeit, die wir beiden Staaten lassen wollen, uns handelspolitisch angliedern müssen, wenn unsere Volkswirtschaft recht gedeihen soll. Das ist so notwendig wie ein auskömmlicher Kolonialbesitz und wie politisch wirtschaftliche Bündnisse mit den Balkanstaaten sind. Die Politik des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns muß eine gemeinsame und übereinstimmende gegenüber Polen und Belgien, wie gegenüber den Balkanstaaten sein. Das setzt aber die engere wirtschaftliche Verbindung der beiden Zentralreiche oder ihren Zollbund voraus. Das Völkerrecht und die Staatspraxis muß endlich einsehen, daß praktisch die „Souveränität“ der großen und der kleinen Staaten eine verschiedene sein kann und tatsächlich immer sein wird; es ist das der einzige Weg, auf dem die Souveränität der kleinen zu erhalten ist.

Der Einwurf, daß eine Abstufung der Meistbegünstigung für fernstehende Staaten und die nächsten Nachbarn schwer erreicht werden könne, ohne alle unsere künftigen Handelsverträge zu gefährden, hat natürlich eine gewisse Berechtigung. Aber es kommt auf die Machtprobe an. Überdies hat eine solche Praxis längst da und dort eingesezt. Diese Abstufung liegt zu sehr in der Natur der Sache, als daß sie sich

nicht mit Geschick oder mit Drohung, eventuell mit Zollkriegen nach und nach erreichen ließe. Die hiermit unzufriedenen Staaten werden solche Abstufung immer noch eher ertragen, als den vollen Zollvereinen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland.

Der Hauptstreit bei der Debatte am 6. April war eigentlich der, ob die großen notwendigen inneren Reformen Österreich-Ungarns, die kommen müssen und die eine Zollannäherung oder einen Zollbund erst recht segensreich machen werden (wie besseres Schulwesen, Steuerreformen, Verwaltungsfortschritte) von den Österreichern und den Ungarn vorher selbstständig durchzuführen seien, ehe wir die wirtschaftlichen Verträge mit ihnen schließen, — oder ob wir darauf hoffen sollen, daß eben die wirtschaftlichen Verträge mit unseren Bundesgenossen diese Reformen in Bewegung bringen und fördern werden. *Meo voto* sind diese Fortschritte jedenfalls sicherer und rascher zu erwarten, wenn wir baldigst zu einem Einverständnis über Valuta, Bankwesen, Eisenbahn- und Zollwesen kommen. Daher ist der Streit, was zuerst zu geschehen habe, in meinen Augen mehr oder weniger müßig.

Dass wir in den Balkanstaaten und der Türkei ein maßvolles, uns nicht zu schädliches Schutzzollsystem nicht hindern dürfen, scheint mir selbstverständlich. Mit diesen Staaten ist ein Zollbund zunächst und wahrscheinlich auf immer ausgeschlossen. Aber das hindert nahe volkswirtschaftliche und Handelsbeziehungen derselben mit Zentraleuropa mit nichts. —

Der Streit innerhalb des Vereinsausschusses darüber, ob die Mitglieder — nur sie geben ja Voten ab, niemals der Verein als solcher — nur vom volkswirtschaftlichen oder auch vom politischen Standpunkt aus ihr Urteil abgeben sollen, scheint mir ein Streit um des Kaisers Bart. In allen Fragen der Volkswirtschaftspolitik — und dahin gehören alle hier einschlägigen — gibt es nur Urteile, die sowohl wissenschaftlichen als politischen Charakter haben. Und ich möchte sagen, im großen und ganzen haben die Mitglieder des Vereins, die neben theoretischer Schulung wirklich tieferes politisches Urteil haben, im ganzen für das engere Zoll- und Handelsbündnis der beiden Zentralmächte sich ausgesprochen.

Ich kann die Voten der Gegner einer solchen Politik nie lesen, ohne an die der Gegner des Zollvereins 1828—1867 zu denken. Es sind dieselben oder ähnliche Argumente, die damals wie heute gegen die Vereinigung geltend gemacht wurden. Der Sprung von 1828 bis 1834, der Preußen mit Süddeutschland verband, war damals so

schwierig und so gewagt, wie heute der, welcher das Deutsche Reich mit Österreich-Ungarn verknüpfen soll. Ein Stück Optimismus und Zukunftsglaube gehörte damals dazu wie heute. Zwei fast ganz fremde Staaten mit ganz selbständiger Geschichte und selbständigen politischen Lebensinteressen können keinen Zollverein bilden; ihre Söhne lassen sich auch nicht gegenseitig für einander totschießen. Aber Staaten, die geographisch, ethnologisch, auch vielfach sprachlich, dann nach ihren nationalwirtschaftlichen Lebensbedingungen miteinander verwachsen sind, die eine tausendjährige gemeinsame Geschichte haben, die können sich auch eine gemeinsame zollpolitische Zukunft schaffen, und sie müssen es, wenn sie vorankommen wollen: Die verschiedenen Staaten, die in der nordamerikanischen Union, ebenso die in Brasilien vereinigt sind, werden noch viel heterogener sein, als die der beiden europäischen Zentralstaaten.

Daher mein politisches, wie mein wirtschaftlich-politisches Urteil: Die Zukunft muß uns die zunehmende volkswirtschaftliche Verbindung der Zentralmächte bringen. Nur sie garantiert Zentraleuropa die nötige Macht und die wünschenswerte volkswirtschaftliche Blüte.

Harzburg, 4. Juli 1916.

Gustav Schmoller.

Rednerliste.

- Vorsitzender:** 1—2, 14, 41—42, 42, 47—48, 66, 75—77, 80—82, 102.
- Spann:** 2—14, 14—15, 65—66.
- Diehl:** 15—17.
- Pierstorff:** 17—19, 63—65, 75.
- Jaffé:** 19—20.
- Loß:** 21—22, 42—44, 82—84, 86.
- Gothein, Breslau:** 22—24, 44—45, 71—75, 96—100.
- Hartmann:** 24—28, 59—63, 75.
- Weber, Marx:** 28—37, 42, 57—59.
- Tönnies:** 37—38.
- Ballod:** 38—41, 45—47, 84—86, 86—87, 100—101.
- Eulenburg:** 48—57, 80.
- Sinzheimer:** 67—71.
- Wiedenfeld:** 77—80, 87—93, 101—102.
- v. d. Leyen:** 93—96.
-

Generaldebatte.

Der Vorsitzende, H. Herkner, leitet die Besprechung mit folgenden Ausführungen ein:

Ich darf mir vielleicht gestatten, für die äußere Ordnung dieser Debatte einige Vorschläge zu unterbreiten. — Ich denke mir, es würde zweckmäßig sein, zunächst eine Art Generaldebatte eintreten zu lassen, in der insbesondere auch die allgemeinen politischen Gesichtspunkte zur Geltung gebracht werden können.

Nach Abschluß dieser Generaldebatte möchte ich empfehlen — und diese Auffassung wurde vom Vorstand geteilt —, über folgende Punkte noch im einzelnen zu verhandeln: in erster Linie über die mutmaßliche Gestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum feindlichen Auslande nach dem Kriege — also über die Bestrebungen, welche eine Fortsetzung des Wirtschaftskrieges bezwecken. Es würde dabei vielleicht weiter eine Scheidung vorzunehmen sein zwischen der Stellungnahme der Westmächte und der Stellungnahme Russlands. Bei diesen Erörterungen kämen dann natürlich auch die Folgerungen in Betracht, die aus der Beurteilung der Situation zu ziehen sind: d. h. ob es sich bei der Annäherung zwischen Deutschland und Österreich in erster Linie um einen Zusammenschluß zum Zwecke der wirklichen Verteidigung gegen etwa beabsichtigte Angriffe unserer Feinde handeln soll, oder ob, wie es manchen ja vorstehen wird, der Zusammenschluß mehr die Absicht zu verfolgen hat, die Schutzzollmauern, die uns vom Auslande trennen, zu erhöhen. Dann käme es weniger auf eine Erleichterung des Verkehrs zwischen Deutschland und Österreich an, als auf einen gemeinsamen Abschluß gegenüber anderen Gebieten. Wir werden uns also fragen müssen, ob diese ganze Annäherung mehr von einer freihändlerischen Seele erfüllt sein soll — wenn ich so sagen darf — oder von einer hochschutzzöllnerischen.

Daran würde sich weitens wohl zweckmäßigerweise die Besprechung der Bedenken anschließen, welche gegen eine Erleichterung des Güterverkehrs zum Ausdruck gebracht werden, einmal vom Stand-

punkt der agrarischen Interessenten, dann vom Standpunkt der industriellen Interessenten aus.

In dritter Linie würde ein an und für sich sehr schwieriges, aber auch sehr wichtiges Thema zu besprechen sein, nämlich die Konkurrenz der verbündeten Reihe auf den Orientmärkten. Es sind ja von österreichischen Seiten in dieser Hinsicht einige Wünsche ausgesprochen worden, welche bei uns etwas befremdet und mancherlei Befürchtungen erweckt haben, Befürchtungen des Inhalts, daß die von österreichischer Seite gewünschte bewußte Beschränkung des deutschen Wettbewerbs auf den Orientmärkten doch vielleicht in erster Linie unseren Feinden zustatten kommen könnte, und daß eine solche Beschränkung mit einem starken Widerstand der betroffenen Balkanstaaten und der Türkei selbst zu rechnen hätte.

In vierte r Linie würden die Verkehrsfragen ins Auge zu fassen sein. Es handelt sich um die Frage, wie weit die zollpolitischen Maßnahmen gefördert werden können durch Maßnahmen der Eisenbahn tarifpolitik. Es wird insbesondere zu besprechen sein, welche Chancen bestehen, den „trockenen Weg“ zwischen Berlin und Bagdad auch in Friedenszeiten zu fördern. Es handelt sich endlich um die ganze Stellung der Donau in diesem Verkehr.

Das sind die Punkte, von denen der Vorstand annahm, daß sie für eine Aussprache besonders geeignet seien.

Ich möchte nun zunächst bitten, sich darüber auszusprechen, ob Sie mit dieser Ordnung der Debatte einverstanden sind oder nicht. — Da sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß Sie diese Vorschläge gebilligt haben.

Ich möchte nunmehr diejenigen Herren, die in der Generalsdebatte das Wort ergreifen wollen, bitten, sich zu melden.

Das Wort hat Herr Spann.

D. Spann: Hochberehrte Herren! Unendlichen Dank hat sich der Verein für Sozialpolitik dadurch verdient, daß er die vorliegende Veröffentlichung über die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Österreich veranstaltet hat, insbesondere vom österreichischen Gesichtspunkt aus, da ja für das kleinere österreichische Gebiet zuverlässige, gesammelte Materialien immer schwerer zu beschaffen sind als für Deutschland. Es kann natürlich nicht meine Absicht sein, mich über die vorzüglichen Arbeiten, die in den beiden Bänden enthalten sind, hier in

der Ausprache ausführlich zu äußern; ich will mir nur gestatten, mich mit den beiden Arbeiten, die etwas aus dem Rahmen herausfallen, mit jenen von Eulenburg und Schumacher, kurz zu beschäftigen und die Bitte vorbringen, daß von einem speziell österreichischen Standpunkt aus hier tun zu dürfen.

So wertvoll die Kritik ist, welche auf Schwierigkeiten aufmerksam macht, und so sehr namentlich die Arbeit von Eulenburg (aber auch die von Schumacher) durch gründliche Sachkenntnis und gewissenhafte Bearbeitung des Einzelmaterials Wertvolles vorbringt und sachliche Unterlagen für alle Meinungen bietet, so muß ich doch gestehen (wenn ich ein rein persönliches Bekenntnis hier vorausschicken darf), daß es mich geradezu geschmerzt hat, zu sehen, daß es gelehrte deutsche Männer gibt, Männer, die ich persönlich sowohl als Fachkollegen wie als Deutsche hochschätze und von deren im Grunde der meinen verwandten Gesinnung ich überzeugt bin — daß es gelehrte deutsche Männer gibt, welche einfach rund heraus gegen die Zollvereinigung auftreten. Es ist das, wie gesagt, zunächst ein persönliches Bekenntnis; ich werde mir aber die Mühe geben, hier auch objektivere Grundlagen für mein Urteil anzuführen.

Gerade wir Österreicher haben über das Kapitel „Zollbund“ schon lange vorher nachzudenken Gelegenheit gehabt. Wer die österreichische Geschichte kennt, wer sich namentlich für die Lostrennung Österreichs vom Reich interessiert hat, der weiß, daß diese Lostrennung wirtschaftlich vorbereitet wurde durch den preußisch-deutschen Zollverein, aus dem Österreich ausgeschlossen war. Dies war der erste Schritt zur Isolierung Österreichs. Nachdem Österreich diesen Anschluß, wenn ich so sagen darf, versäumt hatte, nehmen sich die anderen militärischen und politischen Ereignisse schließlich nur wie eine Vollendung und Krönung dieses Werkes aus. Jetzt, in diesem Kriege, stehen wir vor einer ähnlichen Sachlage. Die öffentliche Meinung ist in einer Weise, wie wir es nie hoffen könnten, für den Gedanken gewonnen, wieder den Anschluß zu suchen — und nun treten sachverständige Männer, deren Urteil ein Gewicht hat, auf und bringen es über sich, gegen den Zollverein, gegen diesen Anschluß, der für uns Deutsche in Österreich eine Lebensnotwendigkeit ist und von jeher als solche gefühlt wurde, Gründe anzuführen, verehrte Herren, welche selbst bei ungünstigem volkswirtschaftlichen Urteil niemals von solchem Gewicht sein können, daß sie an die geschichtliche und nationale Größe des Einigungswerkes her-

anreichten, sondern Gründe, welche einfach darauf hinausließen: „vom Standpunkt des geschäftlichen Vorteils, des augenblicklichen geschäftlichen Gewinnes bietet uns der Zollverein nichts“.

Nun kann man ja allerdings aus diesen Urteilen noch etwas anderes herauslesen. Die betreffenden Gegner können sich damit rechtfertigen, daß sie sagen: ja, auch für uns würde das nationale Ziel in erster Linie maßgebend sein, aber wir wollen — so sagt Schumacher — keine Enttäuschung; wir glauben nicht, daß der Zollbund die erwünschte organische Verbindung der Volkswirtschaften und damit auch der nationalen Gruppen herbeiführen wird, sondern diese Verbindung wird eher eine Enttäuschung und eine Lockerung durch ihn erfahren. Wie wird aber dieses allgemeine Urteil begründet? Schumacher sagt auf Seite 74 und 75: Die Haupttriebkraft im Wirtschaftsleben ist der Wettbewerb, und zweitens: der Zoll ist kein Erziehungsmittel: er kann als Erziehungsmittel nichts leisten — ein Standpunkt also, der im Grunde freihändlerisch ist. Drittens heißt es bei Schumacher: Die Vergrößerung des inneren Marktes, welche durch die Zusammenlegung der beiden Gebiete hervorgerufen wird, ist an sich wirkungslos; denn entweder ist die österreichische Industrie in gewissen Fällen der deutschen von vornherein überlegen, nämlich dort, wo sie solchen natürlichen Vorsprung hat, daß sie schon jetzt nach Deutschland herein liefert, dann hat die Beseitigung des Zolles ohnedies keinen Vorteil für Österreich und ist für Deutschland nicht besonders wichtig, oder aber ein solcher natürlicher Vorsprung der österreichischen Industrie ist nicht vorhanden; in diesem Falle hat die reichsdeutsche Industrie dadurch, daß sie weit kapitalkräftiger und wettbewerbsfähiger ist, die überlegene Macht und wird den schwächeren österreichischen Kameraden einfach niederwerfen. Die Folge davon wird der Niedergang jener österreichischen wirtschaftlichen Kräfte sein; es werden sich beide Teile mit Gross von einander zurückziehen. — Das ist so ungefähr wörtlich die Beweisführung Schumachers auf Seite 77 des ersten Bandes.

Ahnlich argumentiert gerade in dem ausschlaggebenden Moment, der Größe des inneren Marktes, Gulenburg, welcher auf Seite 92 und 95 des zweiten Bandes erklärt: Eine Vergrößerung des inneren Marktes kann nur eine ganz geringe Wirkung haben; sie dürfte sich hauptsächlich in bezug auf Luxusproduktion und dergleichen vorteilhaft geltend machen; aber andere Industrien, wie die chemische Industrie, die Textil- und Eisenindustrie können davon keinen Nutzen ziehen. Entweder

müßten sie durch Zoll und durch stärkere Durchführung der geographisch-nationalen Arbeitsteilung geschützt werden, oder man würde sie nicht schützen; dann würden sie einfach zugrunde gehen. — Es ist also im Grunde eine gleiche Beweisführung.

Nun, hochverehrte Herren, die ersten beiden Gründe, daß der Schutzzoll kein Erziehungsmittel, daß der eigentliche Bildner der Kräfte der freie Wettbewerb sei, ist also eine fast freihändlerische Theorie, über die ja hier nicht entschieden werden kann. Was aber vom rein theoretischen Standpunkt aus dazu bemerkt werden darf, ist, daß diese Argumente im Geiste einer lebensarmen, konstruktiven Manchesterauffassung verwendet werden. Schumacher glaubt als Freihändler den Zollbund abweisen zu müssen (Heiterkeit und Widerspruch). — Ich bitte, das ist eine schlüssige Beweisführung! Es heißt auf Seite 74: Die „gestaltende Haupttriebkraft“ ist der Wettbewerb, und Seite 75: „der große Erzieher im Wirtschaftsleben ist der Wettbewerb“, ferner: der Zoll ist kein Erziehungsmittel. Wer das sagt, argumentiert, streng genommen als Freihändler. Wenn Schumacher weiter sagt: Die Vergrößerung des inneren Marktes bietet keinen Vorteil, weil dann die schwächere österreichische Industrie ruiniert wird, so argumentiert er wieder freihändlerisch, indem damit ausgedrückt wird: dort, wo das größere Kapital, wo die stärkere wirtschaftliche Kraft, wo die besseren Standorte usw. sind, wird die siegende Industrie (d. h. natürliche, territoriale Arbeitsteilung) entstehen. Das nenne ich Freihändlertum. — Mit solchen fast manchesterlichen oder freihändlerischen Gründen also wird von Schumacher der Zollbund abgelehnt.

Nun höre ich andererseits: Unsere Beamtenchaft ist vielfach für den Zollbund nicht begeistert, weil sie in schutzzöllnerischem Geiste erzogen worden ist. Es herrscht hier also ein merkwürdiger Widerspruch. Der eine will aus freihändlerischen Gründen den Zollbund ablehnen, der andere aus schutzzöllnerischen Gründen. Die Wahrheit ist aber die, daß weder die freihändlerische noch die schutzzöllnerische Voraussetzung theoretisch für und wider den Zollbund etwas vorbringen kann. Vom freihändlerischen Standpunkt aus betrachtet, bedeutet der Zollbund: der innere Markt, das heißt, der freie, zollelose Markt wird vergrößert und die Zölle, die, hoch oder niedrig, vorhanden sind, werden an die Grenze gerückt, weiter hinausgeschoben — wodurch, selbst wenn hüben und drüben Industrien zugrunde gingen, doch im ganzen der Zustand größter Produktivität hervorgebracht würde. Auch vom schutzzöll-

nerischen Standpunkt aus ist die Sache, wenn man sie theoretisch nimmt, durchaus nicht abzulehnen; denn wenn darnach der Schutz zoll erzieherisch wirkt, so wirkt er auch dann erzieherisch, wenn er an die weiter entfernt liegende Grenze hinausgeschoben ist. Nur einen gewissen Vorbehalt muß der Schutzöllner machen: die schon vorhandenen gesunden Industrien nach beiden Seiten müssen, sofern sie durch Be seitigung der Zölle ruiniert würden, durch Zwischenabgaben wenigstens auf eine längere Übergangszeit hinaus geschützt werden. Mit diesem Vorbehalt wäre der Gedanke des Zollbundes auch vom schutzöllnerischen Standpunkt aus durchaus anzunehmen.

Das Für und Wider mit Bezug auf den Zollbund muß also anderswo liegen und liegt auch bei Schumacher anderswo. Er sagt an einer andern Stelle (allerdings nicht dort, wo er theoretisch die Sache begründet): Wir haben 10 Milliarden Außenhandel, Österreich hat nur 3 Milliarden; davon haben wir wieder nur einen verhältnismäßig kleinen Anteil. Was nützt uns das? — Mit anderen Worten: es wird das Problem des Zollbundes zunächst als ein geschäftlich es Augenblicksproblem vom Standpunkt der deutschen Ausfuhrindustrie aus behandelt. Dagegen muß ich mich aussprechen. Theoretisch ist die erste Beweisführung unhaltbar; das andere Argument hat eine politische Seite; davon werde ich mir später zu sprechen erlauben.

Worauf es bei der theoretischen Behandlung der Zollbundfrage ankommt, das ist grundsätzlich allein das Problem des inneren Marktes, und hier kann der (theoretisch) unumstößliche Satz gelten: daß der vergrößerte innere Markt auch eine größere Produktivität der nationalen Arbeit nach sich zieht. Die Vergrößerung der Produktivität kann vor sich gehen durch Spezialisierung der Betriebe, durch Vergrößerung der Betriebe und durch Erweiterung neuer Produktivkräfte. So einfach liegt die Sache aber nicht, wie Schumacher es darstellt: wir Reichsdeutschen mit unserer großartigen, leistungsfähigen Industrie werden die österreichische einfach überrennen, der kräftigere Teil siegt im Wettkampf — eine lebensarme, konstruktive Anwendung des Begriffs eines vergrößerten Marktes. Wir wollen uns die Sache einmal genauer ansehen. Wenn heute der Zollbund mit Zwischenzolllinie eingeführt wird — denn ganz ohne Zwischenzolllinie ist er vielleicht ausgeschlossen —, so ist die Grundtatsache folgende. Diejenigen Industrien, die eines Schutzes bedürfen, werden diesen Schutz, wenn auch in einer knapp bemessenen Weise und nicht auf ewige Zeiten (sondern zunächst etwa nur für zehn

oder zwölf Jahre) erhalten. Diese Industrien bleiben also, soweit sie durch die Zollfreiheit ernsthaft gefährdet wären, zunächst bestehen. Wie wirkt nun auf sie, die bestehen bleiben, jene Vergrößerung des inneren Marktes, welche mit der Zollermäßigung, bzw. überhaupt mit jener innigeren Verknüpfung der Volkswirtschaften gegeben ist, die der Zollbund im allgemeinen bringen muß? Darin sehe ich zunächst das Kernproblem. Nehmen wir als eine Art populären Beispiels etwa die Hutfabrikation. Infolge der Marktvergrößerung ist für eine jede Huttgattung, meinewegen Velourshüte oder steife Herrenhüte, der Bedarf sehr viel größer, und zwar (was wichtig ist) für den österreichischen Fabrikanten (der bisher ein kleines Gebiet hatte) weit mehr als für den deutschen; infolge der freigegebenen Vor- und Nachprodukte sind die Erzeugungsbedingungen einander wesentlich angenähert. Diese Industrien werden, obwohl sie geschützt sind, nicht bei ihrem gegenwärtigen Betriebe bleiben. Österreich hat z. B. eine berühmte Hutfabrikation in Nordmähren (Neutitschein); diese wird nicht bei ihrem gemischten Betriebe bleiben, wobei viele Arten von Hüten hergestellt werden, sondern jetzt wird sich zeigen, daß — sagen wir einmal für die Herstellung von Velourshüten — eine spezialisierte Erzeugung allein lohnend ist. Jene nordmährische Industrie wird sich vielleicht ganz auf gewisse Qualitätshüte, worin sie schon vorher besonderes geleistet hat, einrichten. Eine reichsdeutsche Fabrikation wieder, die vielleicht in der Herstellung von steifen Herrenhüten besonders leistungsfähig war, wird zu dieser übergehen. Eine steirische Industrie, die bisher hauptsächlich Touristenhüte, neben allen anderen Hüten herstellte, braucht gleichfalls nicht niederkonkurriert zu werden, sondern kann sich etwa auf Touristenhüte einrichten; sie wird vielleicht die deutsche Touristenhutindustrie zurückdrängen, es aber dieser ermöglichen, dafür andere Spezialartikel, auf welche sie besser eingestellt werden kann, herzustellen.

Es folgt also: im ganzen können die vorhandenen Industriekräfte — sei es mit Hilfe knappen Schutzes, sei es ohne diesen — bestehen bleiben; sie spezialisieren sich aber je nach der Zunahme des inneren Marktes in einer Weise, welche ihre Lebensader nicht angreifen kann — vorausgesetzt allerdings, daß sie gesund und kräftig sind. Es ist einfach ausgeschlossen, daß gut undierte Industrien (unter solchen Umständen) einander überrennen. Denn entweder ist die österreichische Industrie von vornherein schwächer,

dann wird sie, wenigstens auf eine gewisse Zeit, durch einen knappen Zwischenzoll geschützt (bestehen doch noch heute quer durch Deutschland solche Zwischenzölle); ist sie aber nicht schwächer, so wird die Spezialisierung von selbst erfolgen.

Es kommen aber außer der allgemeinen Grundtatsache der Marktvergrößerung noch andere generell zu fassende Ursachen in Betracht. Welche Faktoren bestimmen denn z. B. die Standorte jener spezialisierten Betriebe, welche auf Grund des größeren Marktes entstehen werden? Einmal ein gewisses — sagen wir: besonderes können, das da und dort verstreut ist. Im allgemeinen wird da gesagt: in Österreich wird das Luxusgewerbe, wird die Geschmacksindustrie mehr gedeihen können, was speziell Eulenburg in verdienstvoller Weise hervorgehoben hat. Er hat allerdings unterstrichen, daß dadurch die Zahlungsbilanz der österreichischen Volkswirtschaft noch nicht gerettet werde. Es werden aber andere sehr wichtige Faktoren vernachlässigt, vor allem die Wasserkräfte in den Alpen und in Dalmatien. Die Erschließung dieser unendlich wertvollen Wasserkräfte ist an einen großen innern Markt gebunden. Denn derartige Anlagen lohnen in der Regel nur, wenn im größten Stile erbaut, d. h. wenn ein sehr großer innerer Markt zur Verfügung steht. Der österreichische Markt ist dafür vorläufig meistens zu klein. Aber mit einem Schlag ändert sich die Sache, wenn die Zollmauer fällt. Wichtig ist dieser Gesichtspunkt auch gegenüber dem Einwand, der sich auf den relativen Mangel an Kohle in Österreich richtet, weil Wasserkraft die Kohle ersetzt. Ganz nebenher möchte ich demgegenüber ferner auf das Beispiel der Schweiz hinweisen, die großartige Industrien hat, ohne Rohstoffe zu bejihen.

Nun aber wollen wir uns ganz im allgemeinen die historische Be- schaffenheit der österreichischen Industrie ansehen! Es klingt vielleicht merkwürdig, wenn gerade ich mir erlauben muß, daran zu erinnern. Es ist ja richtig, daß stellenweise unter ungesundem Zollschutz ein üppiger Schleieran eingerissen ist. Im allgemeinen aber stehen unsere großen Industriezentren sehr günstig da, sowohl durch eine lange historische Vergangenheit, wie durch ihre gute Ausstattung (wenigstens den gegebenen Markt- und Zollverhältnissen entsprechend)¹, wie durch einen

¹ Man möge doch mit der dilettantischen Verurteilung einer Technik als „rückständig“ vorsichtig sein, die unter andern wirtschaftlichen Bedingungen arbeitet. Kleiner Markt, billige Arbeitskraft, teures Kapital machen die Anwendung von Maschinen und technisch vollkommenen Verfahren oft unmöglich, während hoher Lohn, großer Markt usw. sie gebieterisch fordern!

Generationen hindurch geschulten Arbeiterstand. Ich erinnere an die vielen glänzenden Industrien in Nordböhmen, an Wiskowitz-Ostrau, Pilsen, an die Brünner Textilindustrie, an die Wiener, an die Vorarlberger und nordsteirische Industrie. Wenn auch manches für reichsdeutsche Maße etwas klein und wirklich rückständig sein mag, so ist doch im großen und ganzen das Riveau dieser Industrie ein solches, daß auf deren ganz bedeutende Anpassungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit den Marktvergrößerungen und Zollermäßigungen gegenüber gerechnet werden darf. Mit dem Niederrennen, mit dem Niederkonkurrieren hat es seine besondere Weile, namentlich wenn eine Schonung stark gefährdeter Interessen angestrebt wird.

Diese Industrien sind außerdem von einem vorzüglich geschulten Technikerstand verwaltet, der sich mit dem reichsdeutschen Technikerstande wohl vergleichen läßt. Sie sind, wenn ihnen auch nicht dieselbe Kapitalkraft wie der reichsdeutschen Industrie innelwohnt, doch im großen und ganzen von Großbanken kontrolliert; sie sind in sehr weitem Maße in den Händen von Kartellen, die auch schon eine Vergangenheit hinter sich haben. Es sind also tüchtige, bodenständige Kräfte vorhanden, welche die größte Anpassungsfähigkeit in bezug auf Spezialisierung besitzen und durch ihre organisatorische Grundlage bei Banken und Kartellen die Möglichkeit haben, sich mit den reichsdeutschen Kartellen und Organisationen auseinanderzusetzen und mit ihnen zu paktieren. Kenner österreichischer Verhältnisse empfinden sehr wohl, daß sich die Kartelle gegenseitig nicht allzu sehr in Sträut sieigen, sondern Mittel und Wege finden werden, sich zu vertragen, sich durch Rationierung und dergleichen zu verständigen.

Ein wichtiger Einwand, den der hochgeschätzte Herr Kollege Eulenburg vorgebracht hat, ist noch folgender. Bei den Hauptindustrien: der Eisenindustrie, der Textilindustrie und der chemischen Industrie, wird sich nichts ändern, sie müssen durch Zwischenzölle geschützt werden (oder -- was natürlich nicht möglich ist -- man läßt sie einfach fallen; dann käme die Schumachersche Konklusion: in diesem Falle wird die reichsdeutsche Industrie sie niederrennen). Mit der Eisenindustrie steht es so, daß eine ganz wesentliche Verminderung des Eisenzolles in Österreich allerseits so lebhaft gewünscht wird, daß es ausgeschlossen erscheint, wieder einen Handelsvertrag mit so hohen Eisenzöllen zu schließen, und daß die führenden Männer der Eisenindustrie, z. B. Generaldirektor Schuster, bei verschiedenen Enquêtes selbst zu-

gegeben haben, es sei eine nicht unwesentliche Ermäßigung des Eisenzolles nötig². Damit ist aber sofort eine bessere Lage der weiterverarbeitenden Industrien gegeben. Und wie steht es mit der Textilindustrie? Die Brünner Textilindustrie z. B., sofern sie Qualitätsware erzeugt und schon jetzt nach Deutschland, Amerika usw. ausführt und selbst hohe Zölle zu überwinden vermag, braucht natürlich keinen Zoll. Soweit sie Stapelware herstellt (wie allerdings das Gros derselben), dürfte sie meist mit einem (durchschnittlich) billigeren Zoll als der Hälfte bestehen können. Die Reichenberger Handelskammer ferner hat es selbst ausgesprochen, daß ein ganz wesentlicher Verzicht auf Schutzzoll für die dortige Textilindustrie möglich ist, daß jene Industrie durch ihren generationenlang geschulten Arbeiterstand, durch einen technisch auf der Höhe stehenden Betrieb in der Lage ist, die Konkurrenz aufzunehmen. Diese Konkurrenz wird, und das möchte ich immer wieder unterstreichen, nicht ohne weiteres eine Konkurrenz auf Leben und Tod sein, sondern sie wird auf Spezialisierung (bzw. Rayonierung) hinwirken. Eine Industrie, die billige Stapelware herstellt, wie z. B. die Brünner Baumwollindustrie, ist ja schon spezialisiert und wird mit dem geringsten Zoll eine Übergangszeit ertragen können.

Nun aber kommen noch ganz andere Momente hinzu. z. B. ist die deutsche Teerfarbenindustrie derart weltbeherrschend und ein Zoll auf Teerfarbenprodukte für Österreich derart überflüssig, weil eine Errichtung österreichischer Anilinfabriken ja ausgeschlossen ist, daß durch den Wegfall dieses Zolles schon ein wichtiges Produktionskostenelement, nämlich die Farben, verbilligt wird; und wenn der Teerfarbenzoll wegfällt, dann ist die Brünner Textilindustrie und die österreichische Textilindustrie überhaupt in der Lage, einer Ermäßigung zuzustimmen, ohne daß sie an ihrem Lebensnerv berührt wird.

Besonders instruktiv sind die Produktionskostenzahlen, die Gulenburg und Kobatsch vorgelegt haben. Daraus geht deutlich hervor, daß der vergrößerte innere Absatz, der angenommen wird, mit einem Schlag

² Infolge tieferer und schwächerer Kohlensätze und weil Kohle und Eisen nicht in großem Maße beisammen vorkommen, ist die österreichische Eisenindustrie schlechter gestellt als z. B. die westfälische. Bei eingetretener Spezialisierung der Schwer-eisenindustrie dürfte aber dieses Verhältnis etwa dem der oberschlesischen zur westfälischen Industrie angenähert werden können. Daß Betriebe mit schlechten Standorten nicht gehalten werden dürfen, ist selbstverständlich.

die Produktionskosten wesentlich herabgesetzt. Es bleiben bei den dort angeführten Beispielen noch Differenzen von 10 und 12 %, z. B. bei den Beispielen d) und c), zwischen den österreichischen und den reichsdeutschen Selbstkosten. Wenn nun hierzu eine Spezialisierung kommt und dadurch wieder dieses Selbstkostenmoment abgeschwächt wird, so muß jeder, der im praktischen Geschäftsleben Erfahrung hat, zugeben, daß zuletzt die Selbstkostendifferenzen nicht mehr wesentlich sind, da sie durch ein besonderes Können, durch besondere örtliche Verhältnisse und durch das, was eben den Standort bedingt, leicht überwunden werden. Immerhin haben ja die Verwaltungen es dann in der Hand, durch Entgegenkommen, sei es in tarifärischer, sei es in anderer Hinsicht, Gefahren abzuschwächen (heute Ungarn gegenüber Österreich!). Aus solchen Schwierigkeiten würde ich nur die Forderung ableiten, daß man bei Errichtung des Zollbundes und der Zwischenzolllinie äußerst vorsam jedes einzelne Interesse prüft, eine Forderung, in der ja alle diejenigen, die den Zollbund verlangen, einig sind. Ich meine, es ist eine fruchtbare und wertvolle Kritik, auf solche Schwierigkeiten immer wieder hinzuweisen und zu sagen, wo sie liegen. Darin sehe ich auch den Hauptwert der Materialien, die Herr Kollege Eulenburg vorgelegt hat. Aber zu schließen, daß der Zollverein deshalb keine Unterlage habe, das ist eine Folgerung, die theoretisch unhaltbar, und die auch im Hinblick auf die politischen Konsequenzen ganz und gar unglücklich ist.

Wenn ich hier den verhältnismäßig hohen Stand und die hohe Leistungsfähigkeit der österreichischen Industrie herborgehoben habe, werden einzelne der hochverehrten Herren sich vielleicht an die Ziffern erinnern, welche über Analphabeten, über differenzierte Nachfrage, über höchst geringe Zunahme des inneren Marktes oder geringe Konsumtion und dergleichen von Eulenburg und anderen vorgelegt wurden. So kommt Herr Kollege Ballod in einem Aufsatz im Schmollerischen Jahrbuch zu dem Ergebnis, daß Österreich sogar eine geringere Einweißmenge pro Jahr verzehre als Italien, die „Makkaronination“. In dieser Hinsicht möchte ich doch als Statistiker ein Wort reden, obwohl eine Autorität wie Ballod, die sonst durchaus meine Verehrung genießt, dem entgegenzustehen scheint. Österreichische Verhältnisse sind eben auch statistisch nicht so einfach zu bearbeiten. Das erste Problem der Statistik ist es immer, homogene Massen, homogene Zahlen zu finden. Wie findet man die in Österreich? Wenn man einen österreichisch-ungarischen Durchschnitt zieht und sagt z. B.: in Österreich-

Ungarn kommt sowieso viel Steuer auf den Kopf der Bevölkerung, dann hat man ganz und gar heterogene Verhältnisse zusammengeworfen. Nehme ich die verschiedenen Kulturzustände Galiziens, Dalmatiens, Westösterreichs, so erhalte ich ein Durcheinander. Wenn heute Deutschland die baltischen Provinzen annettierte, so änderte sich dadurch der Reichtum des vergrößerten Deutschland, das Volksvermögen Deutschlands, die Steuerleistung, die Konsumtion pro Kopf usw. Obwohl sich in Altd Deutschland gar nichts geändert hätte, würden sich sofort alle Durchschnittsziffern heruntersetzen, wenn man diese agrarischen Gebiete hinzunähme, und man würde sagen können: die Deutschen sind ärmer. In Wirklichkeit trifft das nicht zu. Ähnlich in Österreich. Dort ist ein verhältnismäßig homogenes, leistungsfähiges Gebiet beisammen: Deutsch-Österreich und Böhmen. Wenn Sie etwa von der sächsischen Grenze eine Linie bis an die Adria ziehen, so haben Sie ein homogenes Gebiet, welches sich in wirtschaftlicher Beziehung und auch vielfach in geistiger Beziehung ganz wohl, wenn auch um einen Grad niedriger, den deutschen Verhältnissen angliedert. Wenn man aber in diese Ziffern Galizien und Dalmatien hineinwirft, so schwächt allerdings die Zahl der Analphabeten erschreckend an. Das sind aber Gebiete, mit welchen ich statistisch in solcher Weise gar nicht zu rechnen habe. Ebenso in bezug auf die Nachfrage. Österreich hat ein homogenes, großes Nachfragegebiet: Westösterreich. Dazu kommen als unhomogene, arme Nachfragegebiete: Galizien, Oberungarn (Slowakengegend), Dalmatien usw. Diese kann ich ausschalten: denn es wird für die reichsdeutsche Großindustrie sehr wenig wichtig sein, wie viel dalmatinische, montenegrinische, slowakische Bewohner Österreichs etwas von den deutschen Produkten kaufen. Desgleichen die Analphabeten, die außerdem nach dem Alter gegliedert angeführt werden müssen. Wenn ich also richtig informiert sein und die Entwicklung der leistungsfähigen österreichischen Kräfte ins Auge fassen will, darf ich jene Durchschnittszahl nicht nehmen. Es ist ein Grundfehler, dem man in deutschen Publikationen bei der Beurteilung österreichischer Verhältnisse immer wieder begegnet, daß aus einer merkwürdigen Durchschnittszahl ein ganz unglaublicher Abstand, eine unglaubliche Differenz zwischen reichsdeutschen und österreichischen Verhältnissen hergeleitet wird.

Diese kritischen Bemerkungen, hochverehrte Herren, betrafen nur Einzelheiten und sollten meinen Standpunkt in rein theoretischer

Hinjicht rechtfertigen. Nun darf ich vielleicht auf das übergehen, was ich ganz besonders als Österreicher, zum Teil rein persönlich, über die Sache zu sagen habe. Auch Freunde des Zollvereins bescheiden sich heute oft und sagen: „Als Wirtschaftswissenschaftler habe ich über dieses Problem das und das zu sagen; die eigentliche Entscheidung ist eine politische, darüber rede ich nicht mehr.“ Ich bestreite es, daß man darüber nicht mehr zu reden hat, ich bestreite das mit Nachdruck: die anderen Entscheidungen, um die es sich handelt, sind zwar teilweise parteipolitisch, und über parteipolitische Dinge rede ich freilich auch nicht; denn ob ich Konservativer, Klerikaler oder Sozialist bin, ist Privatsache: aber es gibt einen allgemeinen politischen Grund, über den wir alle einig sind, ein Ziel, welches Voraussetzung aller dieser Bände und des ganzen Kampfes ist, den wir gemeinsam führen: das ist das nationale Ziel. Dieses, glaube ich, kann man nicht nur von einem schwungvoll rednerischen, sondern auch von einem ganz streng soziologisch-wissenschaftlichen Standpunkt aus behandeln.

Frage man sich: was heißt das: politischer Grund? so findet man: einerseits ist es staats- und parteipolitisch in dem, was der preußische, bayerische, österreichische Staat im Zeitpunkt des Friedensschlusses oder angesichts der Kriegslage jetzt an speziellen Staatsinteressen hat. Dahinter aber steht ein ganz anderes politisches Interesse; das ist das nationale. Was ist denn das nationale Interesse? Warum ist es denn allgemeiner als jenes? Ich habe mich bemüht, in meiner „Gesellschaftslehre“ eine allgemeine Theorie der Nation zu entwerfen, weil ich der Überzeugung bin, daß ohne einen nationalen Grundbegriff die Volkswirtschaftslehre nicht auskommen kann. Es ist natürlich unmöglich, das hier in einer schlüssigen Weise zu entwickeln; es genügt vielleicht, wenn ich sage, daß nach meiner Meinung unter Nation jene geistige Gemeinschaft, die durch freie, gemeinsame Produktion ursprünglicher geistiger Inhalte entsteht, zu verstehen ist. Sie ist jene ursprüngliche Geistigkeit, welche in freier Berührungen der Geister entsteht und welche erst der Nährboden für alles staatliche und alles speziellere gesellschaftliche Leben ist. Diese ursprüngliche Geistigkeit (wie sie sich in Philosophie, Wissenschaft, Religion, Kunst darstellt) drückt als Nationalität einem Staat den allgemeinen Stempel auf, der z. B. Industriestaaten, wie den deutschen und belgischen, und Handelsstaaten, wie den holländischen oder englischen, voneinander unterscheidet. Diese ursprünglichen Kulturinhalte sind das Wesen des Nationalen,

also etwas, was über und hinter dem Staate steht, was nicht ohne weiteres mit dem Staat identisch ist. Es ergibt sich da die wichtige Frage: Welches Verhältnis hat denn der Staat zum Begriff der Nation?

Vorsitzender (den Redner unterbrechend): Darf ich vielleicht bitten, sich nicht zu sehr über allgemein theoretische Gesichtspunkte zu verbreiten, sondern mehr bei den konkret politischen zu bleiben? Es haben sich noch eine ziemliche Anzahl von Herren zum Worte gemeldet. Da unsere Zeit beschränkt ist, würden wir sonst in die Notwendigkeit versetzt sein, die Redezeit zu beschränken, was an und für sich unerwünscht wäre. Ich möchte also den Herrn Redner und auch die folgenden bitten, sich möglichst kurz zu fassen, und namentlich dessen eingedenk zu bleiben, daß wir zurzeit in der Generaldebatte stehen.

O. Spann: Ich werde mich danach richten.

Der Grundgedanke, den ich zuletzt noch ganz kurz ausführen wollte, war der, daß es nicht angeht, den Staat einfach mit der Nation zu verwechseln, daß der Staat als der Organisator jener Geistigkeit, welche in der Nation beschlossen liegt, zwar die unentbehrlichste und größte und erzieherischste Rolle innehat, daß ferner zwar eine Nation in unstaatlicher Form nicht bestehen kann, daß aber die Nation jene verjüngende Kraft ist, aus welcher der Staat sein eigentliches Leben gewinnt. In Deutschland besteht die Gefahr, daß man Staatsbewußtsein mit Nationalbewußtsein verwechselt. Es ist gerade für uns Österreicher besonders schmerhaft, die Bedeutung des nationalen Standpunktes immer wieder vermissen, dagegen jene für uns so schädliche „Objektivität“ in nationalen Dingen immer wieder sehen zu müssen. Gerade auch in Angelegenheiten des Zollbundes handelt es sich darum, die rein wirtschaftswissenschaftlichen Gedankengänge abzusondern von den nationalen, aber nicht zu sagen: hiermit ende ich, sondern eher: hier fange ich an, d. h. zu sagen: aus nationalen Gründen ist der Anschluß notwendig. Dann ergibt sich ein ganz anderer Standpunkt: dann wäre das Ergebnis, das ich (wenn auch fälschlicherweise) gewinne: die Zolleinigung ist nur möglich durch eine augenblickliche Schädigung der deutschen Volkswirtschaft — oder: an der Zolleinigung liegt uns nichts, weil wir dabei kein Geschäft machen können —, dann könnte ein solches Endergebnis nicht möglich sein; denn dann

hieße es: wir werden zwar geschädigt, oder wir machen zwar kein Geschäft — aber wir wollen den Zollverein doch. Und das hieße nur: den Staat wollen, aber den Staat durch die Nation wollen. Wenn man den Staat durch die Nation will, ist man bereit, Opfer auf sich zu nehmen, und erst dann kann das Problem des Zollbundes in dasjenige Licht gerückt werden, welches sowohl vom reichsdeutschen wie auch vom österreichischen Standpunkt aus das einzige richtige ist.

K. Diehl: Meine verehrten Herren! Im Gegensatz zum Herrn Vorredner werde ich mich ganz kurz fassen und nur wenige Worte zu sagen haben; denn ich bin der Meinung, daß es nicht Sache der heutigen Besprechung ist, mit großen, halbstundenlangen Referaten den Gegenstand zu behandeln. Das würde mehr Sache der Generalversammlung sein, wo Referenten bestellt werden, wo man sich vorbereitet und wo dann eine intensive Aussprache stattfinden kann. Ich hatte mir gedacht, daß eine Besprechung erfolgen würde über die Stellung, welche die verschiedensten wirtschaftlichen Verbände und Gruppen bisher zu der Frage der wirtschaftlichen Annäherung eingenommen haben und welche Aufgaben demgemäß jetzt dem Verein zur weiteren Klärung erwachsen. Meritorische Verhandlungen hatte ich nicht erwartet. Da aber die Sache in Fluss gekommen ist, möchte ich doch wenigstens einige Worte sagen.

Zunächst möchte ich mich dem Urteil des Herrn Kollegen Spann anschließen und hervorheben, daß auch ich die jüngste Publikation des Vereins, die beiden Bände, durchaus begrüße und meine große Freude und Genugtuung aussprechen möchte über die Tüchtigkeit der Gesamtleistung. Ich glaube, wir dürfen sagen — und das erkläre ich gerade als Gegner des Zollbundes —, daß die beiden Bände in dem Geiste und in der Art abgefaßt worden sind, wie wir es vor einem Jahre beschlossen haben, nämlich ein objektives Bild der Richtungen zu geben, aber nicht parteipolitisch, agitatorisch die Bände in die Welt zu setzen. Das ist geschehen, indem sowohl Gegner wie Freunde des Zollbundes zum Worte gekommen sind, und so haben wir nur dem Verein zu danken für die beiden wertvollen Bände, die erschienen sind.

Aber der Ton, der dadurch in die gesamten Verhandlungen hineingekommen ist, indem wir die Bände so herausgegeben haben, sollte

auch unsere Aussprache leiten, und ich meine, mit nationalem Pathos, mit nationaler Begeisterung, mit deutsch-österreichischer Freundschaft hat das Problem des Zollbundes gar nichts zu tun. (Unruhe.) Ich bin fest überzeugt, daß jemand ganz ebenso für deutsch-österreichische Freundschaft schwärmen und begeistert eintreten kann, der auch die dem Zollbund entgegenstehenden Schwierigkeiten hervorhebt. (Sehr richtig!) Das ist mein Standpunkt.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß unter Umständen, wenn durch ein Zollbündnis wirtschaftliche Schwierigkeiten, Häkeliereien und Streitigkeiten hervorgerufen werden, dadurch die Freundschaft eine sehr große Einbuße erleidet (Sehr richtig!), und deshalb, meine ich, soll man nicht mit der idealen Schützengrabenstimmung kommen. Wir haben im Schützengraben zusammen gekämpft, heißt es; wir müssen einen Zollbund machen. Ich möchte sagen: die Leute, die im Schützengraben zusammen gekämpft haben, bleiben gerade so ideal zusammen, wenn ein besserter Handelsvertrag vorliegt, wie wenn ein Zollbund geschlossen wird, der technische und wirtschaftliche Schwierigkeiten hat.

Nun frage ich: was für eine Aufgabe hat unser Verein in der Sache? Diese Aufgabe möchte ich dahin charakterisieren: wir sind hier weder ein Alldeutscher Verband noch irgendein Verein, der bestimmte nationale oder politische Ziele hat, sondern ein volkswirtschaftlicher Studienverein, und der Verein hat in den besten Zeiten seiner Tätigkeit — ich bin jetzt etwa 30 Jahre Mitglied — es immer so gehalten, daß wir objektiv möglichst viele Kenntnisse über diese und jene Probleme verbreitet haben. Das ist die Aufgabe, die wir auch angesichts dieser schwierigen Frage haben. Wir sollen zeigen: die und die Gründe sprechen für ein Zollbündnis, für eine Zollverbindung, und die und die Schwierigkeiten sind vorhanden. Wenn dann die hohe Politik sagt: trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sogar trotz des wirtschaftlichen Defizits muß es gemacht werden, werden wir dem beitreten und sagen: es muß geschehen.

Ich möchte es aber durchaus zurückweisen, daß unsere nationale Gesinnung angetastet wird, wenn wir uns der Schwierigkeiten bewußt bleiben, und namentlich möchte ich mich gegen den Satz des Herrn Kollegen Spann wenden: „Ich weiß nicht, wie Gelehrte es über sich gewinnen können, diese Schwierigkeiten hervorzuheben.“ — Ja, wozu anders sind wir denn da, als dazu, unter Umständen solche Schwierigkeiten hervorzuheben? (Sehr richtig!)

Allso ich meine, wir wollen doch so verhandeln, daß wir hier einfach möglichst objektiv und ohne im geringsten das nationale Pathos hineinzubringen, das Für und Wider erörtern.

Nun möchte ich — ich will, wie gesagt, meritorisch nicht in die Sache eintreten — nur einen einzigen Punkt hervorheben, der es mir so sehr schwer macht, mich auf die Seite der Anhänger eines engeren Zollbündnisses zu stellen, und das ist für mich die Valutafrage (Sehr richtig!): und da komme ich dazu, dem Verein eine kleine Anregung zu geben: ob nicht die Bände noch ergänzt werden können durch einen Ergänzungsbund, worin diese enorm wichtige Frage von mehreren Sachkennern behandelt wird. Das ist für mich das Wichtigste; denn nach dem Kriege wird die aller schwierigste Aufgabe, die wir haben werden, die sein, die so tief gesunkene Valuta Deutschlands wieder in die Höhe zu bringen. Wenn dies nun noch dadurch erschwert wird, daß wir das gemeinsam mit Österreich machen, wo schon seit 15, 20 Jahren auf diesem Gebiete die größten inneren Schwierigkeiten bestehen — Österreich hat noch immer nicht die Einlösungspflicht der Banknoten —, dann kann unter Umständen die Reorganisation der deutschen Volkswirtschaft auf Schwierigkeiten stoßen, und es können auch die deutsch-österreichisch-ungarischen Interessen verletzt werden, wenn vielleicht Österreich-Ungarn zu Maßregeln der Valutaregulierung gezwungen wird, zu denen es finanziell und wirtschaftlich nicht die nötigen Grundlagen hat.

Meine Herren, ich komme zum Schluß. Ein engeres Zollbündnis setzt eine größere Homogenität und Einheitlichkeit der Wirtschaftsverhältnisse voraus, als sie zurzeit zwischen den beiden Ländern vorhanden ist, und das ist, glaube ich, auch die Meinung von Schumacher, der wunderbarerweise als Manchestermann hingestellt wird. Er ist doch immer als Schutzzöllner hervorgetreten. Er wollte sagen: So schnell geht die Sache nicht. Mit einem Zollbündnis kann man nicht diese Differenzierung vornehmen. Ganz allmählich nur kann das kommen, und in einem sorgfältig erwogenen freundschaftlichen Handelsverträge können diese Ziele besser erreicht werden als auf andere Weise.

J. Pierstorff: Ich möchte mich ganz kurz fassen und nur wenige Gesichtspunkte hervorheben. Sobald die Frage auftauchte, die mich im höchsten Maße interessierte, habe ich die Verhältnisse durchdacht und gewann ich dabei alsbald die Überzeugung, daß ein solcher

Zollverband zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland nicht möglich, zum mindesten praktisch sehr schwer durchführbar, für die Zwecke wirtschaftlicher Annäherung auch nicht notwendig sei. Später habe ich dann die Schriften unseres Vereins mit Aufmerksamkeit gelesen und muß ich sagen: Die Schriften, die für die Sache eintreten, haben meine ursprüngliche Überzeugung nicht erschüttert, aber die Schriften, die dagegen gerichtet sind, mich in meiner Überzeugung noch außerordentlich verstärkt.

Meiner Ansicht nach ist ein praktisch-politischer Gesichtspunkt für uns in Deutschland zunächst ausschlaggebend. Früher oder später müssen doch Friedensverhandlungen eintreten, und wir wissen und sehen ja alle, daß die anderen Staaten daran denken, den deutschen Export zu differenzieren. Diese Gefahr müssen wir mit aller Kraft abwenden, die uns zur Verfügung steht. Wie wollen wir aber unsere Forderung durchsetzen, wenn wir selbst die anderen Staaten gegenüber Österreich differenzieren? Österreich-Ungarn und Deutschland sind doch genau so zwei verschiedene Staaten wie alle anderen. Mit welchem Rechte wollen wir fordern, daß die übrigen Staaten uns nicht differenzieren, wenn wir anfangen, im Verkehr mit Österreich Differentialzölle einzuführen? Das ist meiner Ansicht nach ein durchaus ausschlaggebender Punkt. Wenn das geschehen sollte, müßten auf der andern Seite so gewaltige Vorteile liegen, daß dieser Gegengrund mehr als aufgewogen würde. Derartige Vorteile vermag ich indessen nicht zu erkennen.

Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß dieser Zollverband schließlich dazu führen soll, die Zölle zwischen Österreich und Deutschland im Laufe der Zeit ganz in Wegfall zu bringen. Nun wäre zwar, wenn, rein theoretisch gesprochen, beide Staaten in absehbarer Zeit zu einem einzigen Staatswesen verschmolzen würden bzw. verschmolzen werden könnten, dagegen nichts zu sagen. Da aber eine solche Verschmelzung vollständig ausgeschlossen ist, halte ich es für unmöglich, daß zwischen Deutschland und Österreich die Zölle auch nur in einem späteren Zeitpunkte, sagen wir in 20 oder 25 Jahren, wegfallen könnten, und zwar liegt die Beibehaltung gewisser Zölle nicht in erster Linie im Interesse Deutschlands, sondern vornehmlich im Interesse Österreichs; denn die Überlegenheit der deutschen Industrie ist im allgemeinen so erheblich, und wird voraussichtlich so erheblich bleiben, daß Österreich — immer

natürlich als selbständiges Staatswesen — darauf angewiesen sein wird, die bestehenden Differenzen durch Zölle auszugleichen.

Das sind die Gründe, die meiner Ansicht nach ein Zollbündnis oder einen Zollverband — wie man es konstruieren will — ausschließen.

Zwischen einer Zollunion, die allgemein abgelehnt wird, und einem Zollverband besteht natürlich ein Unterschied; aber meiner Ansicht nach würde ein Zollverband nicht viel günstiger wirken als eine Zollunion. Auch bei einem bloßen Zollverband bestünde für beide Staaten die Notwendigkeit, nach außen hin vollständig gemeinsam in allen Dingen aufzutreten. Das würde uns aber in allen handelspolitischen Aktionen zweifellos im höchsten Grade hinderlich sein, da wir fortwährend auf Österreich Rücksicht nehmen müßten, stets an seine Zustimmung gebunden wären bei allem, was wir in der auswärtigen Handelspolitik tun. Aus diesem Grunde glaube ich nicht, daß es in unserem Interesse liegt, sich auf diesen Boden zu stellen.

Dabei muß ich aber, um Mißverständnissen vorzubeugen, eins noch besonders betonen. Wenn ich mich hier gegen einen Zollverband ausgesprochen habe, so soll das nicht heißen, daß ich mich einer wirtschaftlichen Annäherung und gegenseitigen Unterstützung gegenüber ablehnend verhielte. Eine solche ist auf gar vielen Gebieten denkbar, und diese nach Möglichkeit zu fördern, liegt durchaus im beiderseitigen Interesse.

Hier handelt es sich lediglich um die Frage, ob sie das Gebiet der Zollpolitik mitumfassen müsse. Meiner Auffassung nach kann nicht nur, sondern soll auch die gegenseitige Unterstützung in weitestgehendem Maße erfolgen: sie braucht sich aber bis auf die volle Gemeinsamkeit der Zoll- und Handelspolitik nicht zu erstrecken. Eine solche entscheidende Bedeutung, daß ohne sie einer gegenseitigen Unterstützung auf wirtschaftlichem Gebiete ein befriedigender Erfolg ver sagt bliebe, kommt ihr, glaube ich, nicht zu.

E. Jaffé: Nach dem, was die beiden Herren Vorredner gesagt haben, kann ich mich sehr kurz fassen.

Im Prinzip stehe ich auf dem Standpunkt des ersten Redners, Herrn Spann, den ich, vielleicht nur etwas schärfer, dahin präzisieren möchte, daß wir den Zusammenschluß Deutschlands und Österreich-Ungarns als eine nationale und politische Notwendigkeit betrachten müssen, der wir als einer grundlegenden Bedingung unserer nationalen Zukunft nicht aus dem Wege gehen können.

Das Problem ist also insoferne in erster Linie gar kein wirtschaftliches, sondern eins der äußeren Politik; um so mehr ergibt sich aber gerade für den Verein für Sozialpolitik die unabweisbare Pflicht, auch auf alle etwaigen Nachteile, seien sie wirtschaftlicher oder sozialer Natur, einer solchen Verbindung — und deren gibt es, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete, anscheinend sehr viele — klar und deutlich hinzuweisen. Weil aber besonders die beiden von dem Vorredner erwähnten Arbeiten von Eulenburg und Schumacher dadurch, daß sie sich dem Problem gegenüber vollkommen kritisch verhalten, dieser Klarheit dienen, erscheinen sie mir fast als die wichtigsten der in den beiden Bänden zusammengefaßten Untersuchungen und kann ich mich deshalb in dieser Beziehung der von Professor Spann geübten Kritik nicht anschließen. Die Arbeiten sind von um so größerer Bedeutung, als die eine von einem Freihändler, die andere von einem Schutzzöllner herrührt.

Dagegen möchte ich noch in einem anderen Punkte Professor Spann recht geben, wenn er meint, daß sowohl in diesen beiden wie auch in den meisten anderen Arbeiten allzusehr ausgegangen wird von dem, was war, und zu wenig beachtet wird, was als Folge der ungeheuren Kriegsereignisse kommen wird und muss. Man mag mich einen unverbesserlichen Utopisten nennen, aber ich möchte immer wieder betonen, daß der Weltkrieg einen ganz ungeheuer wichtigen Abschnitt in der gesamten politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas, wenn nicht der Welt, darstellt. Damit ist aber zugleich gesagt, daß wir den ungeheuren Zukunftsproblemen, die er aufrollt, nicht mehr allein mit den Mitteln der bisherigen Betrachtungsweise gerecht werden können.

Waren bisher die rein zollpolitischen Maßnahmen von ausschlaggebender Bedeutung, so werden sie in Zukunft zurücktreten gegenüber dem Einfluß der Tarifpolitik der Verkehrsinstitute und vor allem vor den Maßnahmen der Kartellpolitik der großen Verbände. Deshalb hätte ich es auch gerne gesehen, wenn in den Untersuchungen des Vereins auch gerade die Kartelle ihrer überragenden Bedeutung entsprechend ausführlich behandelt worden wären. Und ferner hätte ich gewünscht, daß in den Untersuchungen der rein geschäftliche Standpunkt mit Bezug auf die Interessen der einzelnen deutschen Industrien etwas mehr in den Hintergrund gestellt worden wäre, gegenüber den meines Ermessens nicht genügend betonten ganz großen allgemeinen nationalen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

W. Loß: Meine Herren, ich möchte mich gern über eine Frage belehren lassen. Auch nach Studium der Schriften des Vereins bin ich noch auf dem Standpunkt, daß ich nicht sagen kann, daß ich ganz für oder gegen überzeugt wäre. Nehmen Sie es mir daher nicht übel, wenn ich Ihnen im Zustand dieser Unvollkommenheit eine Bitte ausspreche. Ich würde außerordentlich dankbar sein, wenn ich über einen Punkt, der mir nicht ganz unerheblich erscheint, belehrt würde.

Ich gebe vollkommen zu, daß unter Umständen ein engerer Anschluß der mitteleuropäischen Staaten kommen muß, auch wenn wir es gar nicht wünschen: daß wir durch die Politik der übrigen Länder dazu genötigt werden können, falls diese sich gegen uns nach dem Kriege zusammenschließen. Was bei unseren Feinden geschehen wird, wissen wir nicht, also gehe ich nicht näher darauf ein. Was mir aber aus der Lektüre der Schriften allerdings ebenso entgegentrat, wie es schon im Anfang bei mir Bedenken erregte, das ist die Vorstellung: einen engeren Bund, ein engeres Verhältnis — wenn es zugleich ein Eisenbahntarifbündnis ist, würde es heutzutage noch wichtiger sein als ein bloßer Zollverband —, ein engeres Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auf wirtschaftlichem Gebiet kann ich mir kaum sehr viel anders vorstellen als sehr stark schutzzöllnerisch und auf die Basis der Selbstgenügsamkeit in agrarischer Hinsicht lossteuernd. Die Schriften setzen das wohl auch zum größten Teil voraus. Nun ist die Frage, die ich stellen möchte — und ich würde sehr beruhigt sein, wenn Sachverständige mich da aufklären würden —, folgende. Eine sich selbst genügende Verbindung setzt voraus, daß bei guten und bei schlechten Witterungsverhältnissen der Boden Deutschlands und Österreich-Ungarns in der Lage ist, eine reichliche dort lebende Bevölkerung zu ernähren. Ich stelle die Frage: ist diese Basis klimatisch nicht zu schmal? Eggen hat sich ja in seinem Aufsatz etwas mit dieser Frage beschäftigt, jedoch lediglich vom Standpunkt der trockenen und nassen Jahre. Es gibt jedoch noch andere Momente, die für die Ernte zum Teil in Betracht kommen können; ich denke da insbesondere an Fröste. Es würde mich wesentlich beruhigen in der Stellungnahme, wenn mir die Versicherung gegeben würde: bei einem Zusammenschluß von Deutschland und Österreich-Ungarn ist eine Gefahr, auch wenn man von außen abgeschnitten ist, für die Ernährung nicht gegeben.

Wird mir diese Antwort nicht erteilt, werde ich nicht überzeugt, daß

diese Basis genügt, so kann man ja weitere Folgerungen ziehen. Man kann entweder sagen: mit dem mitteleuropäischen Bündnis geht es nicht, die künftige Politik muß weltwirtschaftlich orientiert werden, oder man kann sagen: auf der Basis der Selbstgenügsamkeit muß ein größerer Verband angestrebt werden. Das wird für die ganzen praktischen Entschlüsse von der allergrößten Bedeutung sein. Selbstverständlich kommt es aber nicht bloß auf die klimatischen Verhältnisse an, sondern auch auf die Kosten, und da hat die Arbeit von Ehren die Antwort gegeben, daß der Anschluß von Österreich-Ungarn für Deutschland keine Verbilligung und Sicherung der Volksernährung herbeizuführen geeignet wäre. Soll dieses Ziel erreicht werden, so müßten also noch andere Länder mit einbezogen werden.

Auf die Folgerungen, die sich dann ergeben würden, gehe ich jetzt nicht ein; denn sie sind nach meiner Ansicht größtenteils verkehrspolitischer Art. Wenn wir den Zusammenschluß weiter ausbreiten, bestehen die Schwierigkeiten nicht zum mindesten darin, wohlfeile Transportbedingungen zu finden, und da das in einem späteren Stadium besprochen werden soll, will ich hierauf nicht abschweifen. Aber ich stelle die Frage als präjudiziell: erscheint den Anhängern eines selbstgenügsamen mitteleuropäischen Wirtschaftssystems die klimatische Basis groß genug, daß wir bei einer beträchtlichen Absperrung nach außen vor zwei Gefahren bewahrt sind: vor nicht ausreichender und vor zu teurer Ernährung für Mensch und Vieh? — denn beides kommt in Betracht.

Diese Frage wollte ich stellen, ehe ich mich entscheide.

Gothein-Breslau: Für die Gegner einer Zollunion sind zum Teil weniger wirtschaftliche als staatsrechtliche Gründe maßgebend. Ich habe mich nicht überzeugen können, daß es möglich ist, eine staatsrechtliche Form zu finden, die starke Reibungen der zollunierten Staaten ausschließt; im Gegenteil dürften die Reibungen dadurch vermehrt werden. (Zustimmung.) Eine Zollunion ist ohne gemeinsame gesetzgebende Faktoren nicht zu schaffen, und als Abgeordneter muß ich offen gestehen, daß ein Reichsparlament, in dem alle Völkerschaften Österreich-Ungarns mit vertreten wären, kein arbeitsfähiges sein würde. Und wenn eine derartige gesetzgebende Körperschaft konstruiert würde, sei es in der Gestalt von Delegationen oder in anderer Gestalt, wie sollte sich schließlich die Verteilung der Einnahmen aus den Zöllen

gestalten? Das Vorbild des Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn ist doch wahrhaftig kein verlockendes. Überdies kann ein solcher Ausgleich immer bloß auf eine bestimmte Reihe von Jahren vorgenommen werden. Dann muß der Schlüssel der Verteilung immer wieder geändert werden, und schon Bismarck hat ausgeführt, dieser Schlüssel könnte so ungünstig für Deutschland erscheinen wie er wolle, er würde in der Praxis immer noch viel ungünstiger sein, als man das annehme.

Wir alle haben wohl den dringendsten Wunsch, unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich in jeder Weise zu kräftigen und zu fördern; aber daß gerade der Weg der Zollunion dazu der gangbare ist, das ist mehr als zweifelhaft. Schließlich hat doch auch Österreich ein vitales Interesse daran, wirtschaftlich zu erstauben und unter der deutschen Konkurrenz nicht zu leiden. Gerade das ist aber von der Zollunion zu befürchten. Aber selbst die denkbar engste wirtschaftliche und staatsrechtliche Bindung gibt gar keine Gewähr für eine dauernde politische Freundschaft. Ich stehe auch in dieser Beziehung durchaus auf dem Standpunkt von Herrn Diehl, der befürchtet, es könnten dann stärkere Reibungen eintreten.

Nun ist meines Wissens der Gedanke einer vollen Zollunion tatsächlich gar nicht mehr praktisch. Soweit ich unterrichtet bin, machen sich nicht bloß deutsche Widerstände dagegen geltend, sondern in noch weit stärkerem Maße ungarische und schließlich auch Widerstände in der österreichischen Regierung. Soweit mir bekannt ist, beschränken sich die gegenwärtigen Verhandlungen darauf, ein gemeinsames Zolltarifschema zu schaffen — der Gedanke der Zollunion ist in allen maßgebenden Instanzen fallengelassen —, und man will auf Grund dieses gemeinsamen Zolltariffschemas nicht nur den deutschen Handelsvertrag mit Österreich und Ungarn aufbauen, sondern auf Grund desselben auch gemeinsam Handelsverträge mit dem Ausland vereinbaren. Das wird ein Weg sein, auf dem wir Deutschen weites Entgegenkommen beweisen können und auf dem die Reibungen vermieden werden, die das ständige Zusammenarbeiten in einem Zollparlament oder in Delegationen hervorrufen muß — die ständigen Reibungen, wie wir sie beim Ausgleich in Österreich und Ungarn haben.

Ich halte es auch für unbedingt notwendig, die allerschwierigste Frage, die Valutafrage, noch einer gesonderten Betrachtung zu unterziehen und möchte die Bitte des Herrn Diehl unterstützen. Es

ist aber meines Erachtens noch ein weiteres notwendig, das ich bisher in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik vermißt habe; das ist eine Untersuchung über die Frage der Gestaltung des Fremdenverkehrs. Von österreichischer Seite wird immer auf die ungünstigen Erfahrungen hingewiesen, die man mit dem letzten Handelsvertrage mit Deutschland gemacht habe, in welch glänzender Weise sich die Ausfuhr Deutschlands nach Österreich-Ungarn, und wie ungünstig sich umgekehrt die Ausfuhr Österreich-Ungarns nach Deutschland entwickelt habe. Ich glaube, das beruht zum großen Teil auf der außergewöhnlichen Hebung der Fremdenindustrie in Österreich und in gewissen Teilen Ungarns; an den großen Bädern, an dem starken Verkehr von Deutschland nach den österreichischen Alpenländern, nach der ungarischen Tatra usw. Je mehr Gelder durch diesen Reiseverkehr aus Deutschland nach Österreich-Ungarn abfließen, um so mehr muß natürlich in Österreich-Ungarn ein gewisser Mehrbezug von Industrieartikeln und sonstigen Waren aus Deutschland stattfinden, und gerade diesen Punkt habe ich in den so ausgezeichneten Ausarbeitungen des Vereins vermißt. Ich würde es begrüßen, wenn es möglich wäre, auch einmal Klarheit darüber zu schaffen: in welchem Umfange spielt dieser Fremdenverkehr für die Zahlungsbilanz Österreich-Ungarns mit? und speziell: wieviel ist Deutschland an diesem Fremdenverkehr nach Österreich-Ungarn und vice versa Österreich-Ungarn an dem Fremdenverkehr Deutschlands beteiligt?

Was dann die Frage des Herrn Voß anlangt, ob die Basis der Ernährung nicht zu schmal ist, so haben allerdings die Verhältnisse des jetzigen Krieges zweifellos dargetan, daß diese Basis eine viel zu schmale ist, daß Österreich-Ungarn nicht in der Lage ist, auch nur entfernt seinen eigenen Bedarf an Nahrungsmitteln zu decken.

Ludo Hartmann: Meine Herren, ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn ich nicht dächte, daß diese Aussprache dazu dienen soll, in erster Linie über den Stand der Bewegung — so war es ja auch angekündigt — Berichte zu erstatte. Über das objektiv Wissenschaftliche zu reden, fühle ich mich nicht kompetent, und ich bedaure lebhaft, daß unser aus Österreich so wenige sind, und daß einige, die in Österreich die Sache in der Hand haben, nicht anwesend sind. Jene Herren könnten gewiß genauer Auskunft geben als ich. Ich möchte nur über einen Teil der Bewegung in Österreich berichten, weil

ich glaube, daß er nicht ohne Wichtigkeit ist, nämlich darüber, wie sich diese Bewegung durchgesetzt hat oder durchzusetzen begonnen hat innerhalb der Arbeiterschaft und der sozialdemokratischen Partei.

Unzweifelhaft hat zur Popularisierung des Gedankens einer Zollannäherung das Buch von Raumann in Österreich ungeheuer viel beigetragen. Es ist enorm gelesen worden, und obgleich man ja in Österreich gerade über dieses Thema schon seit Jahren und Jahrzehnten viel gesprochen hat, ist es doch eigentlich erst das „Mitteleuropa“ gewesen, welches die Sache wirklich in weiten Kreisen populär gemacht hat, so daß es heute in ganz Deutsch-Österreich niemand gibt, der nicht von Mitteleuropa spräche.

Was nun speziell die Arbeiterschaft angeht, so war diese, soweit ich es beurteilen kann, Mitteleuropa oder einer Zollannäherung gegenüber zunächst skeptisch. Daß hierin eine wesentliche Wandlung eintrat, ist namentlich ein Verdienst von Renner, der die Sache in den Kreisen der Arbeiterschaft durch die Arbeiterzeitung und jetzt durch ein Buch über die Erneuerung Österreichs popularisiert hat. Ich weiß, daß in den Kreisen der sozialdemokratischen Partei sehr lebhafte sachliche Diskussionen darüber geführt worden sind. Schließlich hat das darin gemündet, daß in der Reichskonferenz — d. h. auf dem Parteitag —, die vor acht Tagen stattgefunden hat, eine Resolution gefaßt worden ist, welche doch dem Annäherungsgedanken sehr weitgehend entgegenkommt. Es wird das Wort „Mitteleuropa“ nicht gerade gebraucht, auch nicht das Wort „wirtschaftliche Annäherung an Deutschland“; die Resolution geht aber davon aus — ich weiß nicht, ob sie veröffentlicht werden wird, weil man in Österreich niemals weiß, ob etwas wird veröffentlicht werden können —, daß es natürlich für die Arbeiterschaft das wichtigste ist, daß das Hochschutzollsystem fällt. Es ist eine scharfe Wendung darin gegen die Korn- und Eisenzölle, welche die Bevölkerung belaufen und welche herabgesetzt werden müssen, und im Anschluß daran wird betont, daß es außerordentlich wünschenswert wäre, sich an die unmittelbaren Nachbarn anzunähern — es ist natürlich an Deutschland gedacht und, was für uns in Österreich mit Rücksicht auf die Lebensmittel von der größten Wichtigkeit ist, an den Balkan —; es wird betont, daß ein Ausbau des Kanal- und Eisenbahnsystems von ganz besonderer Bedeutung wäre und daher gefordert werden müsse.

Aus dieser Resolution ergibt sich, was ich mir vorgenommen habe, hier zu betonen: daß, soweit die Arbeiterschaft in Betracht kommt,

die Annäherung an Deutschland gewiß populär ist, aber nur so lange populär bleiben wird, wie man der Überzeugung ist, daß diese Annäherung, in welcher Form sie sich nun immer vollziehen mag, den einen der von Herrn Herkner angezogenen Wege beschreiten wird und nicht den andern: das heißt, daß es in dem Moment, wo dieses Bündnis ein Bündnis werden wird, welches eine Autarkie um jeden Preis herbeizuführen wünscht durch Hochschutzölle, in dem Moment, in dem das Programm der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, welches seinerzeit auch in Österreich Aufsehen erregt hat, im Zusammenhang mit diesem Bündnis durchgeführt werden soll, — daß es in diesem Moment natürlich gar keinen schärferen Gegner dieser Annäherungsbestrebungen geben wird als die Arbeiterschaft, die im wesentlichen Konsumentenpolitik in diesen Dingen macht, daß dagegen, wenn es sich wirklich in erster Linie um Herabsetzung der Zölle zwischen Deutschland und Österreich ohne ein Hinausziehen der Zölle nach dem weiteren Zollauslande handelt, die Arbeiterschaft es in ihrem Interesse finden wird, sich auf diese Seite zu schlagen.

Nun möchte ich noch eine Kleinigkeit hinzufügen. Ich glaube doch, daß sich die Herren hier in Deutschland klar darüber sind — und da muß ich auch dem Herrn Kollegen Spann, mit dem ich sonst in vielem nicht einverstanden bin, sekundieren —, was für uns in Österreich dieses Zollbündnis oder diese Zollannäherung — was es nun immer sein möge — bedeutet, natürlich vom nationalen Standpunkt aus; das erachte ich als selbstverständlich. Alles, was vielfach als Gefahr für Österreich angeführt wurde, daß die Industrie niedergedrückt werde, daß die Industrie niederkonkurriert werde von der deutschen Industrie, das betrachten wir doch ganz wesentlich von einer andern Seite. Wir sagen nämlich: durch den Zoll, durch die Absperrung, durch die Verwaltung ist in Österreich die Industrie und die ganze wirtschaftliche Entwicklung ungeheuer zurück. Was wir wollen, ist, daß durch diese Verbindung über die Zölle hinaus in erster Linie die Verwaltung in Österreich und alles, was mit ihr zusammenhängt, gezwungen wird, modern zu werden. Die Herren, die Österreich kennen, wissen: das ist das erste. Jedermann weiß, daß sehr viele Industrien in Österreich tatsächlich nicht konkurrenzfähig wären, wenn die Zölle sofort fallen würden; aber was wir in Österreich hoffen und wünschen und verlangen, das ist diese ganze Modernisierung des Staatswesens, die zusammenhängen muß mit einer Modernisierung der Steuern, mit

einer Modernisierung der ganzen Verwaltung des Staates und natürlich auch mit einer Modernisierung des industriellen Geistes selbst, der ja in Österreich vielfach auch zurückgeblieben ist. Was hier von Spezialisierung usw. gesagt worden ist, gehört alles in dieses Kapitel. — Die große Masse bei uns in Österreich fürchtet sich also gar nicht vor dieser Konkurrenz, sondern sie wünscht sie, weil sie wünscht, daß die Industrie und das ganze wirtschaftliche Leben gezwungen wird, auf eine höhere Stufe zu kommen.

Allerdings gibt es ja in Österreich — und da keiner aus Österreich, die das besser wissen, hier ist, will ich das doch wenigstens andeuten — auch sehr starke Widerstände, und wenn ich ehrlich aussprechen soll, was ich von meinem Laienstandpunkt aus glaube, so muß ich sagen, daß, wie ich glaube, in den maßgebenden Kreisen trotz allem Optimismus von Raumann und seinen Anhängern in Österreich sehr starke Widerstände gegen jede Annäherung zu überwinden sind, und zwar Widerstände, welche von einem politischen Gesichtspunkte ausgehen. Das Schlagwort: Die Souveränität Österreichs darf nicht verletzt werden! ist ausgegeben worden in demselben Moment, in dem es sich um eine Zollannäherung an Deutschland handelte, und dieses Schlagwort der Bureaucratie, der Aristokratie, der ganzen Gruppe, welche in Österreich zu herrschen gewohnt ist — (Zuruf: Es ist slawischen Ursprungs!) —, das, wovon ich spreche, ist weder slawisch-national noch deutsch — ich sage: dieses Schlagwort ist ungeheuer mächtig in Österreich, und wenn es zu definitiven Verhandlungen kommt, so wird jeder einzelne Posten und jedes einzelne Postchen und jeder einzelne Satz daraufhin angeschaut werden: Ja, geben wir nicht etwa ein Stückchen von unserer Souveränität — ein Ausdruck, der in diesem Falle sehr weit gespannt wird — auf? Es sind sehr starke Kräfte, welche heute vielleicht noch nicht sehr deutlich hervortreten, gegen diese Zollunion wirksam. Da sind nicht nur die bekannten Gegnerjäte zu den Ungarn, welche ja, wenn es möglich ist, bei Gelegenheit dieser Zollannäherung für sich selbst eine Zollgrenze herauszuschlagen wünschen, und die überhaupt die Tendenz haben, den Schwerpunkt der Monarchie mehr nach dem Osten zu verlegen; da sind Tendenzen der Ungarn, welche große Angst vor einem Anschluß des Balkans haben, der gerade für uns von ungeheurer Wichtigkeit ist, und welche die Schweine und Schafe nicht hinein haben wollen; da sind eine Anzahl sonstiger Widerstände, so daß ich mich des Gedankens nicht erwehren kann, daß

das scheinbare Entgegenkommen in der Richtung der Annäherung einen gewissen Hintergedanken hat, nämlich den Hintergedanken, daß es sehr gut wäre, die Bewegung in die Hand zu bekommen, um sie möglichst zu verwässern. Um so notwendiger ist es allerdings — das muß ich schon sagen, und da bin ich auch mit Herrn Kollegen Spann einer Ansicht —, daß man von hier aus die Sache, soweit sie durchführbar ist, möglichst stützt und stärkt. Das würde ich für sehr wünschenswert halten.

Max Weber: Meine Herren, wenn man vor einer res integra stünde, und wenn ferner rein wirtschaftliche Erwägungen in dieser Frage allein sprechen könnten, so würde ich absolut auf dem Standpunkt des Herrn Gulenburg und des Herrn Diehl stehen, und ich glaube, die überwältigende Mehrheit des Vereins für Sozialpolitik würde es auch tun. Es würde, wenn gar keine politischen Fragen hineinspielen, die ganze Sache ja auch jetzt einfach schon dadurch erledigt sein, daß die Österreicher nicht in der Lage wären, uns zwei Fragen befriedigend zu beantworten, nämlich erstens: Wie wollt ihr eure Währung so weit retablieren, daß überhaupt von einem Zollbündnis die Rede sein kann? Und zweitens: Wie wollt ihr die Ungarn dazu bringen, daß sie sich auf irgendwelches ernsthafte, dauernde Übereinkommen einlassen?

Allein es ist ja nicht res integra, und obwohl hier nicht der Ort ist, über politische Dinge zu sprechen, so muß doch konstatiert werden: es besteht die Möglichkeit, daß ganz überwältigende politische Verhältnisse einfach eine solche Sachlage schaffen, daß die Frage, ob ja oder nein, überhaupt nicht mehr gestellt werden kann. (Sehr richtig!) Entscheidend ist da selbstverständlich in allererster Linie die brennendste Frage des Friedens, die für uns überhaupt auftauchen wird, der gegenüber alles Reden über die Wichtigkeit Belgiens für uns, ganz zu geschweigen von den patriotischen Phantasien über die Baltischen Provinzen, beinahe in nichts zerfließen, die eigentliche Lebensfrage für uns: Polen.

Eine deutsche Regierung, welche etwa auf der Grundlage eines Anflasses von Kongresspolen an Österreich mit der österreichisch-ungarischen Regierung in Verhandlungen über unser Zukunftsverhältnis eintreten wollte, würde die ganze Zukunft nicht nur Deutschlands, sondern auch Österreich-Ungarns leichtfertig verscherzen, wenn sie dabei sich auf zeitlich oder sachlich begrenzte Vertragsabmachungen über die politi-

ischen oder wirtschaftlichen Beziehungen zwischen uns beschränken wollte. Denn jene politische Angliederung Polens an eine der beiden Mächte, insbesondere also an Österreich, würde ja für immer bestehen. Es wäre deshalb politisch undenkbar, sie durch kündbare Verträge in ihrer Wirkung zu kompensieren. Man braucht nur auf die Landkarte zu blicken, um die Konsequenzen eines Anfalles an Österreich für Schlesien und für unsere östliche Grenze überhaupt zu sehen. Sollte eine solche Lösung irgendwie in Betracht kommen müssen, dann wäre nicht ein Militär- und Zollbündnis auf 25 oder 30 Jahre, sondern ein politisches, militärisches, währungs- und handelspolitisches Äternat, eine absolute ewige unlösliche Bindung der beteiligten Staaten in allen politisch und wirtschaftspolitisch überhaupt wichtigen Beziehungen aneinander, ein ewiger Staatenbund, die unausweichliche Forderung. Nicht nur eine selbständige Außenpolitik, auch eine selbständige und also eventuell divergierende Handels- und Verkehrspolitik der beteiligten Staaten müßte dann gänzlich und für alle Zeit ausgeschlossen werden, und dafür wäre auf wirtschaftlichem Gebiet das schlechthin einzige Mittel: nicht nur Militärkonvention und Zollbund, sondern Währungs- und Bankeinheit, Festlegung einer gemeinsamen Eisenbahnpolitik, gleichen Verkehrsrechtes und gleicher Sozialgesetzgebung in den beteiligten Staaten, dies alles auf ewige Zeiten. Wenn das nicht geschaffen werden könnte, wäre jene Lösung unakzeptabel und verriete das Vaterland. Nicht nur hätten bei einem solchen Zustand fortan, so wie jetzt die Österreicher, wir das Odium aller Auseinandersetzungen mit Ungarn mit zu tragen, — was bei jeder wirklich intimen Annäherung handelspolitischer Art unvermeidlich sein wird —, sondern die Sache wäre so, daß wir 2000 gemeinsame Zollpositionen bekämen, und daß dann drei souveräne Regierungen bei der Abänderung jeder einzelnen Position, sowohl autonom wie im Falle von Handelsvertragsverhandlungen, mitzureden hätten, daß wir also tatsächlich einen Zolltarif in steuer- und verkehrspolitischer Version bekommen würden, welcher fossil bliebe, weil grundständliche Änderungen der Verkehrs- und Handelspolitik bei divergenten Interessen der beteiligten politischen Angehörigen nur um den Preis der allerschwersten politischen Erschütterung des Bundes zu erkaufen wäre. Es wäre daher ganz ausgeschlossen, auf ein derartiges Verhältnis ohne radikale Beseitigung aller Zwischenzölle und ohne einheitliche, durch eine einheitlich geleitete gemeinsame Bank garantierte

Währung sich überhaupt einzulassen. Wie freilich eine solche Gemeinschaft zwischen souveränen Staaten mit völlig getrennten Organen, bei denen aber die gemeinsame Bank alle Fehler, die der eine in seiner Wirtschaft und Gesetzgebung macht, fühlen und auf den oder die andern beteiligten Staaten zurückwirken lassen müßte, funktionieren würde, bleibt dabei dunkel. Klar ist, daß Deutschland für absehbare Zeit allein die Opfer trüge. Aber nur diese intime Verflechtung würde eine hinlängliche Gewähr dafür bieten, daß nicht jedes handelspolitische Kometenjahr den politischen Bund sprengen könnte. Ich würde, selbst mit diesen Garantien, jene Lösung der politischen Frage in unserm und auch dem österreichisch-ungarischen Interesse für höchst bedenklich halten und möchte hoffen, daß sie auch in noch so abgeschwächter Form so nicht in Betracht kommt. Indessen die Gerüchte, daß dies dennoch der Fall sei, wollen nicht verstummen und scheinen doch irgendeinen — hoffentlich einen mißverständlichen — Anhalt zu haben. —

Eine glatte Lösung der polnischen Frage, welche allen Interessen, vor allem den uns in erster Linie stehenden der Sicherheit von Deutschlands Ostgrenze genügen und dabei den Polen Befriedigung gewähren sollte, ist schwer konstruierbar. Die Erhaltung irgendeiner Interessengemeinschaft der verbündeten Großmächte an Polen bei Gewährung eines möglichen Maximums von Autonomie scheint eine ziemlich wahrscheinliche Lösung; insbesondere eine dauernd gemeinsame Einflussnahme auf die polnische Handels- und Verkehrspolitik, — im übrigen hoffentlich so wenig „Kondominium“ wie nur irgend möglich.

Wie aber immer das Problem politisch gelöst werden möge, — man muß sich klarmachen, daß von da aus ein scharfer Druck entstehen kann und sehr wahrscheinlich entstehen wird in der Richtung, daß Österreich-Ungarn und Deutschland sowohl politisch wie handelspolitisch Vertragsverhandlungen nach außen in Zukunft nur gemeinsam führen, zum mindesten, solange nicht die politischen Konstellationen der Welt sich vollständig verschoben haben, — und daß deshalb dahin gestrebt werden muß, eine gemeinsame Basis dafür zu finden; die schließlich in irgendeiner Weise nur auf einem gemeinsamen Zolltarifschema und irgendwie auf einander abgestimmten Zollpositionen der beiderseitigen Tarife ruhen kann —, ein Problem, welches ich für mindestens ebenso schwierig halte wie die Beseitigung oder Herabsetzung der Zölle zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Und diese gemeinsame Zollpolitik nach außen ist doch ohne im Effekt einer Vereinheitlichung

der Wirtschaftspolitik mindestens sich annäherndes Entgegenkommen im Verkehr zwischen den beiden Staaten auch wieder kaum recht auszudenken. Denn im Gegensatz zu allen bisherigen Verhältnissen wird, wenn irgendwelche Interessengemeinschaft Deutschlands und Österreich-Ungarns an Polen durch die Art der Gestaltung der jetzigen politischen Lage aufrechterhalten bleiben sollte, — und das erscheint, wie gesagt, leider möglich —, die Zollpolitik beide Mächte gegeneinander vielleicht künftig zwingend beeinflußt werden müssen durch ihre gemeinsame Zollpolitik gegenüber Polen. Denn es wäre politisch hoch gefährlich, hier, wo es sich um Gebiete handelt, die nach drei Seiten an reichsdeutsches Land grenzen, eine ungebundene Konkurrenz der Handelspolitik einer sei es auch eng befreundeten Macht offen zu lassen. Es darf diese Möglichkeit handelspolitischer Konkurrenz um Polen zwischen den beiden Mächten nicht geduldet werden. Eine gemeinsame Orientierung der Handelspolitik mindestens mit Beziehung auf dies Objekt ist also dauernd unumgänglich, wenn nicht Polen einfach dem deutschen Zollgebiet angegliedert wird, was freilich das sicherste und wirtschaftlich auch für Polen beste wäre. Es liegen also die Dinge von der politischen Seite her so, daß wir jedenfalls auf die Möglichkeit gesetzt sein müssen: es kann der Fall eintreten, wo es nicht mehr heißt: wollen wir das nun machen oder nicht? sondern: es muß sein, — wo liegen die Hauptchwierigkeiten? — wie lassen sich diese Hauptchwierigkeiten beseitigen oder wenigstens relativ unschädlich machen? und ich gebe nun natürlich Herrn Kollegen Diehl ganz bedingungslos darin recht, daß es die Aufgabe unseres Vereins in allererster Linie, wenn nicht ausschließlich, ist, gegenüber den gefühlspolitischen Wünschen gerade diese Schwierigkeiten der Sache hervorzuheben, auch, und gerade dann, wenn man vermuten müßte, daß schließlich die Entscheidung aus politischen Gründen etwa doch in der Richtung fallen kann, die ich andeutete.

Ich leugne nicht, daß ich mich freuen würde, wenn die polnische Frage sich so lösen ließe, daß wir um die Notwendigkeit des Zollbündnisses herumkämen und beide Teile also freie Hand in ihren Entschließungen behielten. Sollte dies gelingen und schiede ferner der Gedanke einer Bank- und Währungsgemeinschaft mit all ihren weitgehenden Konsequenzen aus, dann würde meines Erachtens jede andere Lösung als die eines besonders intimen handelsvertraglichen Verhältnisses auf möglichst lange Zeitdauer aber ohne Beseitigung des Meistbegün-

stigungsprinzipes als der Grundlage unserer Handelspolitik abzulehnen sein. Denn der Gedanke einer rein mechanisch, also etwa nach Prozentverhältnissen, abgestuften Präferenz wäre wegen der Unmöglichkeit einer Berechnung der Wirkungen auf lange Sicht hin und wegen der Irrationalität dieses willkürlichen Schemas nicht diskutabel; seine Durchführung würde ein unerträgliches, unelastisches Hemmnis der Bewegungsfreiheit beider Teile sein. Jede formelle Präferenz anderer Art aber kompromittierte die Handelspolitik jedes der beiden Teile Dritter gegenüber ohne hinlängliches politisches Äquivalent, welches für ein solches Opfer eben nur in einem vollen Zollbund zu finden wäre. Dann kann es sich nur darum handeln, einander gegenseitig sachlich zu bevorzugen, durch eine solche Gestaltung des Handelsvertrages, durch solche gegenseitige Konzessionen also, welche trotz der allgemeinen Meistbegünstigung zugunsten gerade dieses Gegenkontrahenten wirken und der beabsichtigten wirtschaftlichen Intimität zwischen uns entsprechen würden, vor allem aber: durch die Beseitigung aller jener von anderen Umständen als Zollsätze ausgehenden Hemmungen des Güterverkehrs zwischen den beiden Gebieten, deren Wirkung oft weit fühlbarer ist als die Zölle, und welche weit erbitternder wirken als ein klar und eindeutig kalkulierbarer Zoll, während umgekehrt die Beschränkung der zollpolitischen Bewegungsfreiheit dann leicht die Quelle politischer Entfremdung werden kann, wenn sie nicht zur vollen Zolleinheit führt. — Indessen, es fragt sich, wie gesagt, ob diese Entschlußfreiheit für uns bestehen wird.

Doch spricht — und da möchte ich Herrn Kollegen Pierstorff mit wenigen Worten entgegentreten — in der gleichen Richtung wie die polnische Frage auch die oft hervorgehobene Abschließungstendenz der übrigen großen Weltmächte gegen uns. Die Sache liegt doch wohl umgekehrt, als er gesagt hat. Wenn irgend etwas dazu geführt hat, daß den Russen und Engländern etwas bange geworden ist vor ihrer eigenen Gottähnlichkeit bei dem Gedanken eines gemeinsamen ewigen Zollkrieges gegen Deutschland, so war es die Beobachtung, daß wir eventuell die Karte ausspielen könnten: Zolleinigung mit unseren Verbündeten! Das gilt namentlich von den Russen, wie man aus den Pressemeldungen der letzten Zeit sehen konnte, aber nicht nur von ihnen, und ich meine, daß auch Herr Kollege Pierstorff sich jedenfalls auf den Standpunkt wird stellen müssen — ich glaube, wir sind grundsätzlich gar nicht so verschiedener Meinung (Pierstorff): Das ist ja eine ganz andere Sach-

lage!) — gut, dann sind wir also wohl überhaupt nicht verschiedener Meinung. — Es ist durchaus notwendig, daß in dem kommenden Friedens- und Vertragsverhandlungsspiel sowohl die deutsche wie auch die österreichisch-ungarische Regierung die Karte: „mitteleuropäische Zollvereinigung“ in der Hand haben, damit sie sie gegebenenfalls ausspielen können. Es muß also deutscherseits, einerlei, ob wir wünschen und glauben oder nicht, daß aus der Sache schließlich etwas wird, jedenfalls gearbeitet werden unter der Fragestellung: wie ist erstens ein gemeinsamer Zolltarif nach außen, wie ist zweitens zwischen beiden Mächten ein Maximum von zollpolitischem Mitteleuropa möglich? Nicht gerade nur an zollpolitischem Mitteleuropa; ich bin, wie gesagt, durchaus der Meinung, daß das nicht das Alleinige ist, daß vielmehr andere Dinge sogar noch wichtiger sind als die Beseitigung aller Zwischenzölle. Aber immerhin doch ein Mitteleuropa ungefähr in der Richtung, wie das Naumannsche prachtvolle, aber naturgemäß mit dem Temperament des Politikers, nicht mit der Skepsis des Fachmanns geschriebene Buch es gezeigt hat. Wo sind die schwierigsten Punkte? — wie sind sie zu überwinden? Und diese Fragen müssen, so sehr das Problem selbst ein politisch orientiertes ist — alle rein ökonomisch beantwortet werden.

Meine persönliche Stellung zu diesen rein ökonomischen Problemen nun gründet sich auf einen bisher nur engen Kreis von Beobachtungen, und ich äußere mich mit um so mehr Vorbehalten, als ich kein Fachhandelspolitiker bin.

Es hatte sich kürzlich hier unter Vorsitz von D. Friedrich Naumann ein privater „Arbeitsausschuß für Mitteleuropa“ gebildet, dem ich auch beigetreten war, zunächst wesentlich aus politischem Interesse an dem polnischen Problem, nachdem ich gerüchtweise von jenen Eventualitäten gehört hatte. Es bestand für diesen Ausschuß keinerlei Bindung an ein Programm, sondern er fragte einfach: wieviel „Mitteleuropa“ im Sinne des Programmes von D. Naumann wäre mit deutschen Interessen verträglich? Der Ausschuß, dessen Entstehen von verschiedenen Reichsämtern als „erwünscht“ bezeichnet wurde, war selbstverständlich nicht in der Lage, von den Reichsämtern irgendwelches und insbesondere das 1911 erhobene produktionsstatistische amtliche und also vertrauliche Material zu bekommen. Er konnte sich auch keine Kenntnis der Lage der Verhandlungen verschaffen. Er konnte nicht als Vertreter oder Geschäftsführer amtlicher Stellen auftreten. Er vermied jedes öffentliche

hervortreten und also jede Konkurrenz mit anderen bestehenden Organisationen. Ob er irgendwelche nützliche Funktionen versehen könnte, hing wesentlich davon ab, ob die beteiligten amtlichen Instanzen glaubten, daß er in irgendeiner Richtung Arbeit — solche, die sie selbst aus formellen oder sachlichen Gründen nicht leisten könnten — übernehmen könne. Ob dies der Fall ist, mußte zunächst abgewartet werden. War es — was möglich erschien — nicht der Fall, so hatte der Ausschuß keinen Zweck.

Er beabsichtigte, zunächst die Frage der Währung in Polen, jetzt während des Krieges und künftig, je nach der Lösung der polnischen Frage, durch einen in Kriegswährungsfragen praktisch erfahrenen Herrn bearbeiten zu lassen. Die Art der möglichen Lösung dieser Frage ist, wie nicht weiter ausgeführt zu werden braucht, außerordentlich wichtig für alle wirtschaftspolitischen und damit indirekt politischen Zukunftsmöglichkeiten. Sie liegt gerade in dem deutschen Okkupationsgebiet zurzeit noch so gut wie ganz im argen, sehr zum Schaden der Stellung der deutschen Verwaltung zur polnischen Bevölkerung. Und es besteht die Gefahr, daß dadurch Notwendigkeiten der Zukunft präjudiziert werden können.

Des weiteren hatte der Ausschuß sich auf den Standpunkt gestellt: die Zölle zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn würden überhaupt ein Objekt von sekundärer Bedeutung werden, falls die beteiligten Industrien sich untereinander über den Markt zu verständigen in der Lage wären. So hat man denn versucht, in privaten Pourparlers sich mit Vertretern einiger der beiderseitigen Industrien über diese Möglichkeiten zu informieren. Gerade hier würde es sich — da auch die Stellungnahme der Industriellen der Nachbarmonarchie erkundet und dann der Versuch, internationale, deutsch-österreichisch-ungarische Verständigungen der Interessen anzubahnen, gemacht werden müßte — um Verhandlungen handeln, welche die amtlichen deutschen Stellen ihrerseits nicht gut in die Hand nehmen könnten. Dafür konnte also ein solcher Ausschuß vielleicht von Nutzen sein. Auch dann, wenn er selbst nichts anderes im Kreise der maßgebenden Interessenten erreichte, als was das Naumannsche Buch in den Kreisen der Ideologen erreicht hat: ein Stimmungskapital zu schaffen, mit dem, als einem in Betracht kommenden Faktor, die Politiker arbeiten könnten.

Wenn ich unseren ungefähren ganz vorläufigen und also ganz unmaßgeblichen Eindruck von dem Verlaufe solcher Besprechungen zu-

zammenfassen soll, so ist es der, daß immerhin einige derjenigen Schwierigkeiten, die ich für von vornherein ganz unüberwindlich gehalten habe, doch nicht unbedingt unüberwindlich zu sein scheinen. Man darf bei der Abschätzung des künftig Möglichen eben nicht einseitig die früheren Friedensverhältnisse zugrunde legen. In einer Anzahl von Industrien, bei denen eine erhebliche Umrangierung würde stattfinden müssen, liegen die Dinge so, daß schon der Krieg die bisherige Situation der Industrie so völlig geändert hat, daß eine Neuapprässung ohnehin nötig ist, und daß diese in mancher von ihnen mit Hilfe der Kriegsgewinnauflösicherungen leichter als sonst möglich erscheint. Eine weitere Schicht von Industrien beider Länder könnte, wenn sie muß, die Zölle ganz entbehren, falls eine geeignete Kartellierung gelänge. Es ist nun nicht immer leicht, festzustellen, welche Industrien einer von diesen beiden Schichten angehören. Denn die beteiligten Interessenten verhalten sich grundverschieden je nach dem Bilde, welches sie sich von dem wahrscheinlichen Gang der Ereignisse machen. Wird ihnen bei Besprechungen von den beteiligten amtlichen Stellen gesagt: — und das sollte unseres Erachtens allerdings, weil es der Sachlage entspricht, geschehen: — „Richtet euch darauf ein, daß vielleicht, wir mögen es noch so sehr beklagen, die Zölle aus politischen Gründen fallen müssen“, dann würden sie versuchen, sich in diese Eventualität zu versetzen und auf Mittel sinnen, ihr zu begegnen. Spüren sie dagegen ausschließlich an amtlichen Stellen die gewiß von den meisten von uns geteilten Bedenken, außer im Falle absoluter Notwendigkeit dem Gedanken einer Zollunion näherzutreten, so ist mit ihnen nicht zu verhandeln, denn dann scheint ihnen jene Eventualität fernliegend. Ob sich für den Arbeitsausschuß die Möglichkeit fruchtbringender Erörterungen mit den Interessenten ergibt, hängt also auch hier ganz von dem Verhalten ab, welches die amtlichen Instanzen ihrerseits für zweckmäßig halten, und welches dies sein wird, wissen wir nicht. Nutzlose oder unerwünschte Mitarbeit würde jedenfalls ich niemandem aufdrängen.

Sachlich würde der Sitz der Hauptschwierigkeiten — sowohl für die Vereinheitlichung der Sätze der beiden Zolltarife wie für die Ausschaltung der Zwischenzölle — sicherlich in den Halbfabrikatzöllen liegen, und hier sind einige Probleme, die zunächst fast unüberwindliche Schwierigkeiten zu bieten scheinen, da wenigstens, wo die weiterverarbeitenden Industrien Exportindustrien sind. Da wäre die Sache mit dem Nachweis der Kartellierungsfähigkeit der beiderseitigen Halb-

fabrikat- und eventuell auch Fertigfabrikatindustrien natürlich nicht abgetan. Nun ist es ja wohl überhaupt als sicher anzusehen, daß niemand mit Begeisterung an eine Forcierung der Kartellbildung in der Industrie mit ihren bekannten Konsequenzen herangeht. Diese Seite der Sache könnte freilich für manche Produktionszweige vielleicht aus finanziellen Gründen, die ich hier nur sehr kurz berühren will, ein eigenartiges Gesicht bekommen. Die Zahl der von privaten ideellen und materiellen Interessenten aufgestellten Projekte zu Zwangssyndizierungen ist Legion. Teils um die nötigen Prämien für die Lagerhaltung kriegsknapper Rohstoffe, teils aber und vor allem um das Geld für die Anleihezinsen aus der Produktion herauszupressen werden sie erjonnen. Ob sie wirklich alle nur Papierkarbprodukte bleiben werden, ist angesichts des künftigen Finanzbedarfes immerhin fraglich, allen begreiflichen Antipathien zum Trotz. So weit solche Zwangssyndizierungen greifen würden, traten die Zollfragen ja ganz in den Hintergrund. Indessen ist anzunehmen, daß es äußerstensfalls sich doch nur um wenige Massenartikel handeln wird. Für die handelspolitische Seite aber dürfte bei allen Kartellierungsprojekten nicht unberücksichtigt bleiben, daß die ausschlaggebende Rolle die massenhaften kleinen Posten unserer Handelsbilanz spielen; diese und nicht die quantitativ gewiß gewichtigen Stapelartikel sind sogar das für unsere Welthandelsstellung, im Verhältnis und im Vergleich mit anderen Nationen, recht eigentlich und aus dauernd feststehenden Gründen charakteristische, und dies ist allerdings eine Mahnung, nicht alles auf einen Interessenausgleich der allein kartellierungsfähigen Massenartikel abzustellen. Wir arbeiten intensiv mit kleiner „Marge“: Das ist unser dauerndes Schicksal.

Genug. Wie denn nun sei: die Eventualität, daß von den Regierungen aus politischen Gründen ein zollpolitisches „Mittel-europa“ gemacht werden muß, muß sowohl den Interessenten wie uns stets vor Augen stehen: von der Voraussetzung, daß eine politische Situation eintreten kann, welche zur mitteleuropäischen Einigung zwingt, muß zunächst einmal ausgegangen werden, und da liegt die Grenze aller der Bedenken, die gegen die Sache selbst vorgebracht werden. Deshalb möchte ich allerdings das eine für wünschenswert halten, daß auch die Herren, welche mit vollem Recht sagen: es ist unsere wissenschaftliche Pflicht, vor allen Dingen die Gefahren und Schwierigkeiten hervorzuheben, denn wir sind dafür mit verantwortlich, daß

dieſe nicht überſehen werden, — daß auch dieſe Herren nicht vergessen möchten, daß damit die politiſche Siuation, die heute beſteht, nicht beſiegt iſt, und daß ſie, unbeschadet ihres Standpunktes, auch an den Erwägungen mitarbeiten möchten, wie man ihr begegnen könnte. Denn ſie mögen wirtschaftlich jagen was ſie wollen, — die Sache kann aus politiſchen Gründen doch kommen, und darauf richtet man ſich beſſer rechtzeitig ein! (Lebhaftes Bravo.)

F. Tönnies: Meine Herren, ich ſpreche hier nicht als ein handelspoliſcher Fachmann; ich wollte auch nur mit einem Wort auf den Ausgang der Debatte zurückkommen. — In der Diskuſſion iſt das nationale Pathos, mit dem die Frage zunächſt behandelt wurde, einer gewiſſen Hemmung begegnet. Ich bin nun doch der Meinung, daß nationale Pathos iſt aus dieser Frage gar nicht auszuscheiden, und wenn es uns aus Österreich entgegentreten, ſo muß es bei den Reichsdeutschen einen Widerhall finden. Ich glaube allerdings, daß Herr Kollege Spann von einem anderen Geſichtspunkt aus die Art beſämpft hat, in der der Verein für Sozialpolitik ſich dieser Frage beſächtigte; nämliſch er hat nicht angenommen, daß der Verein für Sozialpolitik lediglich aus wissenschaftlichem Interesse, aus objektiv nüchternem wissenschaftlichem Interesse diese Frage untersuchen wollte, ſondern er hat angenommen, daß die Behandlung der ganzen Frage ausgegangen iſt von dem Verein für Sozialpolitik, und zwar, obgleich er ſich als folcher nicht verbindlich macht, doch überwiegend wenigſtens aus gemeinsamen Interessen, um gemeinsamer Zwecke willen, daß es ſich also nicht ſowohl darum handelte, rein objektiv nüchtern zu unterſuchen: was steht dem entgegen, und was ſpricht etwa dafür, ſondern vielmehr, daß man davon ausgegangen wäre: hier iſt ein Problem; dies Problem wollen wir löſen, nicht wir als Verein, ſondern wir Deutschen, und wir wollen unterſuchen: durch welche Mittel kann es gelöst werden — nach der leitenden Maxime „Wo ein Wille iſt, da iſt ein Weg“ —? Tatsächlich überwiegt diese Betrachtung in den Schriften nicht; ſie iſt darin vertreten, aber ſie überwiegt nicht, und insbesondere die ausgezeichneten Arbeiten von Schumacher und Eulenburg betrachten die Sache unter einem ſtrengeren theoretiſchen Geſichtspunkt, was man an ſich nur billigen kann.

Aber andererſeits ſpricht doch manches für die Auffaſſung des Herrn Kollegen Spann. Der Verein für Sozialpolitik als folcher iſt

eben ein Verein, der sich mit Politik beschäftigt, und die Sozialpolitik ist von nationaler Politik gar nicht zu trennen. Die Sozialpolitik muß insbesondere die Frage, die ja auch von Herrn Kollegen Loß hier behandelt worden ist und die ich für die allerwichtigste halte, nämlich die Frage der Autarkie in bezug auf die Volksernährung, streng im Auge behalten, und das, meine ich, ist wichtiger als die etwa verlegten Interessen von irgendwelchen Industrien, die vielleicht sehr tief unter der Bedeutung der Nahrungsmittelherstellung stehen, deren Untergang also für die Individuen sehr beklagenswert, jedoch für das nationale und darum auch für das sozialpolitische Interesse von geringer Bedeutung wäre. Dass es solche Industrien gibt, namentlich unter den Luxusindustrien, die besonders in Österreich ziemlich reich vertreten sind, wird niemand leugnen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß es kein Zufall ist, daß eben ein Sozialpolitiker und ein Mann, der die Verbindung national und sozial sozusagen volkstümlich gemacht hat, nämlich Herr Naumann, auch derjenige gewesen ist, der das zündende Wort „Mitteleuropa“ und das zündende Werk darüber in die Welt geworfen hat. Das kann uns nun natürlich nicht verhindern, die Sache hier so streng wissenschaftlich wie möglich zu behandeln. Dies möchte ich andererseits Herrn Kollegen Spann zu beherzigen geben, und ich möchte ihn auch bitten, diesem Gesichtspunkt in Österreich recht viel Beachtung und Nachdruck zu verleihen.

A. Wallod: Es ist hier die Befürchtung ausgesprochen worden, eine zollpolitische Annäherung Deutschlands an Österreich könnte für Österreich sehr unerwünschte Folgen haben; die übermächtige deutsche Konkurrenz könnte Österreich schwächen, und das wäre doch gerade in politischer Beziehung etwas sehr Unerwünschtes, im Gegenteil, man müßte wünschen, Österreich zu stärken. Herr Kollege Spann hat zu Anfang bemerkt, ich hätte eine schlimme Statistik aufgestellt, ausgerechnet, daß Österreich eine niedrige Lebenshaltung habe. Ich hatte den Eindruck, als ob Herr Kollege Spann daraus den Schluß gezogen hätte, daß ich ein Gegner der Annäherung wäre. Ich bin im Gegenteil gerade wegen der niedrigeren Lebenshaltung Österreichs ein energischer Freund der Annäherung, und zwar, weil ich der Überzeugung bin, daß bei dieser Annäherung die Kapitalkraft Deutschlands dazu dienen kann, Österreich volkswirtschaftlich so zu entwickeln, daß die Lebenshaltung seiner

Bevölkerung ganz erheblich steigt. Das steht ja natürlich auch im Zusammenhang mit den Fragen der Autarkie oder der Weltwirtschaft.

Um gleich auf die Frage der Weltwirtschaft oder der Autarkie einzugehen, so ist ja hier die Frage aufgeworfen worden, ob die Ernährungsbasis eine ausreichende wäre. Ich glaube, es steht gar nicht so sehr in unserer Macht, beziehungsweise in der Macht Deutschlands, zu bestimmen, wie die künftige Zoll- und Handelspolitik sein soll, sondern das wird von dem Friedensschluß abhängen. Es ist sehr wohl möglich, daß uns gewissermaßen eine gewisse Autarkie aufgezwungen wird, wenn nämlich unsere Gegner sich allzu scharf gegen uns abschließen, und da entsteht die Frage, inwieweit wir durch eine Annäherung an Österreich eine Verbreiterung der Ernährungsbasis schaffen können. Ich bin entschieden der Meinung, daß, wenn wir eine solche Annäherung herbeiführen wollen, bei der eine Erhöhung der Industriezölle Deutschlands auf den Betrag der Industriezölle Österreichs eintreten würde, dies sowohl für die deutsche wie für die österreichische Volkswirtschaft etwas durchaus Unerwünschtes sein würde. Kommt aber eine Einigung auf der Grundlage zustande, daß Österreich die niedrigeren Industriezölle Deutschlands annimmt, dann ist zunächst für die österreichische Landwirtschaft die Möglichkeit einer außerordentlichen Entwicklung gegeben. Die österreichische Landwirtschaft leidet unter bedeutend höheren Hypothekenzinsen, bedeutend höherer Steuerbelastung als die deutsche. Dieser Zustand würde durch die Beschaffung deutschen Kapitals jedenfalls außerordentlich verbessert werden. Dann hat sie um mindestens 20 bis 30 % teurere landwirtschaftliche Maschinen. Sie hat ferner teureren Kunstdünger. Das sind eine ganze Reihe von Tatsachen, die dazu geführt haben, daß die österreichische Landwirtschaft der deutschen gegenüber auf gleicher Ackerfläche um 30 bis 40 % weniger produziert. Dies kommt bei der Antwort auf die Frage des Herrn Kollegen Voß, inwieweit die landwirtschaftliche Basis ausreichen würde, wesentlich in Betracht. Es geht ja nicht an, daß wir einfach die Tatsachen, wie sie in der Vergangenheit gewesen sind und wie sie natürlich im Weltkrieg fortgewirkt haben — daß nämlich die Ernährungsbasis nicht ausgereicht hat —, auf die Zukunft projizieren. Die Sache liegt vielmehr so: werden die handelspolitischen und volkswirtschaftlichen Bedingungen für eine höhere Produktion geschaffen, so kann diese Ernährungsbasis bedeutend erweitert werden. (Sehr richtig!)

Nun kann man ja sagen, in gewisser Beziehung würden wir eine volle Autarkie mit Österreich allein nicht erreichen können. Ich beziehle das auch entschieden. Aber wozu haben wir denn eigentlich für die Türkei gekämpft und diese gewissermaßen gerettet? Wir haben ja doch dadurch den Vortzug dieser Erweiterung des Wirtschaftsgebiets von Berlin bis Bagdad geschaffen. Nun, Deutschlands Kapitalisten haben bis jetzt sehr viel Kapital exportiert und damit zum Teil die Industrie uns jetzt feindlicher Länder entwickelt. Schon allein in Russland steckt außerordentlich viel deutsches Kapital. Ich sehe nicht ein, warum in Zukunft nicht die deutsche Kapitalkraft die Industrie und die Volkswirtschaft unserer Bundesgenossen und unserer Freunde entwickeln, also z. B. österreichische Wasserkraftsanlagen ausbauen und damit auch der österreichischen Industrie in vieler Beziehung nützen soll. Warum soll sie nicht z. B. das verfallene, aber in den Grundzügen noch vorhandene Kanalsystem des alten Babyloniens und Mesopotamiens wieder instand setzen? Der englische Wasserbautechniker Willcox, der in Ägypten das Assuan-Wasserwerk angelegt hat, hat ausgerechnet, daß die Bewässerung von 1,4 Millionen Hektar günstig gelegener Flächen in Babylonien nicht mehr als 550 Millionen Mark kosten würde. Es ist klar, daß das bei der Kapitalkraft Deutschlands geradezu eine Bagatelle ist. In wenigen Jahren könnten die alten Bewässerungsanlagen instand gesetzt werden, und die 1,4 Millionen Hektar würden ausreichen, um diejenigen 600 Millionen Kilogramm Baumwolle zu produzieren, die Österreich und Deutschland brauchen -- das heißt für den Fall, daß wir gewissermaßen gezwungen werden, uns auf eine gewisse autarkische Basis zurückzuziehen.

Es wurde die Benachteiligung der österreichischen Textilindustrie durch die deutschen Teerfarben erwähnt. Da ist es doch gerade ein großer Vorteil für die österreichische Industrie, wenn sie durch eine Zollannäherung oder einen Anschluß die billigen Farben bekommt. Ich habe gerade ein Buch über die Entwicklung der chemischen Industrie in England und Amerika gelesen; es ist gerade die größte Angst der Amerikaner und Engländer, daß Deutschland mit seiner ungeheuer entwickelten Farbenindustrie die Textilindustrie jener Länder schädigen könnte, indem es ihnen sozusagen den Farbenpreiskorb höher hängt. Tatsächlich exportiert ja England immer noch für $2\frac{1}{2}$ Milliarden Mark Textilwaren, wir mit Österreich zusammen nur für 800 Millionen Mark. Also hier könnte ein gewisser Zusammenschluß der beiden Teile

nur vorteilhaft sein, und zwar vor allen Dingen für die österreichische Landwirtschaft, die billige Maschinen erhielte, und ich glaube, auch die Herren Magharen werden sich, wenn sie sich die Sachlage ganz vernünftig überlegen, sagen müssen, daß es für sie von ganz ungeheurem Vorteil ist, wenn sie ihre landwirtschaftliche Produktion mit Hilfe des billigen deutschen Kapitals, mit Hilfe billiger Maschinen und billigen Kunstdüngers um 50 bis 100 % steigern können. Sie werden volkswirtschaftlich dabei außerordentlich viel besser fahren, als wenn sie mit aller Macht eine eigene Industrie aus dem Nichts hervorzaubern wollen, für die doch nun mal die Grundvoraussetzung, das Vorhandensein von Kohle, fehlt.

Spezialdebatte.

1. Erörterung über die mutmaßliche Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands und Österreich-Ungarns zum feindlichen Auslande nach dem Kriege, über den Handelskrieg und das Wirtschaftsbündnis.

Vorsitzender: Meine Herren, die Rednerliste ist erschöpft; ich nehme also an, daß niemand mehr zu dem ersten Punkt, zur Generaldebatte, das Wort zu ergreifen wünscht.

Wir können nun zur Spezialdebatte übergehen. Ich erinnere daran, daß für diese Spezialdebatte programmatisch in Aussicht genommen war als erster Punkt eine Erörterung über die Bestrebungen unserer Feinde, die darauf hinauslaufen, auch nach dem Friedensschluß den Krieg als Handelskrieg fortzuführen, und eine Erörterung der besonderen Funktion, welche man einem Wirtschaftsbündnis dieser Sachlage gegenüber zuweisen will.

Es ist in der Generaldebatte von den Rednern bereits vielfach auf diese Fragen Bezug genommen worden, so daß es vielleicht gar nicht mehr notwendig ist, sie noch in der Spezialdebatte zu erörtern.

Sollte das doch der Fall sein, so bitte ich, das Wort zu ergreifen. — Es scheint nicht gewünscht zu werden. Wir können also ohne weiteres zu Punkt 2 übergehen.

2. Bedenken gegen eine Erleichterung des Gütertauschs.

Unter Punkt 2 sollte das Maß der Bedenken besprochen werden, welche sich gegen eine Erleichterung des Gütertauschs richten a) vom Standpunkte der agrarischen, b) der industriellen Interessenten.

Zwar sind in der Generaldebatte auch schon mancherlei Dinge berührt worden, welche diesen Gegenstand betreffen; immerhin handelt es sich hier um ein so wichtiges und weites Gebiet, daß, wie ich annehme, eine besondere Aussprache doch wohl erwünscht sein wird. Ich möchte also diejenigen Herren, welche zur agrarischen Seite des Problems sich zu äußern wünschen, bitten, sich zu melden.

a) von seiten der agrarischen Interessenten.

Max Weber: Ja, meine Herren, zur agrarischen Seite sprechen kann ich eigentlich nicht; und erst recht nicht qualifiziert wäre ich, im Namen irgendwelcher Agrarier zu reden.

Vorsitzender: Es handelt sich um eine Ergänzung.

Max Weber: Die deutschen landwirtschaftlichen Interessen sind immer wieder in dem Satz zusammengefaßt worden, soweit ich habe sehen können: augenblicklich täte uns die Sache nichts, anders aber, wenn Ungarn künftig einmal seine Bodenkräft voll ausnützte; dann sei wieder zu viel da, dann erzielten wir nicht die Preise, deren wir bedürfen. Wie bekannt, haben sich die beteiligten landwirtschaftlichen Interessenten dahin verständigt, daß ein dreifach, ja schließlich ein vierfach gestaffelter Tarif nötig wäre, um die Interessen auszugleichen. Es ist freilich wohl kaum zweifelhaft, daß das nicht die schlechthin endgültige Stellungnahme der deutschen Landwirtschaft sein würde, wenn politische Gründe zwingender Art eintreten sollten.

Vorsitzender: Persönlich glaube ich auch, daß dieser agrarische Widerstand nicht allzu ernst zu nehmen ist. Mag auf der einen Seite eine Erweiterung der Produktion stattfinden, so erfolgt auf der andern Seite auch eine große Erweiterung des Bedarfs. Deshalb hegen, wie ich höre, sehr agrarisch gesinnte Persönlichkeiten doch den lebhaften Wunsch, es möge zu einer Einigung kommen. Man hofft, auf diese Weise die hohen Agrarzölle zu erhalten.

W. Voß: Ich danke den Herren, die auf meine Frage geantwortet haben, und möchte da nur bemerken: ich bin ebensowenig wie Herr

Kollege Weber irgendwie beauftragt oder qualifiziert, als Sachverwalter der Agrarier aufzutreten; aber ich kann doch vom Standpunkt der Logik aus würdigen, welche Folgerungen sich ergeben.

Wenn hier auseinandergesetzt wird: 1. bisher reicht die Produktion von Deutschland, Österreich und Ungarn zusammen nicht aus zur Versorgung der Bevölkerung in den drei Ländern — darüber sind wir alle einig —, 2. die Produktion in Ungarn ist in hohem Maße steigerungsfähig; die Produktion in Österreich ist ebenfalls steigerungsfähig; 3. niemand garantiert, zu welchem Preise die Erzeugnisse geliefert werden — darüber haben sich alle die Herren enthalten, eine Antwort zu geben —, so bleibt übrig, daß auf meine Bedenken keine Widerlegung kam. Kurz gesagt, wir wissen, daß gute und schlechte Ernten erfahrungsgemäß miteinander abwechseln, und daß es auch Zeiten gibt, in denen aus einer ganzen Anzahl von Gründen in einem größeren Landstrich der Erntesegen geringer ist. Nun habe ich bloß die Frage gestellt, wie es vom Konsumentenstandpunkt aus steht, wenn einmal in Deutschland, in Österreich und in Ungarn zugleich eine schlechte Ernte in Frage kommt. (Zuruf: Dann wird eingeführt!) — Zuruf von anderer Seite: Das kann doch jetzt auch passieren! — Ja, ich habe die Frage bloß gestellt; darauf ist die Antwort sehr eindeutig: agrarische Selbstgenügsamkeit und Einführbedürfnis sind miteinander unvereinbar. Nun kommt aber die zweite Frage: was geschieht, wenn eine außerordentlich günstige Ernte diese Gebiete überfüllt? (Zuruf: Vorratswirtschaft!) Wir haben in der ganzen Zeit der Hochschutzpolistik vor den bekannten Exportprämien von 1894, also vor dem Einführungssystem, in den Jahren, in denen deutsche sehr günstige Ernten mit günstigen Welternten zusammenfielen, die bekannte Enttäuschung der agrarischen deutschen Interessenten gehabt, und ich wiederhole: für diesen engeren Anschluß ist, glaube ich, wenn ich aus dem, was heute mitgeteilt wurde, die Folgerung ziehen darf, die klimatische Basis, ja überhaupt die Basis zu eng. Das gab auch Herr Ballod zu. Würde man aber weitere Gebiete einbeziehen, so würden diese Bedenken wegfallen.

Ich will jetzt aber nicht die Debatte verlängern, indem ich vor Ihnen eingehend die Pläne des Herrn Ballod, in Mesopotamien durch die Bewässerung die Produktion zu steigern, durchspreche. Wenn auch die Sache technisch möglich ist, so liegen doch sehr große in Staatseinrichtungen liegende Schwierigkeiten vor. Voraussetzung des Fortschritts

wäre, daß wirklich künstig die Türkei statt des Naturalzehnten ein Besteuerungssystem schaffen kann, welches mit landwirtschaftlichen Verbesserungen verträglich ist, was mir sehr große Sorge macht und sehr schwierig erscheint; Voraussetzung wäre ferner, daß die Produktion nicht auf Baumwolle, sondern auf Getreide konzentriert wird. Aber auch dann werden gewisse große Schwierigkeiten bleiben. Sofern in Bagdad jemand das Getreide sogar geschenkt bekommt und es auf dem trockenen Wege nach Deutschland schaffen soll, kommt dies Getreide wegen der Fracht für unsere Ernährung einfach nicht in Betracht. Bisher aber — wenn wir nicht Zukunftsmusik treiben — stehen wir vor der Tatsache, daß unsere türkischen Verbündeten eine Mehreinfuhr an Getreide haben, nicht einen Überschuß. Ich ziehe nun die Folgerung, daß die Frage vom Konsumenten- wie vom Produzentenstandpunkt aus durchaus nicht einfach liegt.

Gothein-Breslau: Die Frage der Getreidezölle dürfte in den nächsten Jahren nach dem Friedensschluß wahrscheinlich sehr interessant werden. Es wird gar nicht möglich sein, diese Zölle in naher, absehbarer Zeit wieder einzuführen. Sie sind jetzt suspendiert. Wir müssen mit einer kolossalen Vernichtung von Tonnage und insogedessen mit einer Höhe der Seefrachten rechnen, wie sie die Welt im Frieden niemals erlebt hat. Das wird natürlich auf den europäischen Märkten zu einer Verteuerung des Getreides führen, wie sie seit dem Anfang der siebziger Jahre nicht mehr stattgefunden hat. Wahrscheinlich wird die damalige Verteuerung noch übertroffen werden. Infolgedessen dürfte es für uns völlig ausgeschlossen sein, daß wir, solange diese Verteuerung der Seefrachten andauert, irgendwie wieder zu Getreidezöllen zurückkehren; denn das kann man natürlich dem Volke, wenn es nach dem Friedensschluß aus den Schützengräben zurückkommt, unmöglich zumuten, daß es sich eine künstliche weitere Steigerung der ohnehin schon so kolossal hohen Getreide- und Lebensmittelpreise durch Zölle gefallen läßt. Ich glaube, daß man sich darüber auch in weiten Kreisen selbst der Reichsregierung, ja selbst in bisher sehr schütz- oder agrarzöllnerischen Kreisen heute keinen Illusionen mehr hingibt. Es kommt hinzu, daß die Getreideproduktion vermutlich durch starke Ausfälle in Russland infolge des Fehlens von soundso viel Millionen Menschen, die bisher Getreide gebaut haben, und vor allen Dingen wegen der vollständigen Zerstörung des russischen Eisenbahnwesens stark zurückgehen wird, und

es kommt weiter hinzu, daß die Ausfuhr russischen Getreides überwiegend durch die Häfen am Schwarzen Meer erfolgt, und daß sich da der Mangel an Tonnage dort ebenso geltend machen wird.

Die von Herrn Voß angeregte Vorratswirtschaft im Falle günstiger Ernten ist auch keine technisch einfach zu lösende Frage. (W. Voß: Ich habe das nicht angeregt!) — Dann ist es von anderer Seite dazwischen gerufen worden. Lassen Sie einmal eine solche sehr reichliche Ernte feucht eingebbracht sein, so ist das Lagern des Getreides eine unsagbar schwierige Aufgabe. Ich habe das im Anfang des Krieges, in den ersten Monaten und lange darüber hinaus, als Mitglied der Getreideversorgungskommission für die Stadt Breslau erlebt, welche beispiellosen Schwierigkeiten es bietet, Getreide zu lagern; wie es fortwährend bearbeitet werden muß, und ein naßgeerntetes Getreide dürfte auch bei bester fortwährender Bearbeitung gar nicht für lange Jahre aufzubewahren sein. Wir müssen wirklich nicht immer damit rechnen, daß nun nach dem Kriege in absehbarer Zeit schon wieder ein Krieg eintreten wird. Dieser Uderlaß wird in finanzieller und physischer Beziehung so beispiellos sein, daß auf lange Zeit hinaus alle Völker den größten Abscheu davor haben werden, wieder einen Krieg zu beginnen, und daß sich daher die Friedenswirtschaft wirklich wieder in normalen Verhältnissen einführen wird.

Ich möchte dann noch ein einziges Wort sagen bezüglich der Aussichten unserer Volkswirtschaft nach dem Kriege. Der Hunger nach unseren Industrieerzeugnissen ist auch im feindlichen Ausland so beispiellos, daß heute bereits massenhaft Bestellungen aus Rußland über Schweden für unsere Industrie vorliegen für den Tag, an dem der Frieden einmal eingeläutet wird. Genau dasselbe gilt von England. Wir brauchen wahrhaftig die Drohungen über den wirtschaftlichen Zusammenschluß des Auslandes, für den doch eigentlich alle Unterlagen, alle praktischen Möglichkeiten fehlen, gar nicht ernst zu nehmen. Unsere Gegner sind ja auch schon aus Mangel an Menschen gar nicht in der Lage, sich an unsere Stelle zu setzen. Um Waren zu produzieren, braucht man doch in erster Linie Menschen, und die sind jetzt außerordentlich rar.

A. Ballod: Zu bezug auf die Frage des Getreideüberschusses oder -mangels nach dem Kriege wissen wir heute absolut nichts. Ich hatte in meiner Arbeit über die österreichische Landwirtschaft

ausgesprochen, daß ich für die Zeit nach dem Kriege einen großen Überfluß an Getreide erwarte. Das war früher. Nach dem, was ich jetzt von Russland weiß, möchte ich das bezweifeln, und ich möchte mich doch der Meinung des Herrn Professor Delbrück anschließen, daß wir wahrscheinlich nach dem Kriege Mangel an Getreide und insgesamt hohe Getreidepreise haben werden. Ich vertrete da persönlich die Ansicht, wir müßten für Brotgetreide einfach, wie das auch in einem der beiden Bände des Sammelwerkes, in der Schrift von Hainisch, vorgeschlagen ist, ein Getreidemonopol einführen und als Basis die Durchschnittspreise der letzten fünf oder zehn Jahre nehmen. Damit wäre der Landwirtschaft außerordentlich gedient; sie würde dadurch der Industrie gleichgestellt, deren allgemeines Bestreben es ist, stabile Preise zu erzielen. Auf diese Weise würde man die Produktion außerordentlich stark steigern können. Nach zehn Jahren könnte man ja den Preis vielleicht anders bestimmen. Auf jeden Fall wäre dabei eine stärkere Produktion gesichert.

Was die Frage der größeren und geringeren Ernten auslängt, so ist ja klar, daß wir, wenn wir genötigt sind, mit der Eigenernte auszukommen, bei geringeren Ernten in übler Lage sind. Nun ist auf die Frage der Aufspeicherung von Vorräten hingewiesen und als Bedenken dagegen erwähnt worden, daß in nassen Jahren mitunter die Ernte so schlecht sein kann, daß sie sich nicht hält. Da möchte ich Sie doch auf die Trocknungsverfahren aufmerksam machen. Ich habe mit einem der Direktoren der Reichsgetreideanstalt gesprochen und die Auskunft erhalten, daß man den Zentner im Durchschnitt für 50 Pf., also die Tonne für 10 Mark sehr gut trocknen könne. Der Wasserverlust zählt ja nicht.

Aus der Erfahrung früherer Jahrhunderte möchte ich nur bemerken, daß Friedrich der Große immer gewohnt war, mehrjährige Vorräte für sein Heer in Bereitschaft zu halten; aus den Acta Borussica geht hervor, daß sich das Mehl damals, in Fässern eingelagert (fest eingestampft), sieben Jahre lang sehr gut gehalten hat. Das ist allerdings auf den Umstand zurückzuführen, daß man das Getreide früher nicht gleich so, wie es vom Felde kam, ausdroß, sondern im Stroh räucherte, trocknete; dieses geräucherte und getrocknete Getreide war so trocken, daß sich auch das daraus bereitete Mehl außerordentlich lange gehalten hat. Das können wir jetzt nicht nachmachen, weil die Trocknungs- beziehungsweise Räucherungskosten für das Getreide

im Stroh zu hoch wären. Aber die heutige Technik ist entwickelt genug, um mit diesen Auslagen von 10 Mark an Trocknungsunkosten für die Tonne Körner ein Getreide zu erzielen, das bis zu 10 Jahren haltbar ist, freilich nicht auf Böden, sondern in großen Silos (unter Luftabschluß). Vor allen Dingen werden wir Vorräte schon aus dem Grunde nötig haben, um in einem künftigen Kriege nicht wieder so überrascht zu werden, wie das in diesem Kriege der Fall war.

Was die Stellung der deutschen Agrarier anlangt, so weiß ich ja sehr gut, daß sie wegen des Gerstenzolles der Annäherung an Österreich nicht ganz freundlich gegenüberstehen. Sie fürchten eine Invasion von böhmischer und mährischer Gerste. Es kommen dabei 300 000 bis 400 000 Tonnen jährlich in Frage. Dieser Gegensatz könnte schließlich überwunden werden. Ein weiterer Gegensatz besteht bei dem Hopfen. Was die Weizenproduktion anlangt, so müßte Ungarn schon 2 Millionen Tonnen mehr produzieren, um nur den deutschen Bedarf zu decken. Auch Österreich ist ja kein Getreideausfuhrland, sondern, wenn man den letzten fünfjährigen Durchschnitt zusammenrechnet, so hat es noch mehr Getreide eingeführt als ausgeführt. Die Steigerung der Produktion könnte zunächst nur den Ausfall ausgleichen und dann eventuell für Deutschland etwas übrig bleiben. Vor allen Dingen müssen wir bedenken, daß Deutschland an Getreide und Futtermitteln in den letzten Jahren vor dem Kriege 10 Millionen Tonnen eingeführt hat, so daß nicht nur die österreichische Produktion, sondern auch die Produktion Babyloniens und Mesopotamiens nicht einmal ganz ausreichend sein würde, den Bedarf zu decken. Wir sind in der glücklichen Lage, durch eine mehr oder weniger große Ausdehnung der Produktion in den zu erschließenden Ländern eine gewisse Regulierung des Angebotes durchsetzen zu können. Gewiß könnten wir aus klimatischen Gründen nicht Baumwolle in Ungarn und Österreich bauen, aber doch hochwertigen Weizen und hochwertige Ölfrüchte. Wir haben mit Österreich zusammen einen Verbrauch von $2\frac{1}{2}$ bis 3 Millionen Tonnen Ölfrüchten. Hierfür müßten die südlichen Länder, insbesondere Babylonien, herhalten.

b) von seiten der industriellen Interessenten.

Vorsitzender: Es hat zur agrarischen Seite des Problems niemand weiter das Wort verlangt. Wir können nun auf die industriellen Fragen übergehen. Ich nehme an, daß Herr Gulenburg die

Gelegenheit ergreifen wird, die vielfachen Angriffe, deren Gegenstand er gewesen ist, zu parieren.

Fr. Eulenburg: Zwar hatte ich nicht die Absicht, in die Debatte einzugreifen; aber da ich provoziert worden bin, will ich es doch tun.

Es sind zwei wesentliche Einwände gegen meine Ausführungen in den Schriften gemacht worden: ein politischer und ein wirtschaftlicher — ein politischer von Herrn Kollegen Weber, der dahin geht: wir müssen unter allen Umständen, falls wir Polen in irgendeiner Form angliedern, nolens volens ein gesamtes Wirtschaftsgebiet bilden, um mit Polen ins Einvernehmen zu kommen. Ich gebe zu, daß dieser Einwand sehr gewichtig ist, und daß er imstande ist, die ganze Frage auf eine neue Grundlage zu stellen. Ich habe mich in der letzten Zeit mit der polnischen Frage etwas abgegeben und komme zu dem Ergebnis, daß, wenn wir Polen angliedern — und aus der gestrigen Rede des Reichskanzlers ist ja zu mutmaßen, daß wir es wollen — das ganze handelspolitische Problem Österreich-Ungarn und Deutschland ein völlig anderes Gesicht bekommt. Denn darüber kann kein Zweifel sein: wenn wir ohne weiteres Polen, wie es gegenwärtig ist, hereinnehmen, ist die deutsche wie die österreichisch-ungarische Industrie vor eine außerordentlich schwierige Frage gestellt, nämlich vor die Frage: kann die polnische Industrie so, wie sie heute ist, weiter bestehen, und kann sie die Konkurrenz der beiden Länder ertragen? Bisher ist die polnische Industrie durch die russischen Zölle aufgepäppelt worden. Sie hat ein außerordentlich günstiges Absatzgebiet nach Russland gehabt. Das würde wegfallen. Es fragt sich: ist die polnische Industrie auch ohne diese Schutzzölle bodenständig oder nicht? Bezuglich der polnischen Textilindustrie kann man sagen, daß sie nur bodenständig gewesen ist durch das sonst wenig Textilindustrie habende Russland. Wenn Polen zu uns hereinkommt, werden wir uns hinsichtlich dieser ganzen Frage neu orientieren müssen; das gebe ich zu.

Auf wirtschaftlichem Gebiete mache ich allen meinen Gegnern ein großes Zugeständnis. Wenn wir ein großes, einheitliches Zollreich neu bilden könnten, in dem wir die ganze Industrie von neuem aufbauen wollten, so würde ich ohne weiteres für dieses eine große Zollreich sein. Wenn wir rationell, wie es in den Vereinigten Staaten der Fall gewesen ist, die Industrie dort hinstellen könnten, wo sie am bodenständigsten ist, würde ich ohne weiteres dafür sein,

daß wir es tun. Freilich würde sich dann ein sehr großer Teil der deutschen Industrie zweifellos anders orientieren müssen, ebenso ein sehr großer Teil der österreichischen.

Es fragt sich nun: ist es wahrscheinlich oder auch nur anzunehmen, daß wir aus staatsrechtlichen Gründen zu einem solchen neuen Aufbau von „Mitteleuropa“ kommen können? Darauf wird wohl einheitlich geantwortet werden: Nein! Wir können nun einmal nicht rationell vorgehen, weil wir historische Bedingungen schützen müssen: vor allem aber aus finanziellen Gründen: Österreich-Ungarn kann die Grundlage seiner Einnahmen, die Industrie — Sie wissen, daß die Landwirtschaft die nötigen Einnahmen nicht gibt — nicht aufheben. Ich habe mich gewundert, daß in allen Schriften der Österreicher dieser finanzielle Gesichtspunkt niemals so in den Vordergrund gestellt worden ist, wie es doch notwendig wäre. Gerade wenn man politisch und national die Dinge betrachtet, kann man von diesem finanziellen Standpunkt nicht abgehen. Es kann also von einer vollständigen Zollunion, von dem einheitlichen Zollreich, nicht die Rede sein, sondern nur von einem wohltemperierten „Bündnis“, von einer etwas gemäßigen „Annäherung“. Und die Frage ist: in welcher Form wird diese Annäherung dazu führen, daß politisch und wirtschaftlich beide Länder möglichst gestärkt daraus hervorgehen? Es ist die Frage eines Weges, einer Technik. Es handelt sich darum: ist der eine Weg dazu imstande, oder ist der andere Weg dazu imstande? Nun widerspricht es durchaus nicht dem nationalen Pathos und beleidigt niemand, wenn man meint: der Weg muß nicht gerade auf dem Schlagwort beruhen, das gegenwärtig an der Tagesordnung ist: Präferentialtarif und Bevorzugung oder Zwischenzolllinie. Das ist ja ein Schlagwort, das aus bestimmten Gründen entstanden ist. Aber zu sagen, daß die Annäherung sich unter allen Umständen auf dieses eine Schlagwort festlegen muß, das halte ich für verfehlt. Ich bin durchaus für eine „wirtschaftliche Annäherung“. Aber ich habe es entschieden abgelehnt, daß es gerade auf diesem Wege des Zollbündnisses oder einheitlicher vorgeschriebener Maßnahmen zu geschehen hat.

Wenn Herr Kollege Spann mir eingewandt hat, der Standpunkt, den ich vertrete, sei der des gegenwärtigen geschäftlichen Interesses, so ist bei mir gerade das Gegenteil der Fall. Ich habe eine — leider viel zu kleine — Umfrage bei deutschen Fabrikanten veranstaltet und habe etwa 300 Antworten bekommen. Meine Fragen sind meistens

beantwortet worden, zum Teil in sehr guter Weise. Viele Fabrikanten haben sich sehr große Mühe gegeben, ja förmliche Denkschriften ausgearbeitet. Ich habe außerordentlich viel daraus gelernt und kann sagen, daß meine ganze Abhandlung nur möglich geworden ist durch das große Entgegenkommen, das ich bei Einzelnen wie bei Verbänden gefunden habe. Leider habe ich nicht die Mittel und auch nicht die Zeit gehabt, noch weitere umfangreichere Erhebungen anzustellen; außerdem hat der Kriegsausschuß der deutschen Industrie gegen mich mobil gemacht. Wenn ich geschäftliche Interessen im Auge gehabt hätte, würde ich ohne weiteres für den Zollbund eintreten. Denn die meisten der 300 Antworten sind ja dafür, weil ihre Urheber erwarten, daß durch eine Erniedrigung der Zölle unter allen Umständen der Absatz ihrer Erzeugnisse gehoben werden würde, und weil sie meinen, daß sie von dem größeren Markt ohne weiteres Vorteile hätten. Wenn ich aber trotz des überwiegenden Votums meiner Gewährsleute zu dem entgegengesetzten Schluß gekommen bin, so ist das aus der Erwägung heraus geschehen, daß wir durch den Zollbund die österreichisch-ungarische Volkswirtschaft nicht stärken würden. Das Argument, daß wir immer wieder von neuem aus Österreich-Ungarn gehört haben, z. B. von Philippovich, ist die Frage des größeren Marktes, der größeren Spezialisierung. Ja, der größere Markt an sich gibt doch der einzelnen Industrie *ceteris paribus*, wenn alles übrige gleich bleibt und keine kaufkräftige, bisher unbefriedigte Nachfrage hinzukommt, nicht ein Tota von Gelegenheit, sich weiter auszudehnen und zu spezialisieren. Weswegen haben wir denn in Deutschland die Spezialisierung? Ich könnte mich so ausdrücken: wir haben die Spezialisierung, weil wir durch die Eroberung des Weltmarktes im Grunde eine Überproduktion unserer Industrie befördert haben. Wir brauchen eine dauernde Überproduktion für den Weltmarkt auf dem Gebiete der Eisenindustrie, auf dem Gebiete der chemischen Industrie, auf dem Gebiete der Maschinenindustrie, um zu unserer Arbeitsteilung zu kommen. Diese Überproduktion bringt in einzelnen Jahren große Fährnisse: in Zeiten der Krisen. Dann ist man immer bei der Hand, zu erklären: die Überproduktion muß eingeschränkt werden. Aber ohne sie hätten wir unsere Arbeitsteilung überhaupt nicht durchführen können. Nicht der große innere Markt hat unsere Maschinenindustrie, unsere chemische Industrie, unsere Eisenindustrie hervorgebracht, sondern die Tatsache, daß

wir die ganze Welt dauernd mit diesen Dingen versehen müssen. Ist nun in irgendeiner Weise wahrscheinlich, daß, wenn wir Österreich dazu nehmen, von unserer Seite eine weitere Spezialisierung eintreten wird? Und ist es andererseits wahrscheinlich, daß in Österreich-Ungarn diese Spezialisierung eintreten kann? Beides ist im allerhöchsten Maße unwahrscheinlich. Auf welchen Gebieten sollen wir uns denn weiter spezialisieren, wenn wir den österreichischen Markt hinzubekommen? Ich wüßte nicht eines zu nennen, nachdem ich sämtliche Industrien durchgegangen bin, bei denen das der Fall wäre. In welchen Dingen soll sich denn aber die österreichische Industrie spezialisieren, damit sie durch ein Zollbündnis mit uns einen größeren Absatz erhält? Es ist auf die Hutfabrikation Bezug genommen worden. Ist es wahrscheinlich, daß, wenn die deutschen Zölle heruntergesetzt werden, dann eine größere Spezialisierung für die österreichische Industrie in nennenswerten Betrieben und Industrien eintritt? Das ist im allerhöchsten Grade unwahrscheinlich; denn es gibt gar keine Industrie von großem Belange, in der Österreich eine Spezialisierung so vornehmen könnte, daß sie durch die bloße Angliederung an uns — nicht an den übrigen Weltmarkt — rentabel würde. Bei uns sind ja alle Industriezweige hinreichend besetzt und spezialisiert, so daß für die österreichische Industrie dadurch gar kein neuer Platz zuträgt.

Es ist immer wieder gesagt worden, die Luxusindustrie würde das tun. Darüber ist gar nicht zu reden, und ich begreife nicht, wie Philippovich dieses Steckenpferd immer wieder gegen mich hat reiten können, daß damit etwas zu machen sei. Es ist außer Zweifel, daß beispielsweise die böhmische Glasindustrie auf einer hohen Stufe steht und zum Teil der deutschen überlegen ist. Sie wissen: die verschiedensten hochwertigen Erzeugnisse auf diesem Gebiete, wie Kristallgläser, Uhrgläser, feine Glassachen, sind böhmischen Ursprungs. Welches ist nun aber das Ergebnis der Handelsbilanz in dieser Beziehung? Es ist das, daß wir eine größere Ausfuhr von Glaswaren nach Österreich haben, als die hochstehende österreichische Industrie zu uns. Der Grund liegt darin, daß natürlich nicht die feinen Glassachen etwas ausmachen, sondern Biergläser und Bierflaschen, Isolatoren usw. Das sind die Dinge, die für die Handelsbilanz und die Arbeitsteilung eine Rolle spielen. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß, auch wenn unsere Zölle nach Österreich gänzlich fallen, die österreichische Industrie dazu kommen würde, eine größere Arbeitsteilung mit uns durchzuführen.

Aber noch in einem anderen Punkte bin ich bei Spann, Philippovich und Kobatsch überrascht gewesen. Sollen denn bezüglich der österreichischen Industrie sämtliche nationalökonomischen Grundsätze über den Haufen geworfen sein? Wie ist denn die Entwicklung bisher gewesen? Sie ist so gewesen, daß die Kleinindustrie, das Kunstgewerbe und das Handwerk sich haben zurückziehen müssen vor der konkurrierenden Großindustrie. In dem Gutachten, das Herr Professor Kobatsch abgegeben hat, ist für mich charakteristisch gewesen, daß diejenigen, die sich für einen Anschluß ausgesprochen haben, vor allem die kleinen Gewerbetreibenden gewesen sind: Kunstschmiede, Baugewerbetreibende, Juweliere usw., die hochstehende Qualitätswaren machen. In dem Moment, wo die Zollschranken gegen Österreich-Ungarn fielen, würde die Folge sein, daß nicht die hochstehenden österreichischen Qualitätswaren den Sieg davontrügen, sondern die deutschen Massenwaren. Die österreichische Bevölkerung würde dann wohl eine Reihe von Erzeugnissen billiger kaufen können, aber die hochstehende Luxusindustrie würden wir niederkonkurrieren: es müßten denn die bisherigen volkswirtschaftlichen Erfahrungen auf einmal über den Haufen geworfen werden, daß nämlich eine hochstehende Qualitätsindustrie, die aus dem Handwerk und der Hausindustrie herausgewachsen ist, auf die Dauer keinen Widerstand leisten kann gegenüber der Großindustrie, die billiger arbeitet und Massenartikel herstellt. Der kann sie nicht widerstehen, wenn wir Österreich-Ungarn gegenüber die Zollfreiheit einführen.

Ebenso bin ich überrascht gewesen, daß sämtliche Herren aus Österreich heute hier ein Hauptproblem der österreichisch-ungarischen Volkswirtschaft überhaupt nicht berührt haben: das Problem Ungarn. Wir kommen nicht damit aus, daß wir hier als Volkswirte immer sagen: es sind nur staatsrechtliche Bedenken. Ich verstehe nicht, wie Philippovich in einem Artikel im Berliner Tageblatt hat schreiben können, ich kannte die Pragmatische Sanktion von 1723 nicht; daraus gehe hervor, daß Ungarn kein selbständiges handelspolitisches Reich werden könnte. Erstens kann ich Philippovich den Vorwurf zurückgeben: er kennt die Pragmatische Sanktion nicht; denn darin steht von dem, was er hervorgehoben hat, gar nichts. Aber sehen wir davon ab, so ist es für Ungarn nach meinem Dafürhalten eine wirtschaftliche Notwendigkeit, daß es zunächst versucht, sich finanziell, landwirtschaftlich und industriell zu heben. Wie stellt man sich vor, daß die ungarischen

Finanzen, die wirklich recht schwach sind, gehoben werden? Wie stellt man sich vor, daß die 300 000 Ungarn, die jährlich auf Rimmerwiedersehen nach den Vereinigten Staaten auswandern — nur ein verschwindend kleiner Teil davon kehrt zurück — ersezt werden? Wie stellt man sich vor, daß die ungarische Landwirtschaft gehoben wird? Wie stellt man sich vor, daß das auf andere Weise geschehen kann, als indem man zunächst einmal für sich sorgt? Die ungarische Landwirtschaft kann nur dadurch gehoben werden, daß zunächst die industrielle Bevölkerung zunimmt. Eine Intensivierung der Landwirtschaft ist nur in einem Gewerbe- und Industriereich möglich. Ich brauche nicht auszuführen, daß, wenn Österreich-Ungarn in der bisherigen Weise weiter wirtschaftet, eine Intensivierung der Landwirtschaft vollständig unmöglich ist. Es ist eine stärkere Entwicklung der gewerblichen Bevölkerung in den Städten notwendig, um eine erhöhte Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten in der Nähe herzustellen. Ich sehe nicht ein, unter welcher Form des Zollverbandes das geschehen soll. Ich habe mich noch nicht ohne weiteres dafür ausgesprochen, daß Ungarn ein selbständiges Zollland werden soll. Aber daß das ganze Problem im Vordergrund der österreichisch-ungarischen Monarchie steht, sowie daß sie die Menschen nicht verlieren darf, daß Ungarn zu einer starken Industrialisierung gezwungen ist, um eine Intensivierung der Landwirtschaft zu erreichen, kann keinem Zweifel unterliegen. (Sehr richtig!)

In Österreich steht die Sache so, daß eine Kapitalisierung, eine stärkere Investierung mit Kapital notwendig ist. Warum hat diese bisher nicht stattgefunden? Die Zollhindernisse bieten keine Erklärung dafür, das wissen wir; denn es ist französisches Kapital nach der Türkei gekommen, deutsches Kapital nach Russland, deutsches Kapital nach Argentinien. Lediglich die Tatsache, daß Zölle bestanden haben, hat nicht ein Tota gehindert, daß das Kapital auswanderte. Ballod hat sehr richtig gesagt: das Kapital, das wir bisher in diese exotischen Länder gegeben haben, soll lieber unseren Bundesgenossen, der Türkei und Österreich-Ungarn, gegeben werden. Dem stimme ich vollständig bei, und das unterschreibe ich als wesentlichste Grundlage einer wirklichen Annäherung. Warum ist es aber bisher nicht geschehen? Weil die Verzinsung nach dem *S a z e d e s h ö c h s t e n P r o f i t s* geht und diese eben in Österreich-Ungarn nicht gelohnt hat. Und sie hat nicht gelohnt wegen der unsichtbaren inneren Hemmnisse, die die österreichisch-

ungarische Volkswirtschaft zu überstehen hat. Ich bin sehr überrascht gewesen, daß österreichisch-ungarische Herren durch ihre Ausführungen den Eindruck erweckten, als ob ihre Kenntnis der österreichisch-ungarischen Volkswirtschaft nicht sehr bedeutend wäre (Heiterkeit), und als ob sie einen Teil der Dinge, die in Österreich-Ungarn festzustellen sind, nicht berücksichtigt hätten. Es hat 1913 in der von Österreichern herausgegebenen Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung ein ausgezeichneter Artikel von Friedrich Herz gestanden über die Erschwerisse der österreichischen Industrie. Ich habe nicht gefunden, daß diese Arbeit in den zahlreichen Schriften sowie in einer Sammlung von 350 Zeitungsartikeln über Mitteleuropa auch nur mit einem Sterbenswörtchen berührt wäre. Danach sind die Hindernisse der österreichischen Industrie zunächst und vor allem gelegen in den außerordentlich schwierigen Transportverhältnissen, zweitens in der Tatsache des verschiedenen Kulturstandes der Nationalitäten, drittens in der Tatsache, daß gewisse Rohstoffe nur unter Erschwerungen erhältlich sind. Wenn man eine Hebung des ganzen Niveaus Österreich-Ungarns und Deutschlands für Mitteleuropa erzielen will, ist es notwendig, daß man an diesen Punkten einsetzt und eine Stärkung der österreichisch-ungarischen Volkswirtschaft in jeder Beziehung herbeiführt.

Hier stoßen wir allerdings auf sehr starke nationalökonomische und politische Widerstände. Warum geschieht das nicht? Nicht etwa, weil Herr von Körber und andere Ministerpräsidenten, die teilweise sehr fähig waren, das nicht erkannt hätten. Ein Ministerpräsident wie Herr von Körber ist sich dessen natürlich bewußt gewesen, und er hat auch Versuche gemacht, es zu ändern. Wenn das nicht gelungen ist, so liegt es an der österreichischen Eigentümlichkeit, daß in Österreich in hundert Dingen nichts zu tun ist. Es ist z. B. nicht möglich, auf dem Gebiete des Schulwesens etwas zu erreichen, weil das Schulwesen Sache der einzelnen Kronländer ist. (Widerspruch.) Es ist nicht möglich, daß eine Hebung der österreichisch-ungarischen Volkswirtschaft stattfindet, wenn in Galizien 42 % der Leute Analphabeten sind; es ist nicht möglich, wenn der ganze Reichsdurchschnitt der Analphabeten in Österreich-Ungarn 16 % beträgt, — es ist nicht möglich, wenn das Schulwesen so rückständig ist. Hier müßte angezeigt werden. Sie wissen, daß Herr von Körber ernste Versuche gemacht hat, das zu tun; er hat sich schließlich nicht mehr um diese Dinge kümmern können, weil er

durch die Nationalitätenfrage daran gehindert worden ist. Wenn hier angezeigt wird durch eine Verbesserung des Schulwesens, wenn hier angezeigt wird durch eine Hebung der Kreditverhältnisse, dann, aber auch nur dann ist etwas zu erhoffen. Mir haben viele von meinen Experten, die ich fragte, geantwortet: „Wir wollen mit Österreich-Ungarn keinen Handel treiben, weil die Kreditverhältnisse dort so schlechte sind; wir erhalten von Russland pränumerando Anweisungen auf die Bank; in Österreich ist das nicht zu erreichen. Unter diesen Umständen ist der Handel mit Russland für uns vorteilhafter als mit Österreich.“ Nur wenn hier angezeigt wird auf dem Gebiete des Schulwesens, der Kreditgestaltung, der Transportverhältnisse, ist es überhaupt möglich, die österreichisch-ungarische Volkswirtschaft zu heben, und nur dann kann von einer gleichmäßigen Konkurrenz die Rede sein.

Nun fragt es sich: geschieht diese Hebung durch ein Zollbündnis, oder geschieht sie auf andere Weise? Über die Schwierigkeiten des Zollbündnisses wird ja noch geredet werden. Ich halte sie für so groß, daß wir nicht darüber hinwegkommen werden. Über die Frage der V o r z u g s b e h a n d l u n g halte ich hier eine Diskussion für vollständig gegenstandslos. S o g e h t e s n i c h t. Es ist vollständig übersehen worden, daß man sich auf diesem Wege nicht nur gegenseitig, sondern auch gegenüber dem Auslande d a u e r n d bindet. Wenn wir mit Österreich-Ungarn auf 25 Jahre eine Vorzugsbehandlung haben, so müssen wir dem übrigen Ausland die ganze Zeit einen gleichbleibenden Tarif gewähren und Handelsverträge für dieselbe Dauer abschließen. Sonst verliert ja die ganze Vorzugsbehandlung ihren Sinn. Darum halte ich den Weg, daß wir zunächst den Österreichern eine größere Konkurrenz bereiten, für vollständig hinfällig. Wenn wir eine wirtschaftliche Annäherung, für die ich eintrete, vornehmen wollen, so geschieht es dadurch, daß wir den Österreichern die Mittel an die Hand geben, folgendes zu erreichen:

1. Ausbildung des landwirtschaftlichen Kreditwesens, das sehr im argen liegt;
2. stärkere Einrichtung von Kreditbanken, um die österreichischen Zahlungsverhältnisse zu heben;
3. Verbesserung der Transportwege, Verbesserung vor allem der ganzen Schifffahrt auf der Donau — dazu gehört die Herabsetzung der Frachten, die in Österreich höher sind als bei uns — Ausbau des Eisenbahnsystems, das einstweilen noch sehr darniederliegt;

4. stärkere Investierung von Kapital in Landwirtschaft und Industrie: ev. eine umfassende innere Kolonisation.

Die stärkere Investierung von Kapital hat aber zur Voraussetzung erstens eine Reihe von Veränderungen der Verwaltung und zweitens die Beseitigung einer Reihe von Hinderungen, mit denen die österreichische Industrie bisher zu kämpfen hatte, auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung, der Aktiengesetzgebung usw. Nun fragt es sich: wie kann das geschehen? Auf dem Wege des Zollbündnisses unter keinen Umständen, sondern dadurch, daß in Österreich-Ungarn, vor allem in Österreich selbst der Anfang gemacht wird. Hier kommen wir dazu, daß das ein politisches Problem ist. Denn es handelt sich um die Frage der Machtverhältnisse innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie. Ist es wahrscheinlich, daß die Parteien für eine großzügige Industriepolitik, für die Beseitigung der verkehrten Aktiengesetzgebung, für eine Beseitigung der verkehrten Steuergesetzgebung, für die Hebung der Schulbildung, für die Hebung der Transportverhältnisse eintreten? Die Herren aus Österreich-Ungarn werden selbst die Antwort geben: daß es zwar wünschenswert, ja daß es notwendig wäre, da es die Grundlage einer Hebung der österreichisch-ungarischen Volkswirtschaft ist, daß aber die politischen Machtverhältnisse nicht so liegen, daß es wahrscheinlich ist. Überwiegen nicht in Österreich sehr stark die großagrarischen Interessen auf der einen und die handwerklichen Interessen auf der andern Seite? Überwiegt nicht die christlich-soziale Partei auf der einen Seite und der feudale Grundbesitz auf der andern? Diese inneren politischen Verhältnisse bilden ein nicht zu unterschätzendes Hindernis, und unser Zollbündnis wird das nicht um ein iota verbessern, sondern im Gegenteil erschweren, da diejenigen Kreise, die in Österreich dafür zu haben wären, nämlich die Handelskammern und die Industriellen, es auch nicht durchführen können, weil die Finanzlage so außerordentlich schwierig ist.

Aus diesen Gründen sehe ich für eine künftige Erstärkung der österreichisch-ungarischen Monarchie, für die Erstärkung der wirtschaftlichen Kräfte, für die Notwendigkeit, Österreich-Ungarn zu heben, den Weg nicht in einem Zollbündnis, sondern in einem Handelsvertrage, wie bisher. Der kann uns allein die Möglichkeiten schaffen, daß wir unseren Bundesgenossen die Hand reichen, um ihre Volkswirtschaft zu heben. Das ist dann nicht nur im Interesse von Österreich-Ungarn.

garu, sondern auch im Interesse unseres Bündnisses, im wirklichen Interesse von Mitteleuropa.

Max Weber: Meine Herren, wir werden wohl alle darüber einig sein, daß die Bedenken, die einem Zollbündnis entgegenstehen, von keinem in so eindrucksvoller und gründlicher Weise hervorgehoben worden sind wie von dem Redner, den wir eben gehört haben, sowohl in dem nach meiner Meinung vortrefflichen Aufsatz in der Sammlung wie in dem, was er jetzt gesagt hat. Nun liegen die Dinge allerdings so, daß er selbst dagegen geäußert hat, daß die Österreicher und die Ungarn aus eigener Kapitalkraft heraus die Schwierigkeiten ihrer ökonomischen Entwicklung zu heben in der Lage sind. Es ist nun nicht unsere Sache, sondern Sache unserer österreichischen Kollegen, sich darüber zu äußern, ob ein Zollbündnis die Entwicklung, die auch Herr Kollege Eulenburg für die Nachbarmonarchie als wünschenswert bezeichnet, erschwert oder erleichtert. Es könnte nämlich sein, daß der Mangel eines Zollbündnisses und das weitere Angewiesensein Österreichs auf sich allein sowie die weitere Beherrschung Österreichs durch die Kräfte, durch die es bisher beherrscht worden ist, dazu beiträge, den bisherigen Zustand bestehen, also seine wirtschaftlichen Kräfte unentwickelt zu lassen, daß dagegen die Lust, die ein Zollbündnis in Österreich schaffen würde, das, was er selbst vom gemeinschaftlichen Standpunkt Deutschlands und Österreichs aus für wünschenswert hält: die Beseitigung der bisherigen Machtverteilung zugunsten einer modernen Verhältnissen angepaßten, beförderte. Das zu sagen, möchte aber doch wohl Sache der Herren österreichischen Kollegen sein, denn nur sie können beurteilen, ob gerade ein Zollbündnis der geeignete Weg dazu ist. —

Ich möchte nur noch einige wenige Worte über Ungarn hinzufügen. Vollständig unterschreiben möchte ich, daß die Berechtigung der ungarischen Industriepolitik vom ungarischen Standpunkt aus nicht so einfach bestritten werden kann, wie das von deutscher Seite sehr oft mit dem Bemerkten geschieht: Da seien Industrien, die Treibhausprodukte darstellten, die da gar nicht ihren natürlichen Standort hätten! Die Sache lag in der Tat so, daß die Ungarn schon aus zwingenden finanziellen Gründen kaum anders konnten, als zunächst auch Industrien, die ihren natürlichen Standort nicht unbedingt in Ungarn hatten, zu züchten. Ob dabei Fehlgriffe unterliefen, kann der Deutsche nicht

entscheiden. Dagegen bestehen wohl doch Zweifel darüber, ob die Züchtung dieser Industrien das Mittel war, die erhebliche regelmäßige Auswanderung von slawischen und zum Teil auch magyarischen Unterschichten aus Ungarn hintanzuhalten. Diese Auswanderung ist ja doch sehr wesentlich bedingt durch die Verhältnisse der Agrarverfassung, in erster Linie durch die Abgeneigtheit und die Unmöglichkeit, geeignete Parzellierungen vorzunehmen, und durch die Art der Bewirtschaftung des Großbesitzes. Da möchte nun allerdings sehr zweifelhaft sein, ob es irgendein anderes Mittel gibt, das zu beseitigen, als eine intensive Kapitalzuflöhr, und es könnte sein, daß eine wirtschaftliche Gemeinschaft mit Deutschland so weitgehender Art, wie sie ja ein Zollbund oder etwas dem Ähnlichen schaffen würde, allerdings auf die Dauer vielleicht einen gewissen Anreiz auf die ungarische Volkswirtschaft ausüben könnte, eben jene Bedingungen zu schaffen, welche allein geeignet sind, der Auswanderung entgegenzuwirken. Denn kaum zu leugnen dürfte sein: daß der Zufluß deutschen Kapitals nach Österreich und Ungarn durch eine feste *da u e r n d e* wirtschaftliche Bindung beider Reiche aneinander stark befördert werden könnte. Allerdings nur dann, wenn dabei vor allem die rechtlichen Bedingungen und faktischen Chancen des Kredits und Güterverkehrs einander angeglichen werden. Und selbstverständlich selbst durch den vollen Zollbund allein auch nicht entfernt in ähnlichem Maße, wie es durch andere Dinge, vor allem ein Währungs- und Bankbündnis, auch ohne alle Zollbindung, erzielt würde. Indessen ist es mehr als fraglich, ob eine so einschneidende Aufgabe der Selbständigkeit wie ein Bankbündnis, jemals in Frage kommen wird, außer unter dem absoluten Zwang politischer Verhältnisse. Immerhin läge für künftige Zeiten eine Verbindung der beiderseitigen Großbanken und für jetzt eine faktische Begünstigung deutschen Kapitals gegenüber sonstigem Auslandskapital wohl im Bereich des Möglichen. Für die Begünstigung der Einfuhr deutschen Kapitals liegen die Verhältnisse des deutschen zum ungarischen Standpunkt anscheinend aber jetzt noch so, daß private Erörterungen zwischen deutschen und ungarischen Politikern nach folgendem Schema etwa zu verlaufen die Tendenz haben: Ungarischerseits: „Wir haben auch andere Möglichkeiten!“ Deutscherseits: „Wir auch!“ Ungarischerseits: „O bitte, wir erst recht!“ — So käme nun die Sache nicht weiter, wenn jeder dem andern vorzuhalten das Bedürfnis hat: wir können auch anders. Ob es nicht schließlich verständiger ist, zu sagen: wir machen

es miteinander, das möchte doch zu fragen sein; indessen ist das auch Sache der Ungarn, und natürlich ist es ganz begreiflich, wenn sie sich sagen: wir wollen uns den Weg der Kapitalzufluhr von anderswoher offenhalten und nicht lediglich auf die Deutschen angewiesen sein. Das würde ja nun auch trotz aller noch so weitgehenden Annäherung ihnen offenbleiben. Allein sie scheinen darin nun einmal etwas ängstlich zu sein, und auch hier werden leichtlich politische Momente allein sie bestimmen können, sich der systematischen Bevorzugung deutschen Kapitals geneigt zu zeigen. Indessen auch darüber haben nur die mit den dortigen Verhältnissen vertrauten Herren ein Urteil.

L. Hartmann: Es tut mir sehr leid, daß ich wieder genötigt bin, die Österreicher zu vertreten, weil ich ja genau weiß, daß ich keineswegs in der Lage bin, den Herren, die von der andern Seite gesprochen haben, nachdrücklich entgegenzutreten. Die Herren wissen, daß Handelspolitik nicht mein Fach ist. Aber ich möchte doch, daß die sehr wirksamen Ausführungen des Herrn Eulenburg nicht unwiderrprochen bleiben; denn man mag sagen, was man will, die politische Frage steht auch bei Herrn Eulenburg im Vordergrunde.

Übrigens könnte ich mich ja damit begnügen, daß Herr Eulenburg selbst gesagt hat: da einmal die polnische Sache hereingeworfen ist, so muß die Annäherung gemacht werden, und da ist es auch meine Überzeugung: wie immer mit Polen verfahren werden mag, es wird nicht an Russland zurückgegeben werden. Mithin muß die Sache in irgendeiner Weise gemacht werden, müssen Deutschland und Österreich in irgendeiner Weise übereinkommen. Die Form, in der das geschieht, ist ja das Zweite.

Das Wesentliche dessen, was Herr Eulenburg gesagt hat, ist, die Österreicher sollten anfangen; man solle in Österreich anfangen. (Zuruf: Innerlich!) — Ja, innerlich! Aber das ist ja gerade die Sache. Ich will mich keineswegs zum Lobredner österreichischer Zustände aufwerfen; aber Sie können uns nicht den Vorwurf machen, daß es nicht in Österreich österreichische Deutsche gäbe, die eine ganze Menge von Tatkraft, Unternehmungslust und Talent in sich verkörpern. Darin steht der deutsche Volksstamm in Österreich gewiß nicht zurück hinter den Reichsdeutschen. Warum setzt sich dieser Volksstamm nicht durch? Warum sind die Verhältnisse in Österreich so, wie sie Herr Eulenburg im wesentlichen ganz richtig charakterisiert hat? Das liegt daran,

daß diese Deutschen eingesprengt sind in ein Gebiet, das eben nicht deutsch, und kulturell und wirtschaftlich anders orientiert ist. Unter diesen Umständen steht die Sache nicht so, daß man sagen könnte: Fangt ihr an! Wir können nicht anfangen, und daß wir nicht anfangen können, hat zum mindesten die Geschichte des letzten Jahrhunderts gezeigt. Denn diese Deutschen in Österreich sind nicht die Herrschenden und können niemals die Herrschenden werden. Wenn dieses Österreich nach dem Kriege ein 70-Millionenreich werden sollte — wovor uns, nebenbei gesagt, Gott behüten möge —, so würden unter diesen 70 Millionen 10 Millionen Deutsche sein. Und diese 10 Millionen sollen nun in diesem Staat leisten, was uns Herr Eulenburg zumutet? Es wäre sehr schön, wenn wir es leisten könnten; das ist aber vollständig unmöglich. Die ganze Geschichte Österreichs zeigt, daß diese Deutschen eben majorisiert sind, und so lange dieser Staat besteht, werden diese Deutschen, ob man jetzt das Deutsche als Staatssprache aufkrottet, oder was sonst immer man tun mag, majorisiert werden; sie werden majorisiert werden und gehindert werden — mit Absicht gehindert werden! — von den großen Interessen, welche dem Deutschtum in Österreich gegenüberstehen, also von dem ganzen feudalen Wesen, das noch seine sehr starken Wurzeln hat; sie werden majorisiert werden auch aus ihrer Mitte heraus sozusagen, von den christlich-sozialen Interessen, die eben nichts anderes sind als die Bewegung der Rückständigen innerhalb der Deutschen. Diesen Mächten gegenüber aufzukommen, ist nicht möglich. Das ist nicht ein Mangel — ich weiß ja, daß es hier sehr häufig so angesehen wird — an Energie, das ist nicht ein Mangel an Wollen, sondern das ist ein Mangel an Möglichkeiten. Ich gebe zu, daß die politische Leitung unserer Deutschen in Österreich eine möglichst ungeschickte ist. Aber daß diese Elemente in Österreich — entschuldigen Sie, meine Herren, es wird etwas politisch, aber die ganze Debatte ist ja politisch geworden — die Führung in der Hand haben, also die Christlich-Sozialen und die anderen Deutschen, welche denen nahestehen, deren Horizont nicht weiter als ihr Kirchturm reicht, das liegt ja an den Verhältnissen. Daraus können Sie wieder dem Volke keinen Vorwurf machen. Es sind die Verhältnisse: daß wir, zuerst durch Metternich und dann durch Bismarck, aus Deutschland ausgeschlossen worden sind, und daß dann die Dinge sich gesondert weiter entwickelt haben.

Es ist richtig, daß die österreichische Schule schlecht ist. Herr Vol-

lege Spann wird mir da nach einem Privatgespräch, das wir gehabt haben, vielleicht widersprechen; aber ich bleibe dabei: die österreichische Volksschule mit der deutschen zu vergleichen, ist ganz unmöglich. Das sind zwei ganz verschiedene Sachen. Mehr als die Hälfte der Volksschulen sind ein- und zweiklassig; wir haben eine Überfüllung der Schulen, die so weit geht, daß 80, ja 100 Kinder in den Klassen sind, trotz einer gesetzlichen Maximalzahl von 60; wir haben keine achtjährige Schulpflicht auf dem Lande, wie sie im alten Reichsvolksschulgesetz steht, sondern dank einer Novelle und dank der verwaltungsmäßigen Erleichterungen haben wir auf dem Lande nur eine sechsjährige Schulpflicht: mit zwölf Jahren fangen die Kinder auf dem Lande an, zum Zwecke des Erwerbes zu arbeiten. Wir haben keine Grundlage für eine hochentwickelte industrielle Arbeiterschaft, mit Ausnahme von gewissen Gegenden Österreichs. Das bezieht sich nun zum Teil auch auf die Deutschen, freilich weniger auf die Deutschen, als auf die anderen. Aber vergessen Sie nicht, daß das ganze Nachschubgebiet der industriellen Arbeiterschaft eben nicht die Deutschen sind, nicht die hochentwickelten Nordböhmern zum Beispiel (Sehr wahr!), sondern daß die industrielle Arbeiterschaft eben nachkommt aus denjenigen Ländern, wo für die Volksschule nicht gesorgt ist, wo es in 30 % der Gemeinden, die eine Schule haben sollten, überhaupt keine Schule gibt, z. B. in Polen, wo der Unalphabetismus normal ist. Meine Herren, berücksichtigen Sie das alles, und dann überlegen Sie sich, wie wir anfangen sollen! Ich habe schon vorhin gesagt, daß das Wesentliche für mich und, wie ich glaube, für sehr viele Deutsche in Österreich, in dieser Frage gar nicht der einzelne Zoll ist, gar nicht die Frage, ob die eine Industrie oder die andere Industrie, oder, richtiger gesagt, die einen Industriellen oder die anderen Industriellen dabei gut fahren werden, sondern daß wir wünschen, daß dieses Deutsch-Österreich von Ihnen endlich in Entreprise genommen wird; denn ohne dies geht die Sache nicht. (Heiterkeit.) Es geht nicht von innen heraus. Es geht nicht von innen heraus, weil diese ganze Verwaltung, alle die Schwierigkeiten, die Herr Gulenburg richtig angeführt hat, von den Deutschen in Österreich, wie sie jetzt einmal zusammengezogen sind, nicht gebrochen werden können, und weil, solange diese Zölle bestehen und solange diese Verwaltung besteht, auch das deutsche Kapital nur in sehr geringem Maße nach Österreich hineinkommen wird. Denn das ist ja nicht einmal der Fall, sondern das erfährt jeder

von uns, auch wer außerhalb des geschäftlichen Lebens steht, ein duzendmal im Jahre, daß eine große deutsche Gesellschaft nach Österreich gegangen ist und dort eine Fabrik hat gründen wollen; sie hat sich dann an einen Advokaten gewendet, und der hat ihr gesagt: Da müßt ihr das und das und das machen, die und die und die Voruntersuchungen müssen stattfinden, das und das müssen die Verwaltungen, das und das muß dieser und jener Beamte machen, ihr müßt von Pontius zu Pilatus laufen, es müssen Akten geschrieben werden, es sind Stempel nötig, ihr braucht diese und jene Konzession! — Da haben die Leute gesagt: unter diesen Bedingungen, die wir nicht gekannt haben, können wir es nicht machen. Es sind lustige Sachen, die da erzählt werden. Große Unternehmungen, von denen ein ganzes Gebiet in Österreich hätte befruchtet werden können, sind gescheitert, mitunter an irgendeinem kleinen bürokratischen Haken. Diese Hürden können wir nicht umbringen. Wir können sie nicht umbringen, weil wir so regiert werden, und wir werden so regiert, weil wir rückständig sind. Es ist ein circulus vitiosus.

Unter diesen Umständen ist es das richtige, daß die Schuhzollschranken fallen, und daß der Versuch gemacht wird, nicht unsere Industrie niederzu konkurrenzen, wohl aber vielleicht einige unserer Industriellen; daß der Staat nicht mehr so regieren kann, sondern verwaltungsmäßige Erleichterungen usw. nach deutschem Muster durchführen muß. (Zuruf.) — Nein, dann muß der Staat; denn er läßt natürlich seine Industrie nicht zugrunde gehen. Unsere Industrie ist verwöhnt durch unsere Hochschuhzölle, die wir seit langer Zeit haben. Sie ist vielfach weit zurück hinter der deutschen. Man mag sagen, was man will, es ist ein Kleinbetrieb mitunter der lächerlichsten Sorte und eine Greislerei wie im ganzen österreichischen Geschäftsleben, mit Ausnahme natürlich von einigen. Wenn jetzt die Deutschen zu uns hereinkommen sollen, so wird das nur geschehen, wenn die Zölle mehr oder weniger fallen. Dann werden erstens die Fabrikanten sich sagen müssen: wir müssen uns etwas zusammennehmen; wir haben nicht mehr den geschützten Markt von Ungarn; wir müssen mit den Deutschen in Konkurrenz treten, wir kriegen Kapital von ihnen, wenn wir besser wirtschaften, maschinell besser arbeiten usw. Dann werden die Dinge anders werden. Dann wird der Staat z. B. die Aktiensteuer herabsetzen, welche sehr vieles in Österreich unmöglich macht. So lange der Zoll gegen Österreich besteht, sagt sich der Staat, er könne sich das leisten,

er könne diese Aktiensteuer beibehalten. Fällen die Zollschränke, so geht das nicht mehr, und ebenso ist dann der ganze Bürokratismus unmöglich. (Zuruf: Die Beseitigung der hohen Lebensmittelpreise.) — Ja, das habe ich noch vergessen zu sagen! — Natürlich, alles das wird anders werden. Dann wird der Staat sich sagen: Wir brauchen die Schule. (Zuruf: Die hohen Lebensmittelpreise müssen beseitigt werden!)

Aber da mir der Einwurf mit den Lebensmittelpreisen gemacht worden ist — entschuldigen Sie, meine Herren, ich bin in keiner Weise Fachmann, ich rede nur als Laie —, so möchte ich sagen: eines der furchtbarsten Dinge in der österreichischen Politik ist es gewesen, daß unter dem Einfluß der Ungarn die Absperrungspolitik gegen die Balkanstaaten getrieben worden ist (Sehr richtig!), welche bewirkt hat, daß diese einfach in ihrem Schweinefett erstickt worden sind. Das hat ja die Gegenseite am meisten verschärft. Jetzt, unter dem Druck der Kombination, die man in Aussicht nimmt, ist es möglich, daß man mit Rücksicht auf andere Vorteile darauf verzichten wird, diese Politik weiterzutreiben. Es wäre ja genug Fleisch von dort zu bekommen gewesen, und es würde alles gegeessen worden sein.

Ich will also resumieren — ein Teil von dem, was ich sagen wollte, hat ja schon Max Weber gesagt —: meine Herren, Sie dürfen nicht sagen, wir sollen anfangen. Wir können nicht anfangen (Sehr richtig!), sondern Sie müssen anfangen. Sie müssen anfangen und müssen uns das Zollbündnis aufdrängen, wenn wir es nicht haben wollen, und Sie haben die Macht dazu, die uns fehlt. Sie müssen es uns aufzwingen, müssen uns dann in Entreprise nehmen (Heiterkeit), und dann werden Sie sehen, daß wir ganz brave Leute sind. (Erneute Heiterkeit.)

J. Pierstorff: Herr Hartmann hat uns ausgeführt, welche Wirkung es hätte, wenn die Zölle wegfielen: es würde dann eine Reform in der Verwaltung Österreichs eintreten. Ich glaube zwar nicht, daß dies der Fall sein wird; es können aber andere Folgen eintreten. Zwischen Österreich und Ungarn sind ja die Zölle gefallen, da zwischen beiden Ländern ein Zollbündnis besteht. Welche Wirkung hat aber das auf Ungarn gehabt? Hat Ungarn infolgedessen etwa darauf verzichtet, auf seinem Sondergebiete eine Industrie mit künstlichen Mitteln heranzuzüchten, wo die gegebenen natürlichen Bedingungen für ihre Ent-

wicklung nicht ausreichten? Ganz im Gegenteil, meine Herren! Da innerhalb des gemeinsamen Staatsgebietes das Mittel der Zölle nicht zu Gebote stand, hat man zu dem Mittel der Subventionen gegriffen. Also bliebe auch beim Wegfall aller Zölle zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland die Möglichkeit bestehen, daß man mit Subventionen oder ähnlichen Mitteln versuchte, für die weggefallenen Zölle einen Ausgleich zu schaffen, und daß auf solche Weise die Wirksamkeit der Zollfreiheit in Frage gestellt würde.

(Zuruf von L. Hartmann: Aber, meine Herren, besser als sie zu unterdrücken, wie in Österreich, ist immer noch, sie zu subventionieren — was dann auch kommen wird.)

Vielleicht darf ich an dieser Stelle noch eine Bemerkung mir erlauben: Wenn Sie annehmen, daß es Ungarn gelänge, im eigenen Lande eine bedeutende Industrie zu entwickeln, so würde es für unsere Versorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln noch weniger in Betracht kommen als bisher. Denn wenn es ein Industriegebiet wird, vermag es uns keine großen Überschüsse an Agrarprodukten abzugeben.

Abgesehen hiervon bin ich im allgemeinen der Meinung, daß man sich hüten sollte, die Bedeutung der Zollverhältnisse im Vergleich zu denjenigen anderer Faktoren zu überschätzen: gewiß ist der Intensitätsgrad der Agrarproduktion von der Entwicklung einer lebensfähigen Industrie in starkem Maße abhängig. Je größer die Bevölkerungsdichte ist, je zahlreicher und kaufkräftiger die nichtagrarischen Volkskreise, desto mehr kann die Intensität der Bodenkultur gesteigert werden. Dabei darf man aber nicht übersehen, daß außerdem auf jeder durch die allgemeinen volkswirtschaftlichen Verhältnisse bedingten jeweiligen landwirtschaftlichen Entwicklungsstufe der Agrarproduktion ein weiter Spielraum für die Steigerung ihrer Erfolge mittels Verbesserung ihrer Technik und Ökonomik gegeben ist. Was in dieser Richtung erreicht werden kann, zeigt die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft und ihre großartige und bewundernswerte Wirksamkeit. Wenn diese Gesellschaft ihre fruchtbare Tätigkeit über die Grenzen hinaus nach Österreich-Ungarn erstrecken würde, oder in der Doppelmonarchie eine ähnliche gleich tatkräftige Organisation entstünde, welche Hand in Hand mit der unsrigen arbeitete, so dürfte man sich davon außerordentlich fruchtbare Wirkungen versprechen, eine gewaltige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität auch jenseits der trennenden Grenzen,

auch wenn im übrigen die allgemein volkswirtschaftlichen Bedingungen einstweilen eine Änderung nicht erführen. Das wäre beispielsweise eine wirtschaftliche Annäherung und wechselseitige Unterstützung, die beiden Teilen zum größten Nutzen gereichen und beider Interessen wesentlich fördern würde. Demgegenüber ist es meines Erachtens nicht von so großer Bedeutung, ob die Zölle, insbesondere die Agrarzölle, so oder so hoch bemessen sind und ob dem Verkehr zwischen den beiden Staatsgebieten durch ermäßigte Zwischenzölle oder gar durch gänzliche Be seitigung aller Zölle besondere Begünstigungen eingeräumt würden.

D. Spann: Hochverehrte Herren! Wegen einer Paßangelegenheit war ich genötigt, mich auf einen Augenblick zu entfernen, und gerade während dieser Zeit hat Herr Eulenburg gesprochen, so daß ich mich leider nur auf den kleinen Teil, den ich noch eben gehört habe, beziehen kann. Zunächst die hohen Lebensmittelpreise, die der Kollege in allen Punkten jetzt in den Vordergrund gerückt zu haben scheint: Diese hohen Lebensmittelpreise sind ja nicht nur das Ergebnis einer rückständigen Wirtschaftsweise (wie man überhaupt nicht als rückständig bezeichnen kann, was wirtschaftlich und historisch unter anderen Verhältnissen entsteht), sondern sie sind das Ergebnis derjenigen Arbeitsbedingungen, unter welchen die Landwirtschaft produziert. Es wurden ja schon die teuren Investierungen erwähnt, die viel teureren landwirtschaftlichen Maschinen, der teurere Kredit, der teurere künstliche Dünger, ferner, und das möchte ich unterstreichen, die vielen Höhenlagen, unter denen die ertragreiche Wirtschaft so sehr leidet: Alpenländer, Randgebiete Böhmens, Nordmähren, Südgaliyen: das sind die Hauptgründe, welche die österreichische Landwirtschaft wirtschaftlich zu rückschlagen¹. Ich will nicht die ganze Schuld darauf schieben; es ist auch Rückständigkeit dabei. Aber die angeführten Momente sind die wesentlichen und einige würden sich mit einem Schlag in dem Augenblick ändern, wo der Zollverein errichtet wird. Denn dann wird der Preis einer landwirtschaftlichen Maschine heruntergehen, der jetzt schon allein durch den Eisenzoll usw. höher ist; die Investierungen der Landwirtschaft werden durch den Zollverein billiger werden, und dadurch werden auch die Lebensmittelpreise heruntergehen. Im übrigen ist z. B. die Verge-

¹ Von Seiten der Verwaltung kommt hauptsächlich hinzu, daß die Grundstückszu sammenlegung nur in ganz geringem Maße durchgeführt wurde.

nossenschaftlichung der Landwirtschaft, namentlich auch in den slawischen Teilen an den Sprachgrenzen, sehr vorgeschritten, und so wie Sie etwa in Posen die Polen gegenüber den deutschen Landwirten als Vorbild aufstellen, so sind bei uns namentlich die Tschechen in vieler Hinsicht tadellos organisiert. Also darin liegt nichts Unabänderliches.

Nun aber die prinzipielle Frage: wieso kann das Zollbündnis die Verwaltungsreform, die Verkehrsreform, die Steuerreform und alles andere herbeiführen? Es wurde ja mit Recht gesagt: Die Zollfrage ist im Laufe der Entwicklung zurückgetreten, der Zoll ist nicht mehr das Wesentlichste — aber bei uns ist es doch das Wesentlichste im Verhältnis Deutschlands zu Österreich und für die innere Reform, weil das Zollbündnis, indem es notwendig auf das Steuersystem, die Frachtzölle, den Verwaltungsgenossenschaftsgeist usw. wirkt, jenes Organ, jenes Instrument für Deutschland und für die deutschen Kräfte bildet, uns zu helfen und auf uns einzuwirken. Durch bloße Besprechungen, die zwischen Behörden unverbindlich stattfinden, wird das österreichische Parlament noch nicht beeinflußt und die politischen Machtverhältnisse noch nicht geändert werden. Durch das Zollbündnis muß das Instrument geschaffen werden, mit welchem die reichsdeutschen Kräfte uns wirtschaftlich und innerpolitisch (in bezug auf Verwaltung usw.) helfen können. Es ist nicht richtig, Österreich gegenüber den Standpunkt einzunehmen: wir verhandeln in wirtschaftlichen Dingen mit dir wie etwa mit der Türkei: was bietest du uns, was bieten wir dir? So darf man Österreich nicht auffassen. Österreich und Deutschland als die starken und einigen Brüder des deutschen Hauses — das sei die Überzeugung, mit der auch der Volkswirt an die Aufgabe des Zollvereins herantritt.

Vorsitzender: Meine Herren! Es ist $\frac{3}{4}$ 2 Uhr ist das Mittageessen angezeigt, so daß es mir zweckmäßig erscheinen würde, jetzt die Debatte abzubrechen. Wir werden also eine Pause machen, die ich in Berücksichtigung der sehr erheblichen Arbeitsleistung, die stattgefunden hat, doch glaube bis 4 Uhr erstrecken zu müssen. —

Ich bitte also die Herren, präzise um 4 Uhr hier wieder anwesend zu sein.

(Die Sitzung wird um $1\frac{3}{4}$ Uhr unterbrochen und um 4 Uhr 10 Minuten wieder aufgenommen.)

Nach der Mittagspause erhält zunächst das Wort

L. Sinzheimer: Sehr geehrte Herren! Die Redner, die vor dem Mittagessen heute geschlossen haben, schwieften über den Spezialpunkt hinaus, über den ich zu sprechen beabsichtige. Im Unterschiede hiervon will ich mich auf diesen einen Punkt beschränken, nämlich auf die Frage, was vom Standpunkt der österreichisch-ungarischen und der deutschen Industrie aus zu der Frage oder zu dem Komplex von Fragen, die uns heute hier beschäftigen, zu sagen ist. Da muß ich doch erwähnen, daß ich wohl mit manchen anderen, die auch in den letzten Jahren häufiger zu den österreichischen Freunden gekommen sind, ein Gefühl der Überraschung empfunden habe. Wenn wir sonst nach Wien kamen, dann war immer der Grundeindruck, den wir dort aus der Unterhaltung empfingen, der einer weitverbreiteten — nun, sagen wir — Müdigkeit. Sie entzinnen sich einer Stelle in Naumanns „Mittteleuropa“, wo er über den österreichischen Pessimismus, über die sogenannte Wiener „Raunserei“ und alles das sich ausspricht. Im Gegenzug hierzu hörten wir heute einen schwungvollen Vortrag, worin geradezu das Gegenteil von dem, ein beinahe fesselnder Optimismus in bezug auf den Entwicklungsstand und die Entwicklungsmöglichkeiten der österreichisch-ungarischen Industrie, zum Ausdruck kam. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich der Meinung Ausdruck gebe, daß diese leuchtende Schilderung des hohen Entwicklungsgrades der österreichisch-ungarischen Industrie doch etwas weit über den gegenwärtigen Entwicklungsstand hinausgriff und ein zu rosig gefärbtes Bild der Wirklichkeit in Österreich und speziell in Ungarn entwarf.

Wenn ich die Anschauungen, die nach dieser Richtung hin Herr Kollege Spann geäußert hat, als zu optimistisch betrachte, so leiten mich dabei hauptsächlich zwei Grundeindrücke: nämlich erstens der Eindruck, den ich im Zusammenhang mit Studien empfing, die ich über die Wirkung des gesetzlichen Neunstundentages für den Kohlenbergbau in Österreich anlässlich des Streikes im Ruhrrevier im Jahre 1905 vorgenommen habe. Österreich hat bekanntlich 1902 den gesetzlichen Neunstundentag für Kohlenbergwerke eingeführt. Ich erinnere mich noch des Entsezens, das mich erfaßte, als ich aus dem Material, das mir von Kennern des österreichischen Bergbaues unterbreitet wurde, ersah, daß unter der Arbeiterschaft von Steinkohlengruben im Ostrauer Kohlenrevier noch in dieser Zeit nicht weniger als 30 % Analphabeten ermittelt wurden. Eine Industrie, die mit einem derartig hohen Pro-

zentsatz von Analphabeten arbeitet, muß damit rechnen, daß sie schwer konkurrenzfähig ist und eine Zeitlang bleiben wird gegenüber den Bezirken, wo der Prozentsatz von Analphabeten beträchtlich niedriger ist.

Der andere Eindruck, der mich zu der Ansicht zwingt, daß die Verhältnisse zwischen Österreich und Ungarn einerseits und Deutschland andererseits recht heterogen sind, drängte sich mir bei der Beschäftigung mit der japanischen Frage in Nordamerika auf. Auch der hier anwesende Kollege Rathgen erinnert sich vielleicht aus den interessanten im Jahre 1911 veröffentlichten Berichten der Einwanderungskommission der Vereinigten Staaten von Amerika über die Japaner jener Stelle, an der der Bildungsgrad der in die Union eingewanderten Japaner untersucht wird. Wenn man die Zahlen, die dort gegeben sind, sorgfältig durchsieht, findet man, daß in der Union der Prozentsatz der Analphabeten unter österreichisch-ungarischen Einwanderern sogar größer ist als unter japanischen Einwanderern. Ich glaube, das zeigt doch, daß noch weitgehende Disparitäten zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland vorhanden sind, die uns in der Tat daran zweifeln lassen, ob der Zeitpunkt schon so nahe ist, zu einem Zollbündnis mit Österreich-Ungarn zu gelangen, wie es einige Schwärmer bei uns in Deutschland träumen.

Wenn ich von „Schwärmerei“ spreche, so leiten mich dabei auch noch einige Gesichtspunkte in Ergänzung zu dem, was über einen Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie heute hier gesagt worden ist, nämlich über Ungarn. Es ist schon verschiedentlich aus dem Wirtschaftsleben Ungarns hervorgehoben worden, daß da eine ganze Reihe von Punkten vorhanden ist, die uns lebhaft daran zweifeln lassen, ob die Idee eines österreichisch-ungarisch-deutschen Zollbündnisses nicht auf die schärfsten Widerstände, seien es Widerstände der Erwägungen, seien es Widerstände von Tatsachen, in Ungarn stoßen werde. Ich möchte zunächst darauf hinweisen, daß auch die Ansicht des Kollegen Max Weber wohl zu optimistisch ist, wenn er meint, daß, sofern eine starke Kapitaleinwanderung in Ungarn stattfinde, die Barriere geschaffen werde, welche die ständig wachsende Auswanderung der Ungarn aus ihrem Heimatlande verhindere. Ich möchte darauf hinweisen, daß ein guter Kenner der ungarischen Auswanderung — von Ferenczi ist sein Name — in seinem Berichte über die Arbeitslosigkeit und die internationalen Arbeiterwanderungen von einer eigentümlichen Kategorie der Auswanderung spricht: er nennt sie die

„Auswanderung aus Rache“. Ferenczi sagt, daß die ungarische Auswanderung eine Auswanderung aus Rache ist; er kennzeichnet diese Auswanderung als einen bewußten Prozeß der Vergeltung lange unterdrückter und ignorerter Volkschichten für ihre Zurücksetzung, der ohne einschneidende Umtwälzungen in der staatlichen Organisation, der Agrarverfassung, der gesellschaftlichen Beziehungen, kurz, ohne Maßregeln, die keineswegs automatische Begleitererscheinungen von Kapitalmehrungen sind und die kaum überall in Ungarn Freunde vorfinden, nicht aufgehalten werden kann.

Noch ein anderer Punkt nötigt die Anschauung auf, daß starke Widerstände außer den heute bereits genannten in Ungarn vorhanden sind. Es wurde vorhin implizite auf eine mercantilistische Eigentümlichkeit der neuzeitlichen ungarischen Industriepolitik hingewiesen, nämlich auf die dort geübte industrielle Subventionspolitik.

Ein Teil der ungarischen Industrie wird dadurch künstlich großgepäppelt und am Leben erhalten, daß ihr aus der Staatskasse Subventionen gezahlt werden. Ich meine, das ist ein Punkt, der auch bei unseren heutigen Beratungen auf das ernstlichste zu beachten sein wird. Die Herstellung eines Zollbündnisses bleibt vollständig unwirksam, wenn keine Bürgschaften dafür geschaffen werden, daß nicht der eine Partner die dann zwischen Österreich-Ungarn und uns hergestellte Zollfreiheit oder Zollniedrigkeit einfach dadurch aus der Welt schafft, daß er an seine Industriellen aus öffentlichen Mitteln Subventionen bezahlt. Das wäre natürlich etwas, was den Erfolg dieses Bündnisses vereiteln würde. Und kein deutscher Unterhändler würde sich wohl darauf einlassen, in den Verhandlungen mit der österreichisch-ungarischen Monarchie auf die Forderung zu verzichten, daß solche Subventionen nicht mehr gegeben werden. Was würde aber der Fall der Krüppen bedeuten? Eine ganze Reihe von industriellen Unternehmungen Ungarns würde jetzt, nach dem Kriege oder nach Friedensschluß mit dem Fall von Hunderttausenden von Kronen zu rechnen haben. Die in Betracht kommenden Industriellen, manchmal sehr einflußreiche Leute in Ungarn, haben natürlich einen mächtigen Beweggrund, sich dagegen zu erklären, daß ein wirtschaftliches Zusammenleben zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn geschaffen wird, welches solche Einbußen für sie mit sich bringt. Auf der andern Seite glaube ich, daß auch manchen Parteipolitikern in Ungarn Gegnerschaft gegen ein wirksames Zollbündnis naheliegt. Das ist ja der Unterschied zwis-

ischen einem wirksamen österreichisch-ungarisch-deutschen Zollbündnis einerseits und der ungarischen Subventionspolitik und ähnlichem andererseits, daß, wenn ein solches Zollbündnis besteht, keine Partei die Möglichkeit hat, sich durch Gewährung von persönlichen Vorteilen an einzelne Persönlichkeiten politischen Einfluß zu erkaufen. Wenn der Parteipolitiker aber vermittelst der Subventionen Belohnungen an seine Gefolgsleute und Strafen an seine Gegner austeilten kann, dann verfügt er natürlich über ein beträchtliches Mittel der Parteiherrschaft.

Diese Bedenken werden keineswegs dadurch gegenstandslos gemacht, daß man die Schaffung eines österreichisch-ungarisch-deutschen Zollvereines als eine Maßregel bezeichnet, die mit Rücksicht auf die Drohungen unserer Feinde mit einem nach dem Friedensschluß einzuhenden Handelskriege notwendig und als Instrument zur Bekämpfung allzu gewinn- und machtlüsterner Kartelle nützlich sei. Ich glaube der Zustimmung unter den Anwesenden sicher zu sein, wenn ich sage, daß dieser Handelskrieg ein Schreckgespenst ist, das niemand von uns schrecken sollte. (Sehr richtig!) Ich meine, wenn wir an Stelle der Idee eines österreichisch-ungarisch-deutschen Zollbündnisses hier die Frage eines wirtschaftlichen Handelskriegsbündnisses zwischen England, Frankreich, Italien, Russland und Japan erörtern sollten, dann würden wir sehen, daß wir noch viel mehr Disparitäten unter den auch auf diesem Gebiete merkwürdigen Bundesgenossen entdecken würden, als wir sie entdecken, wenn wir die Verhältnisse ins Auge fassen, wie sie zwischen uns und Österreich-Ungarn liegen. Wenn wir von einem Handelskriege sprechen, der nach Friedensschluß ausbrechen soll, so sprechen wir von etwas, was eine vollständige Utopie genannt werden muß. (Sehr richtig!) Eine Utopie ist das schon deswegen zu nennen, weil wir gar nicht wissen, wie lange das militärische Bündnis zwischen unseren Gegnern noch halten wird. (Zuruf.) – Herr Boese meint, daß es für die ganze Zeit des Krieges noch halten wird; ich weiß nicht, ob das so sein wird. Aber wenn es auch wirklich so lange halten sollte: niemand glaubt wohl, daß, wenn die Völker nach tießdringender finanzieller Erschöpfung Frieden schließen werden, der Luxus eines Handelskrieges von irgendeinem beteiligten Volke der Welt gewünscht werden wird.

Und was nun die Kartelle angeht, so möchte ich nur daran erinnern, daß kein anderer wie ein rühriger Freund des Zollbündnisses,

nämlich Herr von Philippovich, gegen die Idee Front gemacht hat, daß man auf dem Wege handelspolitischer Maßregeln Ausschreitungen von Kartellen verhindern kann. Man kann es nicht verhindern einmal deshalb, weil die Kartelle sich gegenseitig verständigen können, einerlei wie die zwischenstaatlichen Zollabmachungen sind. Das hat ja Philippovich ebenso betont wie dies, daß, wenn durch den Fortfall oder durch die Ermäßigung von Schutzzöllen gegen die Ausschreitungen von Kartellen etwas unternommen wird, man gerade diejenigen, die man stärken wollte, schwächt, nämlich diejenigen, die außerhalb der Kartelle ihrer Geschäftszweige stehen.

Was ich hier sagte, sollte bloß einige Beiträge zu dem bringen, was bei dieser Fragenfülle in Betracht zu ziehen ist. Ich meine nach der Begründung, welche die verschiedenen Standpunkte heute hier gefunden haben, daß der Gedanke des Zollbündnisses ein Gedanke ist, von dem wir verstehen können, daß er manche Herzen mit Begeisterung erfüllt, der aber von dem nüchternen Verstande abgelehnt werden muß.

Gothein-Breslau: Wir haben keine Veranlassung, uns in unserm Urteil und unserer Auffassung über eine Zollunion etwa dadurch beeinflussen zu lassen, daß wir damit rechnen müßten, Polen würde österreichisch. Für unsere ostdeutschen Provinzen ist das allerdings ein Gedanke, der gar nicht ernsthaft zu erwägen ist, weil unsere Handels- und sonstigen Verkehrsbeziehungen mit Polen außerordentlich lebhafte (zehnmal so umfangreich als die österreichischen) sind. Ich bin auch der Meinung, daß es für Österreich eine ungemein schwierige und dornenvolle Aufgabe wäre, Polen zu verdauen. (Zustimmung.) Man hat ja das Wort geprägt: Wer den Krieg verliert, muß Polen nehmen (Heiterkeit) — ein etwas bösartiges Wort, das ich nach meiner Kenntnis Polens nicht unterschreiben möchte; aber Österreich würde nicht in der Lage sein, mit den auch rein wirtschaftlich außerordentlich schwierigen Problemen, die dort vorliegen, fertig zu werden.

Für die polnische Industrie ist es ebenso unmöglich, daß Polen in das deutsche Zollgebiet eingegliedert würde. Zwei Drittel derselben würden darüber zugrunde gehen, zumal wenn sie unsere hohen Agrarzölle mit in den Kauf nehmen müßte. Denn sie beruht doch in ihrer heutigen Gestalt, abgesehen von dem freien russischen Absatzgebiet, auf den wesentlich billigeren Arbeitslöhnen, und die meisten Zweige der polnischen Industrie können tatsächlich die deutsche Konkurrenz ohne

weitgehenden Schutz nicht vertragen. Es würde nun eine wichtige Aufgabe des Friedensvertrages sein, mit Russland ein Abkommen zu treffen, daß für eine längere Reihe von Jahren ermäßigte Zölle für die polnische Ausfuhr dorthin gewährt werden, was natürlich um so leichter sein würde, wenn Polen, volkswirtschaftlich wenigstens, vollkommen selbständige und unabhängig von andern Staaten bestehen würde.

Nun ist von einer Seite ein bewegter Appell an uns gerichtet worden, wir möchten Österreich gewissermaßen in „Entreprise“ nehmen. (Heiterkeit.) -- Wir haben allerdings sehr wenig Neigung, wie ich offen gestehen muß, die „Entrepreneurs“ zu sein (Heiterkeit); für uns ist das meines Erachtens eine Unmöglichkeit. Aber aus diesen Ausführungen ging doch mit voller Klarheit hervor, daß jede Zollunion eine Gleichheit nicht nur der wirtschaftlichen Gesetzgebung, sondern auch in der Besteuerung voraussetzt. Ich bin durchaus geneigt, für eine tunlichst einheitliche wirtschaftliche Gesetzgebung einzutreten. Aber das kann und muß eine Sache der einzelnen Staaten bleiben, die sich wirtschaftlich und politisch auf gesetzgeberischem Wege annähern wollen. Daß von uns irgendein Druck auf Österreich oder auch auf Ungarn ausgeübt würde, nun ihre Gesetzgebung so und so zu ändern -- ich meine, das würde dort so viel Widerstände entfesseln, daß es sehr gefährlich wäre, und dann würde das eintreten, was ich heute morgen schon angedeutet habe, daß eben im Gegenteil eine weitgehende Verstimmung in den politischen Kreisen und sonstigen Bevölkerungskreisen wegen solcher Dinge herbeigeführt würde, deren Ordnung eben Sache der einzelstaatlichen Gesetzgebung sein muß.

Nun noch ein Wort zu der Frage der Verbindung der Kartelle mit dem Gedanken der Zollunion. Es ist heute bereits auf die beiden Broschüren des Geheimen Kommerzienrates Garv, des früheren Generaldirektors der Oberschlesischen Eisenindustrie A. G., hingewiesen worden. Herr Geheimrat Garv verlangt ausdrücklich, daß diese Zollunion unter dem ganz hochschutzzöllnerischen Gesichtspunkte geschlossen werde, daß der höhere österreichische Tarif der gemeinsame Aufzettarif sei, und daß man nun durch Zwangshndikate die volle Ausnutzung dieses höheren Zolles herbeiführe, wobei die Industrien der einzelnen Länder nach Maßgabe ihrer bisherigen Erzeugung quotiert werden sollen; und ebenso soll die Ausfuhr von den Shndikaten in die Hand genommen oder aber ganz freigegeben werden. Das würde insbesondere bei seiner Industrie, der Großeisenindustrie, eine Kartellpolitik mit Zwangshndi-

dikaten und starken Ausfuhrprämien sein; denn ohne das ließe sich ein gut Teil der Ausfuhr nicht aufrechterhalten. Darin liegt aber eine außergewöhnliche Gefahr für unsere weiterverarbeitende Industrie (Sehr richtig!), und zwar für sämtliche Zweige derselben. Meine Herren, bereits in früheren Jahren hat unter unsren Zöllen die Verfeinerungsindustrie wesentlich darunter gesitten, daß die Kartelle mit Kartellausfuhrprämien dem Auslande erheblich billiger geliefert haben als dem Inland. Unsere Schiffbauindustrie, unsere Lokomotivenindustrie, unsere weiterverarbeitenden Branchen — sie alle haben wesentlich darunter gesitten, daß sie nicht konkurrieren konnten, weil die deutschen Werke dem Auslande das Material wesentlich billiger lieferten als ihnen. Unsere Maschinenindustrie kann in Massenartikeln, in sehr großen einheitlichen Typen (Lokomotiven, Lokomobilen) nicht konkurrieren, sondern nur in den verfeinerten Maschinen, wo sie in der Individualisierung der einzelnen Maschinen Hervorragendes leistet. In diesen Kartell- und Hochschutzollbestrebungen liegt eine ganz kolossale Gefahr.

Das soll nun der Reichsregierung plausibel gemacht werden, indem man ihr sagt: Wir Kartelle sind dann gern bereit, eine Reichssteuer auf uns zu nehmen, die als Tonnenabgabe bemessen werden kann und die das Reich in seinen großen finanziellen Schwierigkeiten nach Friedensschluß wirksam unterstützt. Ich bin der erste gewesen, der im Reichstag auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen hat, daß es gilt, zirka 5 Milliarden Mark alljährlich mehr an neuen Reichssteuern aufzubringen: eine kolossale Aufgabe, und die doch gelöst werden muß. Aber gerade eine derartige Kartellabgabe halte ich für das Allergefährlichste. Denn der Schwerpunkt unserer Ausfuhr, die wir doch wieder in weitestem Umfange aufnehmen müssen, wenn wir wirtschaftlich nicht unter die Räder kommen wollen, liegt in der Ausfuhr verfeinerter Waren usw. Die wird auf das höchste gefährdet, wenn eine derartige Gesetzgebung im Steuerinteresse eintreten würde. Aus diesen Erwägungen heraus muß ich mit aller Entschiedenheit vor einer Gesetzgebung warnen, die den Ausgleich durch Zwangskartelle der wenigen zu Kartellen fähigen Industrien und Kartellssteuern schaffen will. Es ist eine nur sehr beschränkte Anzahl von Industrien kartellsfähig; im wesentlichen nur die großen Rohstoff- und Halbfabrikatindustrien, daneben die sogenannten Markenartikel und gewisse patentierte und geschützte Erzeugnisse. Aber für die Masse der Verfeinerungsindustrie ist die Kartellsfähigkeit nicht gegeben. Hier drohen also aus der

Zollunion ganz erhebliche Gefahren, insbesondere dann, wenn die Hochschulzöllner sich vereinigen, wenn sie unter ihrer Bereitwilligkeitserklärung, einen Teil der Steuerlasten zu tragen, Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften und auf die maßgebenden Regierungskreise erlangen. Ganz besonders müßte das auch die Entwicklung der Verfeinerungsindustrien in Österreich und Ungarn erschweren. Einerseits ist diese Entwicklungsmöglichkeit eine Bildungsfrage, auf der andern Seite aber doch auch sehr eine Frage der Verbilligung der Produktionsmittel, insbesondere der Rohstoffe und Halbfabrikate; zum Teil kann hier ja durch eine Verbilligung des Verkehrs geholfen werden: aber gerade auch im österreichischen Interesse dürfte eine wesentliche Herabsetzung seiner Zölle notwendig werden.

Ein Handelsvertrag, bei dem wir ein weites Entgegenkommen gegen besondere Wünsche Österreich-Ungarns gewähren könnten, weil wir die wirtschaftlich Stärkeren sind, kann doch recht gut wirken. (Zustimmung.) Auf der anderen Seite besteht aber auch die Gefahr, daß, wenn man in der Zollherabsetzung in Österreich zu weit geht und die Verfeinerungsindustrie dort ungeschützt läßt, der Anreiz für das deutsche und überhaupt für das ausländische Kapital, nach Österreich-Ungarn auszuwandern und sich dort zu betätigen, verringert wird (Sehr richtig!); denn damit wird ja auch die Rente des Kapitals schwächer. Ich kann die Auffassung des Herrn Hartmann, daß damit ein Zufluß des Kapitals nach Österreich-Ungarn eintreten würde, nicht teilen. Denn das Kapital geht dahin, wo es die beste Rente findet, und wenn Sie über die österreichische Grenze nach Bodenbach kommen, so werden Sie dort massenhaft deutsche Filialwerke finden, die dort hinüber gezogen sind. Dieser Anreiz zur Auswanderung — darüber müssen wir uns auch klar werden — geht in dem gleichen Maße zurück, wie der Zollschutz dort schwindet, wie die Rentabilität der einzelnen Industrien dort geringer wird.

Alles das sind so gewichtige Bedenken, daß man mit dem sehr wohlgemeinten Gedanken der Zollunion, der von einem großen patriotischen Empfinden getragen ist, doch immerhin sehr vorsichtig sein muß. Hier muß der nüchterne Verstand und auch die Erwägung, was läßt sich erreichen, die Korrektur liefern. Wir haben wirklich das dringendste Interesse daran, Österreich-Ungarn wirtschaftlich stark zu machen und ihm in jeder Beziehung zu helfen. (Bravo!) Wir wollen wirklich nicht Vorteile für uns allein haben; aber wir können unmöglich zu etwas

die Hand bieten, was nach unserer Meinung die Reibungsfächen zwischen uns nicht vermindern, sondern vermehren würde. (Zustimmung.)

J. Pierstorff: Meine Herren! Noch eine Bemerkung als Beleg zu dem, was Herr Gothein über die Auswanderung des Kapitals sagte. Die ganze Lodzer Industrie — wie ist denn die entstanden? Früher war es eine deutsche Industrie, dann haben das Kapital und die ganzen Unternehmungen hinüberwandern müssen über die russische Grenze, weil der hohe Zollschutz kam und ihnen den russischen Markt versperrte; andernfalls wäre sie sicherlich nicht ausgewandert. Also daß das Gegenteil, die Beseitigung der Zölle, geeignet wäre, große Kapitalien nach Österreich zu ziehen, diese Aussäffung vermag ich nicht zu teilen.

L. Hartmann: Darf ich mir noch eine Bemerkung erlauben? — Ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß eines der Momente, das sowohl Kollege Spann wie ich angeführt haben, in der Debatte nicht berührt worden ist, weil es den Herren auch ferner liegt. Jeder in Österreich weiß, was die Verwaltung und die Steuergesetzgebung dort an Hemmungen für die Entwicklung der Industrie in Österreich-Ungarn nicht nur, sondern auch für die Entwicklung der deutschen Industrie und für die Verwendung von deutschem Kapital in Österreich und Ungarn bedeuten, und unsere ganze Argumentation ging dahin, daß eine Veränderung dieser Verwaltung und ihrer gesamten Grundlagen durchaus notwendig sei, daß eine neue Entwicklung der Technik nur geschaffen werden kann durch eine Änderung des Verhältnisses zu Deutschland. Dabei möchte ich auch bemerken, daß, wie die Verhältnisse heute liegen, beispielsweise sehr reiche Schäfe in Österreich einfach nicht ausgenutzt werden können, namentlich auch in den gebirgigen Teilen Österreichs mit ihren Wasserkräften. Es spielen da merkwürdigerweise geradezu politische Gesichtspunkte hinein: die ganze klerikale Partei sucht jede Industrialisierung in Kärnten und Tirol systematisch zu unterdrücken, und zu verhindern, daß dort eine Industrie entsteht. (Zuruf: Wird denn das durch eine Zollunion anders werden?) — Jawohl, das wird geändert werden. (Heiterkeit.)

3. Konkurrenz der verbündeten Reiche auf den Orientmärkten.

Vorsitzender: Meine Herren! Ich glaube, wir können nun zu Punkt 3 der Spezialdebatte übergehen. Ich erinnere daran, daß,

als Punkt 3 vorgeschlagen wurde, eine Diskussion zu eröffnen über die Konkurrenz, welche Deutschland und Österreich sich, namentlich in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges, auf den Balkanmärkten und in der Türkei bereitet haben. Diese Konkurrenz ist ja natürlich auch für die Zukunft eine sehr heikle Angelegenheit, so daß man in der Öffentlichkeit wenigstens gern um diese Frage herumgeht. Im übrigen ist ja von österreichischer Seite in der letzten Zeit einiges in die Öffentlichkeit gedrungen. Es ist unser Ausschusßmitglied, Herr von Philippovich, gewesen, der sich darüber ausgesprochen hat. Ich habe insbesondere folgende Äußerungen in der „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte, Nr. 2, S. 7 im Auge:

„Wir haben den Hauptansturm der Russen auszuhalten gehabt und haben größere wirtschaftliche Verluste erlitten als das Deutsche Reich. Es ist billig, daß uns dafür auf dem Handelswege nach dem Osten ein Vorzug in den Friedensbedingungen gewährt wird und die deutsche Konkurrenz eine bewußte Einschränkung erfährt. Ich halte das für eine gerechte Forderung unsererseits.“

Von anderer Seite ist betont worden, daß Österreich, seiner ganzen geographischen Lage nach, seine Exportinteressen überhaupt nur nach dem Orient hin pflegen könne, und daß man dieses Gebiet daher von deutscher Seite Österreich in möglichst weitem Umfange überlassen müßte. Dieser Gedanke ist auch in unseren Vereinschriften geäußert worden. So hat Herr Spiethoff erklärt: Österreich hat bisher große Schwierigkeiten beim Abschluß von Handelsverträgen mit den Balkanstaaten zu überwinden gehabt. Wenn Österreich und Deutschland sich aber zu einem Wirtschaftskörper vereinigen, werden diese Schwierigkeiten wegfallen. Die Österreicher exportieren dann ihre Industrieprodukte nach dem Orient, und Deutschland nimmt dessen Agrarprodukte bei sich auf.

Nun ist das ja ein Gedanke, der bis zu einem gewissen Grade vielleicht diskutabel erscheint. Aber es wäre doch sehr wünschenswert, eine genaue Vorstellung von den Plänen, welche in Österreich gehabt werden, zu bekommen. Es ist von Seiten des Präsidenten der Prager Handelskammer von einer Quotisierung des Absatzes gesprochen worden und dergleichen. Wir sind, glaube ich, nicht ganz genau darüber aufgeklärt, wie eine solche weitgehende Schonung der österreichischen Konkurrenten möglich ist, ohne daß diese Schonung schließlich in höherem Maße den

Italienern, den Engländern, den Franzöſen usw., die doch alle die Orientmärkte ebenfalls beſchicken wollen, zuſtatten käme. Und ferner ſind wir nicht darüber klar, wie derartiges auszuführen ſein würde, ohne den Widerſtand der Balkanstaaten ſelbst wachzurufen. Denn wenn die Öſterreicher und die Deutschen ſich zu Kartellen vereinigen und dann die Märkte nach einem gewiſſen Schluſſel verteilen wollten, ſo würden doch ganz ſelbstverſtändlich die Balkanstaaten, die ſich einem Produzentenmonopol gegenübergeſtellt ſähen, immerhin ein nicht unerhebliches Interesse haben, auch die Konkurrenz unſerer Feinde zu zulaffen, um nicht mit Haut und Haaren diesen deutsch-öſterreichischen Kartellen überantwortet zu werden.

Ich möchte nun die Herren, welche dazu das Wort zu nehmen wünschen, bitten, ſich zu melden. —

Herr Wiedenfeld hat das Wort.

A. Wiedenfeld: Der Gedanke, daß Öſterreich-Ungarn und Deutschland auf den Balkanmärkten und auf dem Markte der Türkei nur in einem geregelten Verhältnis miteinander konkurrieren ſollen und wollen, läßt ſich, wenn man es in eine konkrete Form hineinbringen will, nur auf zwei Wegen ermögliſchen. Der eine ist eben ſchon von dem Herrn Vorſitzenden angedeutet worden, daß eine Kartellierung die Unterlage bildet und nun eine ganz bewußte Exportpolitik dieser zusammen handelnden Kartelle von Öſterreich-Ungarn und von Deutschland vor ſich geht. Das wäre an ſich wohl eine Mögliſkeit. Aber ſie würde bei der Türkei, wie eben ſchon gesagt worden ist, auf einen ſehr nachhaltigen Widerſpruch ſtoßen; die Türkei hat in der Tat, wie alle anderen Balkanstaaten, ein Interesse daran, ihren Verkehr unter dem Geiſtelpunkt des Wettbewerbs der Anderen ſich entfalten zu ſehen. Jedoch wichtiger noch ſcheint mir, daß eine Kartellierung nur auf ſehr, ſehr eng begrenzten Industriegebieten überhaupt mögliſch ist; und das ſind gerade die Industriegebiete, die für den Export nach dem Balkan und nach der Türkei verhältnismäßig wenig in Betracht kommen (Sehr richtig!), während umgekehrt diejenigen Industrieſachgebiete, wo ein ſolcher Export in Frage kommt, nach allen Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben, ſich der Kartellierung vollständig entziehen. Es ist in erſter Linie das Gebiet der Textilindustrie zu nennen, und da ist es ſelbst dem organiſationsfähigen Deutschland noch niemals gelungen, ein wirklich tragfähiges, eine geschloſſene Ausfuhrpolitik

führendes Kartell überhaupt herzustellen. Daß das nachher für einen so schwer zu bearbeitenden Markt, wie es der Orient, die Levante ist, plötzlich möglich sein soll, möchte ich für ausgeschlossen halten.

Und da kommt dann der zweite Weg in Betracht: daß man mit staatlichen Zwangsmaßnahmen eingreift, wie sie jetzt allen beteiligten Ländern im Kriege einigermaßen geläufig geworden sind. Sie wissen alle, daß gerade das Verhältnis zu Bulgarien und zu der Türkei von seiten Österreich-Ungarns und Deutschlands im Kriege schon staatlich infofern geregelt ist, als man sich gezwungen gefehlt hat, das ganz freie Einkaufen wenigstens — also die umgekehrte Richtung des Exporthandels — dem freien Wettbewerb zu entziehen: die wichtigsten Rohstoffe werden in einer zwar nicht staatlichen, aber doch immerhin staatlich beeinflußten Organisation eingekauft; die Formen sind geregelt, in denen sich das vollzieht, und es ist ein Schlußel aufgestellt, wie die Verteilung der dort eingekauften Stoffe vor sich gehen soll. Aber es sollte mich doch sehr wundern, wenn nicht jetzt schon im Kriege, wo sich alles viel mehr auf Anpassung an solche Zwangorganisationen eingerichtet hat, wo derartige Zwangsmaßnahmen dem Europäer nicht so widerstreben, wie es sonst wohl der Fall ist, ganz gewaltige Reibungen hervortreten sollten; solche Reibungen sind unabsehlich. Und nun stelle man sich vor, daß im Frieden von Staats wegen ein Zwang ausgeübt wird, daß — ich will einmal sagen — die deutsche Industrie immer um einige Mark teurer pro Tonne in der Türkei anbietet als die österreichische Industrie, oder daß man sagt: nur bestimmte Mengen, ein gewisser Prozentsatz, kommen von euch, und ein gewisser anderer Prozentsatz kommt von dem anderen Staate. Dagegen wehrt sich dann ungefähr alles, zumal wir doch nach dem Kriege damit rechnen müssen, daß ein starker Drang, nach allen Seiten hin und so auch nach der Türkei und Levante, den Export zu forcieren, sich gerade auch bei uns in Deutschland geltend machen wird, und daß wir doch geradezu gezwungen sein werden, der Argumentation, wie sie Philippovich in dem erwähnten Artikel aufgestellt hat, die Gegenargumentation entgegenzustellen: „wir haben uns von unserem Export derartig viel durch den Krieg gefährden lassen müssen, daß wir jetzt nach dem Kriege stehen müssen, wie wir das im Frieden wieder einrenken können.“ Ich meine, die Basis, wenn wir da überhaupt zu einer gemeinsamen Politik kommen wollen und können, kann immer nur die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sein, wie sie sich nach

dem Kriege herausstellt (Zurufe: Sehr richtig! Selbstverständlich!), und nicht das jeweilige Exportbedürfnis des einzelnen Landes und Industriezweiges. Ist aber der eine Teil schwächer, dann muß er die Konsequenzen seiner Schwäche genau so tragen, wie wir in gewissen Dingen die Konsequenzen unserer schwächeren Situation sicherlich tragen müssen. Je mehr sich der Staat mit seiner doch notwendig rauhen, schematisch verfahrenden Art da hineinmischt, um so mehr, glaube ich, werden alle beiden Teile, die österreichisch-ungarische und die deutsche Industrie, an den Fesseln leiden, die ihnen da auferlegt werden. Ich möchte glauben, auch die österreichisch-ungarische Industrie wird sehr bald wieder nach freier Beweglichkeit im Orient rufen, auch wenn ihr zehnmal durch staatliches Eingreifen ein gewisses Vorauß vor Deutschland gesichert wird; sie wird sehr bald glauben, mit Freiheit immer noch mehr erreichen zu können, als mit diesem staatlich garantierten Vorauß. Ich kann mir da, muß ich offen sagen, von einer geschlossenen Aktion nicht recht etwas versprechen.

Nun ist ja schließlich ein dritter Weg denkbar, daß nämlich auf die Balkanstaaten und die Türkei ein Einfluß ausgeübt wird, Präferentialzölle zugunsten der österreichisch-ungarischen Einfuhr und zum Nachteil der deutschen Einfuhr aufzuerlegen. Ich glaube aber, dieser Weg ist in der Tat wohl bloß theoretisch denkbar. Daß wir praktisch zu einer solchen Maßnahme schreiten werden, daß Deutschland in aller Form erklären wird: ich lasse mich hier zum Vorteil von Österreich-Ungarn in den Zöllen benachteiligen —, ja, ich glaube, das werden wir wohl von vornherein ablehnen.

Ich möchte aber diese Gelegenheit benutzen, um einmal kurz auf folgendes noch hinzuweisen: Wir haben in Deutschland von unserem politischen Interesse aus nicht etwa Ursache, in den Balkanstaaten und der Türkei nun auf ein ausgeprägtes Freihandelsystem hinzuwirken; wir haben vielmehr alle Ursache — und da laufe ich in die Linie ein, die vorhin Herr Gothein gezogen hat —, die Frage der Balkanentwicklung dadurch zu erleichtern, daß wir zunächst einmal der Türkei auf allen möglichen Wegen die Hebung der eigenen Produktivität ermöglichen. Dazu gehört unter Umständen ein strenger Schutz- zoll, und zwar möglichst nicht auf Produktionsmittel — damit würden sich die Staaten ins eigene Fleisch schneiden — sondern gerade auf diejenigen Konsumtibilien, an deren Einfuhr unter anderen Gesichtspunkten uns natürlich besonders gelegen sein muß. Besonders wichtig

wird es sein, Produktionsmittel, Kapital dorthin auszuführen. Da kann ich auch nur sagen: das sicherste Mittel, nennenswerte Kapitalien in diese Gegenden hineinzuziehen, genau so wie nach Österreich-Ungarn, ist doch schließlich ein Preisniveau in jenen Gegenden, das eine angemessene, beträchtlich höhere Rente gewährleistet, als dasselbe Kapital bei uns in Deutschland erzielen könnte. (Sehr richtig!) Und dazu ist nun einmal, wenn nicht gerade ein sehr ideales, aber doch das bequemste und praktischste Mittel ein strenger Schutzzoll auf Konsumtibilien. Damit müssen wir rechnen, und ich wiederhole, wir haben alle Ursache, diesen Staaten sogar zuzureden, zu diesem Mittel zu greifen. Aber da noch differenziert zu werden — ich glaube, das geht doch über unsre Gemütlichkeit in wirtschaftlichen Dingen, die sowieso nicht weit her ist.

Dr. Gulenburg: Ich darf vielleicht noch einige Worte zur Ergänzung hinzufügen. Ich habe mich in der letzten Zeit etwas mit der bulgarischen Volkswirtschaft abgegeben, und da sind Bestrebungen zur Hebung der bulgarischen Industrie bereits seit dem Jahre 1906 außerordentlich lebhaft im Gange, und zwar, wie ich sagen muß, mit einigem Erfolge. Ganz besonders handelt es sich dabei auch um eine Intensivierung der bulgarischen Landwirtschaft, die uns später zu gute kommen wird, und vor allen Dingen um eine Stärkung der bulgarischen Industrie. Speziell für die Industrie kommen noch andere Wege in Frage, wie das Herr Gothein und Herr Wiedenfeld gesagt haben, nämlich mit Hilfe eines Schutzzollsystems auf dem Balkan. Wir können und müssen das unterstützen, weil wir jetzt auch durch die Stärkung der bulgarischen Volkswirtschaft nur Vorteil haben. Dann ist aber ein Vorgehen in Form von gemeinsamen Handelsverträgen auch auf dem Balkan vollkommen gefährdet. Die Erwartung, daß wir dann eventuell zugunsten von Österreich-Ungarn zurücktreten, ist ein volles Ding der Unmöglichkeit. Damit ist aber eine der Aussichten, die Mitteleuropa eventuell hat, daß wir den Balkan und den Orient für uns erobern, von vornherein unwahrscheinlich geworden.

4. Verkehrspolitische Mittel zum Zwecke der Annäherung.

Vorsitzender: Wir kommen zu Punkt 4. Dabei handelt es sich darum, die verkehrspolitischen Mittel zu diskutieren, welche für die Zwecke der Annäherung zur Anwendung kommen können. Es würde

sich da im wesentlichen um dreierlei handeln: einmal um die Erörterung, wie weit auch durch Maßnahmen der Eisenbahntarifpolitik die Ziele, welche der Zollpolitik auf diesem Gebiete gestellt werden, ebensogut und besser erreicht werden können als durch die Zollpolitik. In zweiter Linie wird in Frage kommen, was geschehen muß, um die Inanspruchnahme des sogenannten „trockenen Weges“ zwischen Mitteleuropa und Bagdad zu fördern. Man ist vielfach von der Annahme ausgegangen, daß in friedlichen Zeiten natürlich der Seeverkehr vorherrschen werde. Es genüge schon, den Landweg für Zeiten einer kriegerischen Entwicklung überhaupt zu besitzen. Dieser Auffassung gegenüber ist das Bedenken ausgesprochen worden, daß, wenn der Landweg in kriegerischen Zeiten hinreichend leistungsfähig sein soll, die Ausstattung der Bahnen dann sehr weit getrieben werden muß, so weit, daß sie trotz der etwa auftretenden militärischen Ansforderungen, doch auch noch sehr große Gütertransporte für den Bedarf der Zivilbevölkerung bewältigen können. Diese Ausstattung aber erfordert sehr große Kapitalien, Kapitalien, welche nur dann investiert werden können, wenn auch dafür in Friedenszeiten eine gewisse Verwertung gesichert ist. Es müßte also, wenn dieser Landweg die entsprechende Bedeutung gewinnen soll, eine planmäßige Ablenkung eines Teiles des Güterverkehrs vom Seeweg auf den Landweg stattfinden. Nach dieser Richtung hin sind schon einige Berechnungen aufgestellt worden. Es ist z. B. von dem österreichischen Tarifpolitiker Rank berechnet worden, daß es möglich sei, auf der Strecke Bagdad-Berlin — also 4000 km — die Tonne zum Satz von 33,20 Mk. zu verfrachten. Dieser Satz würde den Selbstkosten einschließlich Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals entsprechen. Von anderer sachverständiger Seite ist dieser Satz allerdings als viel zu niedrig angesehen worden. Diesem Satz des Landverkehrs stünde eine Seefracht zwischen Kiel und Hamburg in Höhe von 13 Mk. pro Tonne gegenüber, obwohl es sich da um einen Weg von 13 000 km handelt. Wenn wir also diese Sätze zunächst einmal zugrunde legen wollten, würde sich eine Differenz von 20 Mk. pro Tonne ergeben. Handelt es sich um relativ hochwertige Güter, wie Kupfer oder Baumwolle, so würde das eine Differenz sein, die, im Werte des Produkts ausgedrückt, nur 1,5 % oder noch weniger ausmachen würde. Dieser Unterschied könnte vielleicht ertragen werden. Im übrigen ist noch in Betracht zu ziehen, daß sich die Seefracht unmittelbar nach dem Kriege erheblich höher stellen wird als vor dem

Kriege. Man hat dann vielleicht mit dem doppelten Satze von 13 Mr. oder noch mehr zu rechnen. Insofern bestände unmittelbar nach dem Kriege wohl die Möglichkeit, den Landtransport zu bevorzugen. Aber über alle diese Dinge können natürlich verschiedene Meinungen zur Geltung kommen. Es ist ja der Zweck unserer Ausprache, diese Meinungsverschiedenheiten aufzuklären.

Der dritte Punkt würde die Entwicklungsmöglichkeit des Donauverkehrs sein. Da sind die Schwierigkeiten zu berücksichtigen, die sich am Eisernen Tor ergeben. Vor allem eine technische Schwierigkeit, die ja, soweit ich höre, jetzt einigermaßen zu mildern versucht worden ist.

Es wird aber auch die Abschlußpolitik in Betracht kommen, die bisher von den Ungarn betrieben worden ist. Sie lassen zwar das rumänische Petroleum auf der Donau aufwärts bis nach Regensburg gehen, wollen aber von den balkanischen Agrarprodukten nicht gern etwas auf die Donau gelangen lassen. Es wird endlich zu beachten sein, daß die Donau an ihrer Mündung von Russland beherrscht wird, und dieser Verkehr uns bei kriegerischen Verwicklungen also nicht in jever Beziehung diejenige Sicherheit bietet, auf die man im großen Publikum zu rechnen scheint.

Darf ich nun bitten, zu diesen Fragen das Wort zu ergreifen.

W. Löß: Verehrte Anwesende! Ich muß sagen, die vertragliche Regelung hinsichtlich der Verkehrsmittel steht für mich so sehr im Vordergrunde der Sorgen, daß ich allerdings die Vorstellung habe, die ganze Möglichkeit des engeren Verhältnisses von Mitteleuropa und vielleicht noch weiteren Gebieten ist wesentlich anders zu beurteilen, wenn außer der Zollpolitik uns eine Bereitwilligkeit begegnet — nunmehr erschrecken Sie nicht —, eine einheitliche Eisenbahntarifpolitik für dieses ganze Gebiet durchzuführen. (Sehr richtig!) Ich überlasse es den Spezialisten — und Herr von der Leyen hat in den Schriften es ja behandelt —, sich über die rechtlichen Voraussetzungen zu äußern: ich bin nicht kompetent dazu. Ich überlasse es auch den Spezialisten, ob das notwendige Ziel überhaupt zu erreichen ist, ohne daß die gesamten Eisenbahnen unter einer Leitung etwa zu einer Betriebsgemeinschaft zusammengeschlossen werden, oder ob ein anderer Weg gefunden werden kann, der natürlich nicht bloß in Tarifverträgen oder in einem Güterwagenübereinkommen zu bestehen hätte. Es kommt auf das Ziel an. Mein Gedanke ist folgender — nehmen Sie es nicht übel,

wenn ich auf einem Gebiete etwas phantastisch werde, wo ja viele Phantasien eine Rolle spielen --: ich will mir einmal vorstellen, die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, in Mesopotamien eine neue wohlfeile Massenproduktion hervorzubringen, sind überwunden, und ich betone, diese Schwierigkeiten sehe ich viel weniger auf dem Gebiete der Bewässerungspolitik, als auf dem Gebiete der Finanzpolitik, des Naturalzehnten und des Grundbesitzrechtes, sowie der religiösen Vorstellungen, die hier mitspielen. Ich will einmal annehmen, es ist da eine große Produktion zu erzielen. Wenn ich nun die Phantasie walten lasse, dann könnte ich mir vorstellen, daß, wenn unter einer einheitlichen, hervorragend kaufmännischen Leitung der Transport von Bagdad nach Berlin für große Massengüter erfolgt, in Europa selbst ähnliche Bedingungen wie bei den transkontinentalen Bahnen in Amerika vorliegen würden. Unter Ausnutzung der Vorteile der Rückfrachten usw. kann man bei einheitlicher Leitung auf einer so großen Strecke in der Tat sehr billig auf der Eisenbahn transportieren. Ich will nicht Zahlen nennen: aber jeder von uns, der die transkontinentalen Tariife in den Vereinigten Staaten kennt, weiß, was dort möglich ist. (Zuruf: Sie sind hoch!) -- Gewiß, sie sind hoch; aber sie hindern immerhin nicht die Versendung von Agrarprodukten auf weite Entfernungen. Stellen Sie sich aber vor, daß sich nun auf diesem Gebiete Rumänien, Ungarn, die verschiedenen österreichischen, die verschiedenen deutschen Verwaltungen und diejenigen, die in der Türkei sind, jedesmal einigen müssen und jeweils für sich erwägen, welche Opfer sie bringen müssen, so ist die Höchstleistung der Eisenbahnen in Wohlfeilheit der Beförderung allerdings recht unwahrscheinlich; aber davon will ich zunächst absehen. Wenn ich nun von der Phantasie in die Wirklichkeit übergehe: ich halte das ganze Bündnis für etwas sehr Erwägenswertes, wenn sich ein Staatsmann findet, der gleichzeitig die Vereinheitlichung des Eisenbahnbetriebes von einem Ende des Bundesgebietes zum andern herbeiführt. Wer das fertig bringt, verdient höchste Bewunderung. Und wertvoll wäre solche Politik ebenso militärisch wie wirtschaftlich. Wenn aber die Eisenbahnvereinheitlichung nicht erfolgen kann, halte ich das Projekt allerdings nicht für ganz ausgefeilt. Wir wollen uns jetzt bloß einmal fragen: ist es nicht eine wunderbare Geschicklichkeit der Engländer gewesen, daß sie bei der ersten Gelegenheit, die ihnen der Krieg bot, sich in Kowet und Bassora festgesetzt haben und die Verbindung Mesopotamiens mit Europa auf

dem Seewege sowie das Ende der Bagdadbahn unter Kontrolle nehmen? Sie werden da mit großer Zähigkeit sich zu halten suchen.

Was im übrigen die Möglichkeit des Donauweges betrifft, so ist das eine Sache, worüber ich mich nicht äußern will. Einstweilen sage ich: ohne einheitliche Eisenbahnpolitik wird das Nötige auch vom militärischen Standpunkt aus nicht zu leisten sein, und einheitliche Eisenbahnpolitik wird notwendig eine einheitliche Verwaltung fordern. Wie schwer es nun schon ist, innerhalb Deutschlands einen Zusammenschluß der Eisenbahnverwaltungen zu bekommen, davon wissen wir in Bayern genug. (Burk: In Sachsen noch mehr!) Aber wie schwer das nun für die ganze Strecke sein wird, das möchte ich zur ernsten Erwägung stellen.

Das ist das eine. Wenn die Sache aber nun etwa so ausgefaßt wird: im Frieden soll der Wasserweg zur See und vielleicht noch die Donau uns dienen, und für den Krieg soll die Eisenbahn in Reserve sein —, meine Herren, das geht nicht; ein durchgehender Masseneisenbahnverkehr muß im Frieden natürlich vorbereitet sein. Und so sehe ich allerdings hier das zentrale Problem und die ungeheure Schwierigkeit, abgesehen von denjenigen Schwierigkeiten, die in der Frage der Steigerung der Produktivität in den türkischen Gebieten gegeben sind. Hierzu tritt vielleicht noch als weitere Schwierigkeit eine nicht immer für ein Zusammenwirken zur Begünstigung großer Transporte enthusiastisch etwa begeisterte Stimmung der Durchgangsgebiete des Verkehrs Bagdad-Berlin. Wird die bereitwillige Mitwirkung in Ungarn und den Balkanstaaten für Förderung einer für sie preisdrückenden Agrarkonkurrenz leicht zu erwarten sein? Das Verkehrsproblem scheint mir somit allerdings im Vordergrund der ernsten Erwägungen zu stehen, wenn es sich auch nicht für große Volksversammlungen eignet. (Sehr richtig!)

A. Ballod: Es ist auch für mich der größte Kummer, auch ich fürchte, wir werden mit der österreichischen Bureaucratie, der österreichischen Eisenbahnverwaltung sehr schwer übereinkommen können. Das Schlimme ist ja, daß der Bagdadweg unter der Kontrolle von Österreich, von Ungarn, von Serbien — das allerdings wohl unter der Kontrolle von Österreich stehen wird —, sowie von Bulgarien sich befindet, und daß dann erst die Türkei ein Wort mitzureden hat, bzw. diejenige Gesellschaft, die die Bagdadbahn baut. Die österreichischen

Tarife sind ja durchweg höher als die deutschen, und zwar um etwa 30 %, und nun handelt es sich natürlich darum, ob die österreichische Eisenbahnverwaltung überhaupt geneigt sein wird, auf irgendeinen vernünftigen Vergleich und eine vernünftige, sehr scharfe Staffelung einzugehen. Ich bin persönlich vollkommen überzeugt, daß die technische Möglichkeit besteht, eine Tonne Fracht für 33 Mk. von Bagdad nach Deutschland, bzw. nach Berlin zu schaffen, und ich kann, wenn man diese technische Möglichkeit nur ausnutzt, die Sachlage dem Seeweg gegenüber als nicht so ungünstig ansehen. Denn wenn auch auf dem Seeweg von Koweit bis Hamburg die Fracht nur 13 Mk. pro Tonne ausmachen dürfte, so möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß ja doch von Mesopotamien bis Koweit Landfracht bezahlt werden muß, die doch in sehr vielen Fällen — es sind meines Erachtens im Durchschnitt 6—700 km — sich vielleicht auf 10 Mk. stellen dürfte, und daß ferner, wenn die Transporte in einem deutschen Hafen, in Hamburg oder Bremen, angekommen sind, dann doch auch noch die Fracht bis zu dem Orte hinzukommt, wo sich der Konsument befindet; denn der Konsument sitzt mitten drin im Lande. Ich glaube also, wenn man zu diesen Durchschnittspreisen die Frachten befördern will, daß es dann auf dasselbe hinauskommt, ob man den Seeweg oder den Landweg benutzt. Die ganze Frage ist, ob die Eisenbahnfracht wirklich auf 33 Mk. die Tonne gedrückt werden kann. Im übrigen muß ich bemerken, daß der billige Satz von 13 Mk. für die Seefracht von Koweit nach Hamburg sich doch wohl ohne Suezkanal-Gebühr versteht; kommt die noch mit 6 Mk. oder 7,50 Fr. hinzu, so erschwert das natürlich die Benutzung des Seeweges, und das Verhältnis zwischen Landfracht und Seefracht gleicht sich schon mehr aus. Es handelt sich also darum, wie teuer die Landfracht ist. Eine Landfracht von 33 Mk. für die Strecke Berlin-Bagdad — das wäre 0,8 Pf. pro Kilometer — ist allerdings meines Wissens niedriger als die billigste Eisenbahnfracht der großen Überlandbahnen auch in Amerika, Kanada und in Russland — also Sibirien; da geht es doch immer noch über 1 bis 1,2 Pf. pro Tonnenkilometer hinaus.

Technisch dürfte der billige Satz von 0,8 Pf. per Tonnenkilometer doch wohl möglich sein. Ich erinnere mich, vor einigen Jahren mit lebhaftem Interesse das von einem hervorragenden Techniker, Professor Gauer, an der Technischen Hochschule von Charlottenburg, und Dr. Rathenau veröffentlichte Buch über Massengüterbahnen gelesen zu haben.

Darin war ausgerechnet, daß es bei einem Frachtverkehr von etwa 5 Millionen Tonnen jährlich möglich ist, schon bei 400 km langen Eisenbahnen Güter zum Tarife von 0,5—0,75 Pf. per Tonnenkilometer zu befördern, wenn man nichts weiter verlangt, als bloß die Verzinsung des Anlagekapitals. Cauer-Rathenau schließen, daß die Kanäle sich einfach überlebt hätten, daß man mit Massengüterbahnen ebenso billig befördern könne. Cauer rechnet an durchschnittlichen Baukosten eine halbe Million Mark für das Kilometer solcher Bahnen; bei 4000 km würde eine derartige Bahn also 2000 Millionen Mark kosten, oder, wenn bestehende Bahnen ausgebaut werden, dann vielleicht nur 1000 Millionen. Nun sind das ja Unkosten, die die deutschen Kapitalisten wohl aufzubringen in der Lage sein würden.

Vor allen Dingen hätte dieser Weg den ungeheuren politischen Vorteil, daß er uns nicht im Kriege abgeschnitten werden könnte, wie der Seeweg. Aber es kommt natürlich alles darauf an, ob wir in der Lage sind, auf Österreich, auf Ungarn, auf Bulgarien so zu drücken, daß sie eben einverstanden sind, eine scharfe Staffelung einzutreten zu lassen. Denn es liegt natürlich eine gewisse Gefahr vor, wenn z. B. die Bulgaren und Rumänen erklären: „Ja, wir sind gern bereit darauf einzugehen, wenn Sie uns ebenfalls diesen billigen Durchschnittssatz von 0,8 Pf. pro Tonnenkilometer bewilligen“

W. Lox: Darf ich Sie einen Augenblick unterbrechen. — Ist für die Frachten bei Ihrer Berechnung, die sehr überraschend ist, etwa die Grundlage, daß der Transport das ganze Jahr gleichmäßig erfolgen müßte, oder haben Sie dabei den saisonweisen Charakter des Ernteversandes in Betracht gezogen?

A. Vallod: Nein, bei Cauer-Rathenau ist allerdings ein gleichmäßiger Verlauf zugrunde gelegt. (Zuruf: Und Rückfracht, was allerdings die Hauptache ist!) — Unter Zugrundelegung dieser Art Berechnungen von Cauer-Rathenau würde der Transport einer Tonne von Bagdad nur 20 Mk. kosten. Aber eben alles kommt darauf an, daß die Österreicher, die Ungarn, die Bulgaren und schließlich zu guter Letzt auch noch die Türken sich nicht eine Extrawurst braten lassen wollen. Dann kommen auch die Steuerverhältnisse in Betracht; die müßten natürlich auch reformiert werden. Aber ich glaube, die Türken müßten doch einsehen — wir haben doch bei ihnen auch eine

Universität gegründet (Heiterkeit) —, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, dieses ganz veraltete Steuersystem zu beseitigen und ein vernünftigeres an seine Stelle zu setzen. Das ist allerdings mit einer Voraussetzung für eine derartige ersprießliche Verkehrsentwicklung.

R. Wiedenfeld: Die Bedeutung der Verkehrsfragen ist sicher sehr hoch einzuschätzen. Immerhin ist auch da einige Vorsicht angebracht; man darf sie nicht schlankweg als Ertrag etwa für handelspolitische Maßnahmen betrachten. Nehmen wir beispielsweise einmal die Kosten des Getreidetransports, wie sie auf den deutschen Eisenbahnen bestehen, so finden Sie als Normaltarif 4,5 Pf. pro Tonnenkilometer (Zuruf: In Österreich 6!), und auf der andern Seite haben wir einen Schutzzoll von 45—55 Mk. pro Tonne. Das heißt, ein Land, das zu uns Getreide exportieren will, müßte, selbst wenn es nur den deutschen Tarif auf den Eisenbahnen erhebt, die Tonne 1000 km und noch mehr umsonst befördern, bis es unsren Schutzollbetrag durch die Ermäßigung der Eisenbahnfracht ausgleicht. Das ist ungefähr die Entfernung, die wir zurücklegen, wenn wir Norddeutschland durchqueren; also sicher nicht gerade etwas, was man vernachlässigen darf. Ein vollkommen gleichwertiger Ertrag für die Schutzölle oder überhaupt für die Zollpolitik ist somit in der Tarifpolitik nicht gegeben. Aber allerdings ist es dadurch möglich, unter Umständen eine sehr erhebliche Verstärkung oder andererseits durch die entsprechend umgekehrte Tarifpolitik eine Abschwächung der Schutzölle herbeizuführen.

Kommen wir im speziellen auf das Problem, das uns hier im einzelnen beschäftigt: Orient und Deutschland, so möchte ich auch an die Ziffern anknüpfen, die uns hier genannt worden sind, und beide Berechnungen, wie sie Herr Ballod aufgestellt hat, für schwer verständlich erklären, wenn man sich an die Verhältnisse der Wirklichkeit hält. 33 Mk. pro Tonne als Frachtauf für die Strecke Mesopotamien—Deutschland kommt mir ganz wesentlich zu niedrig vor (Sehr richtig!) und fällt meiner Überzeugung nach aus dem Bereich der Möglichkeit vollkommen heraus. Die transkontinentalen Eisenbahnen Amerikas kommen zu wesentlich höheren Sätzen als sie bei dieser Entfernung hier angenommen werden. (Zuruf: Sie haben weniger zu transportieren!) — Ich komme gleich darauf. — Und deshalb ist es den transkontinentalen Eisenbahnen Amerikas auch nicht möglich ge-

wesen, den eigentlichen Massengüterverkehr vom Seeweg auf die Eisenbahnen abzuziehen, obgleich der Seeweg bekanntlich um die Südspitze von Südamerika herumführt, also verglichen etwa mit dem Seewege New York—Europa von enormer Länge ist.

Da wird nun gesagt: Mesopotamien—Deutschland wird sich vielleicht auf einen größeren gleichmäßigen Massenverkehr stellen lassen, als er für Nordamerika gilt. Ich glaube kaum, daß das eintreten kann. Wenn vorhin Herr Lox davon gesprochen hat, es sei Phantasie, was er hier ausgeführt habe, so kann ich dem, was Herr Kollege Ballod hier gesagt hat, nur erst recht die Bezeichnung „Phantasie“ geben; wenn er nämlich meint, daß wir schon mit Güterschleppbahnen in der Richtung auf Mesopotamien rechnen dürfen, wie wir sie noch nicht einmal irgendwo in Deutschland haben. (Sehr richtig!) Die zweigleisigen Eisenbahnen, die aber auch noch ausgebaut werden müssen, hören ungefähr an der deutschen, spätestens an der ungarischen Grenze auf. (Gothein-Breslau: Sehr richtig!) Von da an kommen wir in das Gebiet der sehr leicht gebauten eingleisigen Bahnen, auf denen auch der Personenverkehr zug sich nicht über eine Geschwindigkeit von mehr als allenfalls 25—30 km in der Stunde zu erheben vermag; nicht nur, weil die Bahnen zum größten Teil im Gebirge verlaufen, sondern weil der Oberbau im Interesse der Kosten so leicht hergestellt worden ist, daß man nicht schneller darauf fahren kann. Wollen Sie diese Bahnen zu Schleppbahnen ausbauen, so glaube ich, tut man gut, damit zu rechnen, daß sie eben einfach völlig neu gebaut werden müssen. Rechnen Sie sehr gelinde 300 000 Mk. pro Kilometer — es handelt sich um Bahnen großenteils im Gebirge, um zweigleisige Bahnen und um Bahnen, die mit sehr schwerem Oberbau ausgeführt werden müssen, um diesen Massengüterverkehr aushalten zu können, und, wie gesagt, 300 000 Mk. Zuschußbetrag ist wohl sehr gelinde gerechnet —, so kommen Sie, wenn nur 3000 km als neu herzustellen angenommen werden, auf eine Ausgabe von 10 Milliarden. (Herr Ballod: Bitte sehr, auf eine Milliarde! $\frac{1}{3}$ Million mal 3000!) — Das ist richtig: es ist nur eine Milliarde. Aber auch eine Milliarde ist sehr erheblich, wo Sie gar keine Möglichkeit sehen, den Verkehr auch nur in einigermaßen absehbarer Zeit so zu verdichten, daß die entsprechenden Frachtmengen herauskommen. Wir dürfen nämlich nicht vergessen: die Tarifberechnungen auf den Schleppbahnen, wie sie Cauer aufgestellt hat, beruhen erstens einmal darauf, daß sich da ein absolut gleichmäßiger

Verkehr das ganze Jahr hindurch abspielt; d. h. sie beruhen im wesentlichen darauf, daß es sich nicht um geerntete Güter, sondern um Massengüter der Bergwerksproduktion usw. handelt. (Hört! hört!) Zweitens aber, was vielleicht noch wichtiger ist, beruht die Berechnung von 0,5 pro Tonnenkilometer darauf, daß auch immer eine fast gleiche Rückfracht gegeben ist, nicht in einseitiger Frachtrichtung ein starker Verkehr und in der andern Frachtrichtung ein der Menge, dem Gewicht nach geringer Verkehr. (Herr Ballod: Eauer rechnet 50 % in einer Richtung und in der anderen Richtung 10 %!) — Das weiß ich: ich kann natürlich nicht alles anführen, wir müssen das Wesentliche herausholen. — Wir müssen also daran festhalten, daß sich diese Berechnung in bezug auf Mesopotamien ganz anders stellt, zumal bezüglich der Mengen, die allein einen solchen Tariffaz ermöglichen könnten.

Bleiben wir zunächst einmal bei den 33 Mk., wie sie da angenommen worden sind, so ist allerdings der Unterschied gegenüber der Seefracht denn doch zu hoch angesetzt. Ob es möglich sein wird, von Kuwait nach Hamburg für 13 Mk., wie von Südamerika nach Hamburg zu transportieren, das ist mir höchst zweifelhaft, weil die Abgabe auf dem Suezkanal, die jetzt pro Registertonne 6,50 Fr. beträgt, zu den gewöhnlichen Transportkosten noch hinzukommt. Rechnen wir das einmal auf nur 3 bis 3,50 Mk. Abgabe für die Gewichtstonne um, dann haben wir schon 16 bis 17 Mk. (Herr Ballod: Auf die Gewichtstonne würden dann 5 bis 6 Mk. herauskommen!) — Nein, das ist zu viel gerechnet. Aber das ist gleichgültig; das Verhältnis verschlechtert sich dann ja noch viel mehr. Ich möchte mich nicht auf einige Pfennige Unterschied festlegen. — Die Sache liegt jedenfalls so, daß wir nicht damit rechnen können, in der Richtung Kuwait-Hamburg einen derartigen Massenverkehr zu haben, daß wir die niedrigen Seefrachten in Anrechnung bringen können, wie sie zwischen Hamburg und Südamerika bestehen. Die Fracht ist davon abhängig, wie regelmäßig nicht nur, sondern wie häufig auch sich der Transport vollzieht und welche Transportmengen jeweils auf einmal zu verfrachten sind.

Aber diese ganze Gegenüberstellung stimmt nicht. Denn der normale Weg für mesopotamische Güter, wenn sie nicht gerade südlich von Bagdad, etwa zwischen Bagdad und Basra zur Erzeugung kommen, ist nicht über den Persischen Golf durch den Suezkanal; sondern wenn

erst die Bagdadbahn wirklich fertig ist, geht der normale Weg über Alexandrette, gerade um den Suezkanal zu vermeiden — der Verkehr nimmt lieber eine etwas größere Strecke auf der Eisenbahn in Kauf als diesen großen Umweg, der die Suezkanalabgabe in sich trägt. Und dann könnte doch die Differenz zwischen Gesamtbahnfracht und gemischter Bahn- und Seefracht sich sehr erheblich zu ungünstigen der Gesamtbahnfracht stellen. (Zuruf von Herrn Ballod.) Bei Eisenbahntariffragen bleibt gar nichts übrig, als sich an bestimmte, in der Wirklichkeit vorhandene Tarifverhältnisse anzuschließen und nun zu fragen, ob ähnliche Verhältnisse in andern Ländern vorliegen, und daraus dann den entsprechenden Schluß auf die Frachtenhöhe zu ziehen. Ich bin gegen jede Berechnung statistischer Natur außerordentlich skeptisch, die von den Selbstkosten ausgeht. Denn die Selbstkosten sind pro Tonne, pro Einheitsleistung in demselben Augenblick etwas im voraus überhaupt nicht mehr zu Berechnendes, wo das stehende Kapital die Entscheidung derartig in der Hand hat, wie das bei den Eisenbahnen der Fall ist. Wenn die Tonnenzahl nicht 5, sondern bloß $4\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen beträgt, bedeutet das für die Selbstkosten schon einen ganz gewaltigen Unterschied. Eben deshalb ist es nicht möglich, von vornherein zu berechnen: so und so werden die Selbstkosten sein; sondern, wie gesagt, ich halte bei Eisenbahntariffragen immer nur den Weg für gangbar: da sind ähnliche Entfernungen, wie stellen sich hier tatsächlich die Frachtsätze? Und daraus können dann mit gewisser Vorsicht gewisse Schlüsse gezogen werden.

Die Hauptfrage ist dann aber natürlich: wird denn nun in der Türkei in absehbarer Zeit ein so gewaltiges Quantum an Fracht zur Verfügung stehen? Nun wissen Sie vielleicht aus dem kleinen Aufsatz, den ich zu der Frage beigetragen habe, daß ich da sehr skeptisch bin. Herr Löß hat schon erwähnt, daß die Reform des Steuerrechtes vorangehen muß, und ich habe alles Vertrauen zu der Reformslust des türkischen Beamtentums, das im Kriege sicherlich auch vieles gelernt hat und das wohl auch bei den bevorstehenden Reformen sich in nicht unbeträchtlichem Umfange deutscher Hilfe bedienen wird. Aber daß es möglich sein sollte, in absehbarer Zeit ein Steuerrecht, das ja ganz und gar unbeliebt ist, das aber auch ganz ausschließlich mit dem Grundbesitz verbunden ist, nun so zu reformieren, daß der Grundbesitz von dieser Steuerpflicht im wesentlichen frei wird, das erlaube ich mir doch für höchst unwahrscheinlich zu halten.

Aber noch wichtiger als das Steuerrecht ist die Reform des Besitzrechtes, die sich in der Türkei vollziehen muß, ehe eine starke Steigerung der Bodenproduktion herausgeholt werden kann. (Sehr richtig!) Das Besitzrecht liegt als schwerstes Hemmnis auf der Produktivität, und das ist wiederum etwas, was sich nicht im Handumdrehen, ohne jede Vorbereitung ändern läßt.

Und dann schließlich das letzte: gerade bei der Produktion des Grund und Bodens spielt bekanntlich die menschliche Arbeitskraft noch eine sehr große, ja die schlechthin entscheidende Rolle, und an der fehlt es bekanntlich in der Türkei am allermeisten. Menschen müssen erst einmal dorthin geschafft, oder richtiger gesagt, Menschen müssen da an Ort und Stelle geschaffen werden; denn von nennenswerter Einwanderung wollen wir doch heute, meine ich, überhaupt nicht mehr reden. Eher kann von einer Steigerung der Produktion in großem Umfange nicht gesprochen werden, und das erfordert nicht bloß eine Bevölkerungszunahme, sondern vor allen Dingen eine sehr starke Gesundungsaktion, da die türkische Bevölkerung Kleinasiens und Mesopotamiens anerkannt von Krankheiten durchseucht ist, die die Bevölkerung, mehr noch als die langen Kriege der letzten Jahre und Jahrzehnte, immer wieder dezimiert haben. Das sind alles Dinge: Steuerrecht, Besitzrecht, Bevölkerungsgröße, die gewiß im Laufe der Zeit sich reformieren lassen, wie auch hierfür deutsche Verwaltungshilfe, wie vor allen Dingen deutsches Kapital und wissenschaftliche Hilfe der Türkei zugute kommen können, bei denen es sich aber doch immer um Handlungen handelt, die weit-ausschauend sind und deshalb besser als Quantitätselement zunächst nicht in die Rechnung eingestellt werden.

Trotzdem, meine Herren, komme ich zu dem Resultat, daß für uns wiederum unter politischen Gesichtspunkten ein Ausbau des türkischen und des Balkan-Eisenbahnnetzes seine sehr große Bedeutung haben kann und haben muß. Ich stehe nämlich nicht auf dem Standpunkt, daß man da nicht zwischen der Kriegs- und Friedensbedeutung unterscheiden dürfe; sondern ich glaube vielmehr doch annehmen zu können, daß ein Eisenbahnnetz, wie es sich im Anschluß an Bagdad-Berlin entwickeln wird und entwickeln muß, im Frieden eine andere Bedeutung als im Kriege haben kann und haben wird. Meine Herren, wir haben uns viel zu sehr daran gewöhnt, Eisenbahnen großer Länge als große Durchgangsstrecken zu betrachten. Wir haben den transkontinentalen Bahnen Amerikas immer eigentlich von europäischer, nicht etwa nur

von deutscher Seite die Hauptausmerksamkeit unter dem Gesichtspunkte geschenkt: wie verbinden diese Strecken — die Pazifikbahnen — die beiden Ozeane miteinander? Wenn die Sibirische Bahn in den Bereich der Überlegungen gezogen wurde, dann haben wir auch gefragt: welche Rolle wird sie als großer internationaler Durchgangsweg zwischen Ostasien und Europa zu spielen haben, und bei der Bagdadbahn taucht, wie gesagt, dasselbe auf. Tatsächlich kommt aber doch kein Mensch darauf, etwa die Strecke Berlin—Köln lediglich unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, wie der Verkehr Lissabon—Petersburg durch diese Strecke gefördert wird. Ja, selbst die Strecke Berlin—Potsdam wird heute nicht mehr unter dem Gesichtspunkte betrachtet, wie sie den Verkehr von Berlin nach Köln oder sonst nach dem Westen fördert. Wir haben längst gelernt, die eigentliche Friedensbedeutung solcher Linien in der Bedienung des lokalen Bedürfnisses zu erblicken. Das gilt z. B., wo ich aus eigener Anschauung und Erfahrung sprechen kann, in vollem Umfang auch längst für die Sibirische Bahn. Die Sibirische Bahn hat im lokalen Verkehr innerhalb Sibiriens eine unendlich viel größere Bedeutung, als ihr als Transkontinentalbahn, als große Überlandbahn zukommt. Und genau so muß es auch mit Bagdad—Berlin sein. Ihre Hauptbedeutung wird darin liegen, gewisse Teile dieses Gebietes miteinander in Verbindung zu bringen. Gerade im Bereich der Anatolischen und der Bagdadbahn sind ja sehr starke klimatische und Bodenunterschiedlichkeiten vorhanden, die da einen gegenseitigen Austausch herbeiführen, zumal ja auch noch der Austausch der gewerblichen Produkte und der gewerblichen Fähigkeiten hinzukommt. Das schließt aber nicht aus, daß eine solche Bahn im Kriege als Grundbedingung des Gütertransports auf weite Entfernungen in Betracht gezogen werden muß und gezogen werden kann. Meiner Überzeugung nach wird es sich so abspielen: im Frieden wird diese Strecke im wesentlichen vom Lokalverkehr getragen und nur insofern für den internationalen Verkehr bedeutsam, als sie das Erreichen des nächsten Seehafens natürlich erleichtert. Im Kriege tritt dagegen gerade die Bedeutung als internationale Transportstraße hervor, weil wir dann wieder mit der Möglichkeit rechnen müssen, wieder einmal abgeschnitten zu werden, und deswegen ohne Rücksicht auf die Kosten, ohne Rücksicht auf die Frachten, die dann erlegt werden müssen, die Bahn auch auf sehr weite Entfernungen hin zur Beschaffung aller möglichen, schwer entbehrlichen oder gar unentbehrlichen Güter zu benutzen. Und das ist der Ge-

sichtspunkt, unter dem wir vom deutsch=egoistischen, deutsch=wirtschaftlichen Interesse her an die Beurteilung dieser großen Bahnbauten meiner Überzeugung nach herantreten müssen. Der Friedensverkehr hat für uns die Bedeutung, die Kosten zu tragen, weil wir nicht jahrs aus, jahrein für Milliardenbeträge Zins oder Amortisation aufbringen können, ohne daß uns vom Verkehr selbst geholfen wird; im Kriege aber ein Notbehelf, den wir vielleicht doch einmal brauchen. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, der vorhin — ich weiß nicht mehr, welcher der Herren es war — zum Ausdruck gebracht wurde, daß wir nach Beendigung dieses Krieges damit rechnen können, daß die finanzielle Erschöpfung uns auf absehbare Zeit vor einer ähnlichen Gefahr bewahren wird. Vielleicht — vielleicht auch nicht. Wir werden, glaube ich, gut tun, uns auf alle Eventualitäten vorzubereiten (Sehr richtig!) und auch damit zu rechnen, daß in dem Augenblick, wo wir anfangen zu erstarren, England sich wiederum für den Stärkeren hält.

A. v. der Leyen: Meine Herren! Wir haben uns etwas weit von dem Thema entfernt. Bagdad liegt vorerst noch nicht in Österreich-Ungarn (Heiterkeit), und wir wollten doch von den Verkehrsbeziehungen zwischen Österreich, Ungarn und Deutschland sprechen.

Nun hat ja Herr Wiedenfeld schon viele von den ganz phantastischen Zahlen widerlegt, die Herr Ballod uns genannt hat. Meine Herren, wenn man hier eine sogenannte Massengüterbahn zwischen dem Rhein und Hannover, die auf die billigste Weise — ich glaube, für 100 000 Mk. das Kilometer — gebaut werden sollte, die mit einem riesigen Verkehr nach beiden Richtungen und mit einem außordentlich billigen Betriebe rechnen sollte und von der man annahm, daß sie besser als ein Kanal den Massenderkehr bewältigen könne, wenn man eine derartige Bahn mit einer Bahn von Berlin nach Bagdad vergleicht (Heiterkeit), ja, da weiß der Eisenbahner wirklich nicht, was er dazu sagen soll. Und ebenso dieser Vergleich der transkontinentalen amerikanischen Bahnen mit der Bahn von Berlin nach Bagdad. Ich habe gewiß nichts gegen statistische Vergleiche, aber diese haben doch nur Wert, wenn sie sich auf einigermaßen gleichartige Verhältnisse beziehen. Nun liegen die Verhältnisse dort doch so ganz anders (Bestimmung), daß man sie wirklich nicht mit denen einer Bahn durch einen Teil von Mitteleuropa vergleichen kann.

Außerdem ist Herr Ballod ganz falsch unterrichtet: der Verkehr

etwa von San Franzisko nach Newyork ist ein ganz unbedeutender, der Hauptverkehr bei den transkontinentalen Bahnen ist ein sozusagen lokaler. Er bewegt sich zwischen den großen Handels- und Industriegebieten der Union, die von den Überlandbahnen berührt werden. Und die Frachtfäße in den mittleren und vor allen Dingen den westlichen Gebieten Nordamerikas gehören zu den teuersten, die die dortigen Bahnen erheben. Billig sind sie nur für den Massenverkehr zwischen den Mittelstaaten und den östlichen Häfen. Außerdem möchte ich noch bemerken: es ist ein grober Irrtum, daß die österreichischen Tarife weniger gestaffelt sind als die deutschen. Gerade das umgekehrte ist der Fall. Das Staffelprinzip ist in Österreich in viel weiterem Umfange durchgeführt als bei uns. Die Folge davon ist, daß die österreichischen Tarife auf weite Entfernungen billiger sind; auf nahe Entfernungen sind sie verhältnismäßig teurer. Mit Durchschnitten, wie sie uns genannt sind, kann man gar nichts anfangen, die beweisen nichts.

Meine Herren, nun möchte ich noch einiges auf die Ausführungen des Herrn Loh erwidern, wobei ich mich auf das beziehen kann, was ich in meiner in dem Schriftenband unseres Vereins veröffentlichten Abhandlung ausführlicher dargelegt habe. Die Frage, ob eine wesentliche Annäherung in den Eisenbahntarifen, eine größere Vereinheitlichung — möchte ich sagen — der deutsch-österreichischen Eisenbahntarife zu erreichen ist, zur Not auch ohne einen innigeren Zollanschluß habe ich unbedenklich bejaht. Wir besitzen heute schon einen gemeinschaftlichen deutsch-österreichisch-ungarischen Gütertarif, dessen erster Teil, die Allgemeinen Bestimmungen, vollkommen identisch ist mit dem deutschen Tarife, und dessen zweiter Teil, die Gütertarifvorschriften, derartig ist, daß bereits eine vollständige Vereinheitlichung geplant wird und, soweit ich gehört habe, schon in Arbeit ist. Man hofft bestimmt darauf, daß diese zweite Grundlage eines gemeinschaftlichen Tariffs, einheitliche Tarifvorschriften, auch unschwer zu erreichen sein wird. Nun kommt die Güterklassifikation; die wird größere Schwierigkeiten machen. Ich habe vorgeschlagen, daß man versuchen sollte, in ähnlicher Weise zu einer einheitlichen deutsch-österreichisch-ungarischen Güterklassifikation allmählich zu kommen, wie wir zu einem gemeinsamen deutschen Gütertarif gekommen sind. Vergegenwärtigen Sie sich einmal die Verhältnisse, wie sie bis zum Jahre 1876 in Deutschland gewesen sind, wo wir eine Reihe mächtiger selbständiger Privat-

bahnen und eine Anzahl verhältnismäßig wenig ertragreicher Staatsbahnen hatten, Bahnen mit den allerverschiedensten Tarifen und Tarifvorchriften. Diese haben sich schließlich im Jahre 1877 über einen einheitlichen Gütertarif verständigt, und sie haben gleichzeitig, um diesen einheitlichen Gütertarif aufrechtzuerhalten, Einrichtungen getroffen, indem sie die sogenannte Generalkonferenz, ferner die Ständige Tarifkommission und endlich den sogenannten Ausschuß der Verkehrsinteressenten eingesetzt haben. Der letztere ist ein Kollegium von Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie, das mit der Ständigen Tarifkommission zusammenarbeitet, um die Gemeinschaftlichkeit des Tarifs aufrechtzuerhalten und vor allen Dingen auch den Tarif nach den Bedürfnissen des Verkehrs fortzubilden. Ich habe diese Verhandlungen von Anfang an mit erlebt. In der ersten Zeit waren sie natürlich schwer, da plätzten die Gegenfänge scharf aufeinander. Nachher hat sich dies aber immer mehr durch die gemeinsame Arbeit ausgeglichen; der weitere Ausgleich ist dann allerdings auch durch die Verstaatlichungen erleichtert worden. Während man anfangs vollständig darauf verzichtet hatte, normale Einheitssätze einzuführen, so ist man tatsächlich ganz von selbst dazu gekommen, daß wir nun auch in Deutschland für den Normaltarif mit ganz geringen Ausnahmen einheitliche Sätze besitzen.

Sollte es nicht möglich sein, in dieser Weise auch in Österreich vorzugehen? Sollte es sich nicht machen lassen, daß aus Vertretern der deutschen, der österreichischen und der ungarischen Bahnen ähnliche Gremien gebildet werden, wie die Generalkonferenz, die Ständige Tarifkommission und der Ausschuß der Verkehrsinteressenten, die regelmäßig zusammentreten und allmählich zu einem wirklichen einheitlichen Normaltarif zu gelangen? Ich halte ein derartiges Zusammengehen nicht für ausgeschlossen. Es wird sich nicht so leicht bewerkstelligen lassen wie in Deutschland; aber das Ziel ist auch in Deutschland nicht von heute auf morgen erreicht worden, und schließlich ist es doch erreicht.

Zu den Normaltarifen kommen nun die Ausnahmetarife, in denen die deutschen Eisenbahnen ebenfalls nahe Fühlung miteinander genommen haben. Das wird allerdings für Österreich und Ungarn schwieriger sein, und da halte ich es für zweckmäßig, daß, sobald man sich über gewisse Grundsätze verständigt hat, dann eine kleine Konferenz von Sachverständigen zusammentritt, die zunächst prüft, in welchem Ver-

hältnis die jetzigen Ausnahmetarife zu den neuen Zolltarifen stehen, und daß dann auch Einrichtungen getroffen werden, durch die ein ähnliches Verfahren über die weitere Bildung von gemeinsamen Ausnahmetarifen sichergestellt wird. Das sind Rechnungsfragen, die später entschieden und die natürlich von sachverständigen Leuten geprüft werden müssen, insbesondere auch darauf, wie weit die wirtschaftlichen Verhältnisse der Länder dadurch beeinflußt werden können, vor allen Dingen aber auch daraufhin, ob die Tarife mit den Zolltarifen im Einklang stehen. Meine Herren, das ist in Deutschland durch freiwillige Vereinigung der Bahnen geschehen; wir haben auch heute noch in Deutschland kein Gesetz, in dem es irgendwie vorgeschrieben ist, daß die Eisenbahntarife mit den Zolltarifen in Einklang stehen müssen.

Ich glaube, wenn man sich auf diesen Boden der Tatsachen stellt, wenn man ferner erwägt, daß zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn seit 70 Jahren diese große Einheitlichkeit des Betriebes und des Baues der Bahnen im Schoße des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen durchgeführt worden ist, so wird es nicht so schwierig sein, zur Einheitlichkeit im Tarifwesen zu gelangen, ohne daß man solchen phantastischen Projekten nachzugehen braucht, wie z. B. der deutsch-österreichisch-ungarischen Betriebs- und Finanzgemeinschaft. Die brauchen wir nicht; wir können ja in Deutschland auch leben, ohne daß etwas Derartiges vorhanden ist. Lassen Sie uns also diese großen Pläne mit dem Orient einstweilen einmal zurückstellen und unser Bestreben darauf richten, daß wir in der Weise, wie ich es darzulegen versucht habe, zunächst einmal die Grundzüge ermitteln, wie wir zu einer Verbesserung der Tarifverhältnisse zwischen Österreich, Ungarn und Deutschland gelangen können.

Gothein-Breslau: Meine Herren! Als wir im letzten Herbst endlich dazu kamen, mit Rumänien einen Vertrag über die Einfuhr von Getreide und Futtermitteln abzuschließen, da war das Quantum, das wir von Rumänien beziehen konnten, im wesentlichen durch die Leistungsfähigkeit der Verkehrsmittel begrenzt. Wir hätten viel mehr von Rumänien erhalten können; aber wir konnten es nicht hineinbekommen, weil unsere Verkehrswägen es nicht zu leisten imstande waren. Der Grund war einmal die absolute Unzulänglichkeit der ungarischen Bahnen, die eingleisig und sehr wenig leistungsfähig sind, und andererseits die mangelhafte Leistungsfähigkeit der Donau. Wenn inzwischen die

Mengen, die wir von Rumänien einführen können, größer geworden sind, wenn das, was in dem neuen Vertrag mit Rumänien festgesetzt worden ist, wesentlich über das hinausgeht, was im ersten Vertrage für eine gewisse Zeit festgesetzt war, so liegt dies zum Teil daran, daß inzwischen die ungarischen Bahnen leistungsfähiger ausgebaut und mit vollendem Material versehen worden sind. Das wäre eine Arbeit gewesen, die dringend notwendig schon im Frieden hätte gemacht werden sollen; denn die Leistungsunfähigkeit der ungarischen und gewisser anschließender österreichischer Bahnen war auch im Frieden bereits eine beispiellose. Wer die Verhältnisse dort an der österreichisch-schlesischen Grenze kennt, der weiß, daß der Rückgang der Zufuhr ungarischer und steirischer Eisenerze nach dem Witkowitzer Revier wie nach Oberschlesien zurückzuführen ist einerseits auf die hohen Frachten, andererseits aber und vor allen Dingen auf die Mangelhaftigkeit der Verkehrseinrichtungen auf den ungarischen und anschließenden Bahnen, was gar nicht selten dahin führte, daß für 14 Tage wegen Überfüllung der Strecken überhaupt keine Güter angenommen wurden. Daß natürlich das ganze Erwerbsleben in Österreich und Ungarn, daß jede industrielle Entwicklung darunter gelitten hat, weil man keine Sicherheit hatte, daß man die Erze in regelmäßigen Bezügen verfrachten konnte, und daß die Eisenzausfuhr aus Österreich-Ungarn darüber enorm zurückgegangen ist, das liegt zum größten Teile an diesen Verhältnissen. Und, meine Herren, was strategisch unter diesen Verhältnissen gelitten worden ist, und wie sich die ganze Kriegslage in Galizien und in den Karpathen anders gestaltet haben würde, wenn dort leistungsfähige Eisenbahnen vorhanden gewesen wären — ich glaube, darüber weiß jeder, der sich auch nur eine Spur damit beschäftigt hat, ein trauriges Lied zu singen.

Meine Herren, wir haben nun natürlich in militärischer Hinsicht ein außerordentliches Interesse daran, daß diese Eisenbahnverbindungen wesentlich verbessert werden, wie auch ebenso im Ernährungsinteresse, damit wir wenigstens, wenn wieder einmal eine derartige Verwicklung vorkommen sollte, in der Lage sind, mit den Transportmitteln das zu leisten, was wir an Lebensmitteln, an Futtermitteln, an Benzin, Petroleum usw. von dort hereinbekommen können.

Nun ist es ja für Ungarn eine außerordentliche schwierige Aufgabe, bei der Ungunst der finanziellen Verhältnisse nach dem Kriege, wo die Finanzen sich noch wesentlich schlechter stellen werden, den Ausbau der

Bahnen in einer den militärischen und auch den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Weise vorzunehmen. Meine Herren, da wird, obgleich uns das Geld ja auch sehr knapp sein wird, wohl kaum etwas anderes übrigbleiben, als daß wir mit unserem Kapital helfen, das Eisenbahnnetz zum Anschluß an Rumänien und Bulgarien in verschiedenen Linien besser auszubauen. Ich meine, der Weg dazu ist der durch den Gotthard-Bahnvertrag gegebene, wo wir ja auch seinerzeit eine Beteiligung Deutschlands an den Baukosten der Gotthardbahn, und entsprechend auch einen Anteil an den Einnahmen gehabt haben. Natürlich ging Hand in Hand damit eine Vereinbarung über die Gestaltung der Tarife, über die Gleichmäßigkeit der Frachten. Gerade auf dem Gebiete der Frachten haben wir ja ganz besonders in Ungarn wohl alle zu klagen (Sehr wahr!); denn da ist das System der Rejaktien — Rejaktie, wie der Ungar sagt — ganz besonders ausgebildet. Das heißt, es ist zwar gesetzlich verboten, aber es wird tatsächlich in recht umfangreichem Maße gehandhabt, so daß die deutschen Verfrachter seit alters her bittere Klage darüber führen. Ich meine aber, wenn auf diesem Wege der Ausbau der Bahnen unter Beihilfe von deutschem Kapital, das Ungarn zu diesem Zwecke auf das allerdringendste benötigte, erfolgt, so würden wir hier auch in der Lage sein, weitgehende Verabredungen zu treffen. Das System der Ausnahmetarife ist ja allerdings in Österreich sowohl wie in Ungarn außerordentlich ausgebildet, und zwar möglichst so, daß der Tarif erst einige Kilometer von der Grenze beginnt. Das war für uns Deutsche wieder eine recht unbequeme Angelegenheit. Es wird verwiesen auf das Prinzip, das ja auch Exzellenz von der Leyen soeben vertreten hat: Einklang mit der Zollpolitik. Meine Herren, das ist doch ein etwas gefährliches Prinzip, wenn es so angewendet wird; wir tun es ja zum Teil leider auch. Ich bin anderer Meinung über die Vorteile eines derartigen Prinzipis. Jedenfalls würde es dahin kommen müssen, daß wir wenigstens diese Differentialtarife dahin abändern, daß, wenn die Grenzstation weiter ist als die nächste Versandstation, mindestens derselbe Einheitszoll für die ganze Strecke von der Grenze bis zu der Empfangsstation gewährt wird. (Exz. von der Leyen: Wir haben es auch!) — Das habe ich ja eben gesagt, daß wir auf diesem Gebiete auch sündigen, und deshalb stimme ich Ihnen nicht zu, daß das ein gesundes Prinzip ist, sondern wenn wir zu einer vernünftigen Annäherung kommen wollen, so werden wir dieses Prinzip fallen lassen müssen.

Nun, meine Herren, war auch die Leistungsfähigkeit der Donauwasserstraße außerordentlich begrenzt. Die Ungarn haben ja seinerzeit den Fehler gemacht, das Eiserne Tor mit einem offenen Kanal, ohne Schleusen, zu regulieren, so daß es heute tatsächlich nur eine ganz beschränkte Leistungsfähigkeit hat. Ich habe den Ungarn bereits damals, als ich zur Eröffnung dort war, dringend geraten, sie möchten wenigstens eine Schleppzugsbahn um das Eiserne Tor herumbauen, auf der mit Lokomotiven die Schiffe durch den Kanal getreidelt werden; sonst würde das Eiserne Tor niemals leistungsfähig werden. Aber sie waren damals so stolz auf das, was sie geleistet hatten, daß sie darauf nicht eingehen wollten. Gegenwärtig wird ja daran gearbeitet, die Verhältnisse dort auf die von mir vorgeschlagene Weise zu verbessern. Die beste technische Lösung durch einen Schleusenkanal ist erst in einigen Jahren möglich. Es fehlt aber außerdem in ganz kolossalem Maße auf der Donau an Schiffsmaterial. Es wird ja jetzt gebaut; aber das Schiffsmaterial läßt sich nicht bauen für die Bedürfnisse einer kriegerischen Verwicklung. Die Donau ist ja ein Fluß, der umgekehrt fließt. (Heiterkeit.) Sie hat nämlich bloß Bergfrachten; alle Massenartikel kommen aus dem Unterlauf heraus und müssen verhältnismäßig teuer gegen den starken Strom heraufgeschleppt werden. (Zuruf: Beim Rhein ebenso!) — Aber nicht entfernt in dem Maße; das Verhältnis ist dort unendlich viel günstiger. Auf der Donau sind nur 5 % der Bergfrachten Talfrachten, und meine Herren, auf der Oder haben wir seit einigen Jahren 60 % der Bergfrachten an Talfrachten. Das ungünstige Verhältnis der Donau läßt sich aber beseitigen, wenn man den Donau-Oder-Kanal baut, der allein von allen Verbindungen der Donau die nötigen Massenfrachten zu führen kann, und zwar in erster Linie Kohle aus dem Mährisch-Östrau-Witkowitzer und dem oberösterreichischen Revier. Auf diese Weise würde natürlich der ganze Donauverkehr durch die Beschaffung von Talfrachten eine gewaltige Belebung erfahren, und es würde für den Fall einer Verwicklung dann auch schließlich die Möglichkeit dort vorhanden sein, das deutsche Schiffsmaterial auf die Donau zu überführen. Ich glaube, daß damit ein riesiger Aufschwung sowohl des österreichischen wie des ungarischen Wirtschaftslebens eintreten würde, die ja heute ganz besonders unter dem Mangel und der Teuerung von Brennmaterialien leiden, die dann wesentlich billiger dorthin verfrachtet werden könnten.

Auch mit den anderen Donaustaaten würde es uns Beziehungen

bringen, die höchst günstige wären und die wahrscheinlich uns den Bezug vieler Artikel, namentlich auch von Getreide wenigstens nach Süddeutschland sowohl wie nach Schlesien aus Rumänien ermöglichen würden, desgleichen auch von allen Mineralölen, die für die Kriegsführung von ganz besonderer Bedeutung sind. Und ferner würde uns das auch beim Erzbezug in höherem Maße unabhängig machen. Denn wenn wir mit der Möglichkeit eines späteren Krieges rechnen, so doch auch damit, daß uns der Bezug schwedischer Erze dann auch nicht mehr in dem Maße möglich sein wird wie bisher; denn die Russen werden auch U-Boote bauen und können dann ebenso wie es die Engländer jetzt in der Ostsee getan haben, unsere Schiffahrt schädigen.

Nun ist gesagt worden: Ja, wenn die Österreicher früher, vor dem Kriege, als die Verhältnisse besser waren, die 120 Millionen Mark für den Oder=Donau=Kanal nicht aufbringen konnten, wie soll das nach dem Kriege werden? Auch da würde der Weg gangbar sein, den wir bei der Gotthardbahn gegangen sind, daß der Kanal international gebaut wird, wobei wir natürlich auch die Möglichkeit haben müßten, diese Wasserstraße alsdann zu denselben Tariffällen zu benutzen, wie ja auch die Österreicher und Ungarn unsere Wasserstraßen zu den gleichen Bedingungen benutzen können wie wir selbst.

A. Ballod: Ich möchte nur noch kurz sagen: für mich war es eine außerordentliche Beruhigung, daß Exzellenz von der Lehre gemeint hat, daß man mit den Österreichern doch verhandeln und zu einem vernünftigen Übereinkommen gelangen kann. Gerade deswegen ist es mir aber vollständig unklar, warum gerade ein solcher Massentransport auf der Bahn Berlin—Bagdad eine Utopie sein soll. Die Gebiete, aus denen das Getreide in Amerika hauptsächlich kommt, Dakota, Minnesota usw., liegen doch 3000 km vom Hafen entfernt, und New York ist doch kein Konsumgebiet, sondern das Konsumgebiet liegt in Europa. (Zuruf: Das geht doch zum größten Teil über die Seen!) — Im Winter geht es zu Lande; kommt schnelle Lieferung in Betracht, so ist immer richtiger, auf dem Landwege zu transportieren. Und was Sibirien anlangt, so weiß, glaube ich, Herr Wiedenfeld gerade am besten, daß der Grund, warum Sibirien nicht mehr viel Getreide ausführt, darin liegt, daß es mit den Staffeltarifen gebrochen hat. (Herr Wiedenfeld: Aber seit vier Jahren nicht mehr!) Sodann sind auch die Entfernungen viel größere; es sind doch von Mittelsibirien bis

zum Hafen 4000 km. Außerdem ist Ostsibirien ein Getreideeinfuhrgebiet, weil es Bergwerksgebiet ist. Und was die Rostspieligkeit des Bahnbaues angeht, so möchte ich nur bemerken, daß gerade Österreich für diesen Bahnbau noch sehr gut seine Wasserkräfte verwenden kann; und daß gerade auch am Oberlauf des Tigris und des Euphrat ungeheure Wasserkräfte herauszuholen sind, die man für die Elektrisierung der Bahn verwenden könnte, dürfte auch auf der Hand liegen.

Vor allen Dingen liegt die ganze Frage doch so, ob wir nicht im Interesse unserer nationalen Sicherheit diese Möglichkeit der Massentransporte anzustreben haben. Wenn wir selbstverständlich der Überzeugung sind: nach diesem Kriege kommt niemals wieder ein Krieg, es wird dann ein wahrer Völkerfrühling anbrechen und gar keine Gefahr mehr uns dräuen, dann können wir natürlich auf eine derartige Sicherung verzichten. Wenn das aber nicht der Fall ist, dann ist dieser Weg doch sehr zu beachten.

Auch die wirtschaftlichen Hindernisse, die namentlich von Herrn Wiedenfeld erwähnt wurden, vermag ich nicht so hoch anzuschlagen. Wenn er auf die Schwierigkeiten im Besitzrecht hingewiesen hat — ja, du lieber Himmel, in Babylonien ist fast alles Staatsland. Es ist ja eine halbe Wüste; es soll ja erst etwas daraus gemacht werden. Was aber das Grundsteuerrecht angeht, so braucht man ja bloß den jetzigen Zehnten in eine Hektarabgabe umzuwandeln. (Herr Wiedenfeld: „Bloß?“) — Ja selbstverständlich!

Und endlich der Mangel an Arbeitskraft! Meine Herren, wir dürfen nicht unterschätzen, daß es sehr viele Araber gibt und daß der Araber außerordentlich intelligent ist. Außerdem dürfte doch wohl bekannt sein, wie bei einer Modernisierung der Landwirtschaft doch nur verhältnismäßig wenig Arbeitskräfte notwendig sind, um eine Steigerung der Produktion zu erzielen. Wenn ich nicht irre, kommt beispielweise in Argentinien auf 20 Tonnen Weizenerzeugung nur eine Arbeitskraft. Weshalb sollte das in Babylonien nicht auch möglich sein?

R. Wiedenfeld: Meine Herren, nur noch eine Bemerkung! Herr Ballod meinte eben, die Frage des Besitzrechtes sei nicht so schlimm. Da darf ich vielleicht auf folgendes hinweisen: Die Anatolische Bahn hatte in der Ebene von Konia 40 000 ha bewässert, und zwar auf Rechnung der türkischen Regierung. Diese Bewässerung ist technisch aus-

gezeichnet abgelaufen und hatte, wie gesagt, ungefähr 40 000 ha siedlungsfähiges Land ergeben. Nach dem Balkankriege hat die türkische Regierung Mohammedaner aus der früheren europäischen Türkei hierher gebracht. Als die dort ankamen, stellte sich heraus, daß die Besitzrechte der Nachbargemeinden der Ansiedelung entgegenstanden. Vorher hatte sich keine Räze um dieses trockene Gelände gekümmert; als aber die Bewässerung Aussichten auf Produktion und Fruchtbarkeit eröffnete, siehe, daß kamen die Besitzer von allen Seiten, um ihre Rechte geltend zu machen. Und dieser Anspruch war so gut begründet, daß die ganze Siedlungsaktion daran gescheitert ist. So liegt es tatsächlich mit dem Besitzrecht in der Türkei.

Vorsitzender: Meine Herren! Wir haben nunmehr die Aussprache über die verkehrspolitischen Probleme zum Abschluß gebracht. Ich glaube, daß die ganzen Erörterungen der Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu einer Reihe von beachtenswerten Gesichtspunkten geführt haben. Es ist demzufolge anzunehmen, daß auch in weiteren Kreisen ein Interesse besteht, von diesen Ausführungen Kenntnis zu erhalten, und somit deren Veröffentlichung in Erwägung gezogen werden kann.

(Die Veröffentlichung wird nach kurzer Aussprache beschlossen.)

Zwei Nachworte.

1. M. Hainisch - Wien.

Exzellenz von Schmoller hatte die Güte, mir die Fähnen der vorstehenden Verhandlungen senden zu lassen und mich einzuladen, diese durch einige Bemerkungen zu ergänzen. Ich komme dieser Einladung mit um so herzlicherem Danke nach, als ich den Eindruck bejteigen möchte, daß der Standpunkt, den Spann und Hartmann in der Ausschusssitzung vom 5. April vertraten, etwa nur von ihnen allein eingenommen würde. Nein, in dem Wunsche nach einer möglichst allseitigen und innigen Verbindung der beiden Zentralmächte stimmt die ganze Intelligenz Deutsch-Österreichs, sie mag sonst noch so verschiedenen Richtungen angehören, überein. Der Grund, warum Deutsch-Österreich auch handelspolitisch einen möglichst innigen Anschluß an das Deutsche Reich wünscht, ist zunächst allerdings politischer, aber, wie ich in der Folge noch aus-

zuführen haben werde, keineswegs ausschließlich politischer Natur. Aus politischen Gründen wünschen wir eine möglichst innige Verbindung mit dem Reiche, weil wir von ihr eine Sicherung unserer nationalen Existenz und eine Verstärkung unserer Stellung in Österreich erwarten. Nur wenn es uns gelingt, in den alten deutschen Bundesländern wieder maßgebenden Einfluß zu erlangen, kann — und das ist auch die Meinung der Altväter, denen nationale Regungen vollkommen fremd sind — der Staat reorganisiert werden.

Ich weiß nun sehr wohl, daß die Masse der Reichsdeutschen der Frage unserer Existenz ziemlich teilnahmlos gegenübersteht. Sie über sieht dabei, daß die Erhaltung und Kräftigung des deutsch-österreichischen Stammes zugleich auch eine Lebensfrage für das Deutsche Reich selbst ist. Ein Blick auf die Landkarte lehrt, daß das Deutsche Reich, wie es im Jahre 1866 aus dem deutschen Volkskörper herausgeschnitten wurde, ein geographisches Monstrum ist, das nur leben kann, wenn es des südlichen Nachbars unbedingt sicher ist. Bisher war diese Sicherung allerdings schon dadurch gegeben, daß ureigenstes Interesse Österreich gebieterisch an die Seite des Deutschen Reiches wies. Ob dies in Zukunft ebenso der Fall sein wird, scheint mir zweifelhaft zu sein. Es läßt sich, der Krieg mag günstig oder ungünstig enden, recht wohl denken, daß die Reibungsf lächen zwischen Österreich und Rußland verkleinert werden. Dann hätte Österreich seine Hände frei und könnte auch den Anschluß an die Westmächte ins Auge fassen, da zwischen ihm und diesen gar keine wirtschaftlichen Interessengegensätze bestehen. Die Wiener Finanzwelt hat von jeher starke Neigungen zu Frankreich gehabt und eine Neuorientierung der auswärtigen Politik wurde vor dem Kriege nicht nur von den Slaven sondern auch von dem radikalsten Flügel der Magyaren mit größtem Nachdrucke verlangt. Eine solche Neuorientierung wird nur dann ein Ding der Unmöglichkeit, wenn dem Deutschtum ein maßgebender Einfluß auf die Politik des österreichischen Staates eingeräumt wird. In der Sitzung vom 6. April kam freilich alle „Ideologie“ nicht gut weg. Vollkommen mit Unrecht, wie gerade die Erfahrung der jüngsten Zeit erwiesen hat. Denn ohne die warme Unterstützung Großbritanniens durch die englisch sprechenden und englisch fühlenden Bewohner der amerikanischen Union wäre der Weltkrieg wohl längst zu Ende.

Man wird mir den Vorwurf machen, ich bewegte mich auf rein politischem Gebiete, während doch wirtschaftliche Fragen auf der Tages-

ordnung stünden. Ich darf nun wohl darauf verweisen, daß auch in der Debatte von einzelnen Rednern, so insbesondere von Max Weber, Erwägungen politischer Natur in den Vordergrund gestellt wurden. Ich halte aber auch überhaupt in der modernen Gesellschaftsordnung eine scharfe Trennung von Staats- und Wirtschaftspolitik für ein Ding der Unmöglichkeit. Beide sind so innig miteinander verwoben, daß die ganze äußere Politik, wenn sie auch nicht direkt die Erreichung wirtschaftlicher Ziele im Auge hat, in der Regel nur die Wirtschaftspolitik auf längere Sicht ist.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, will es mir scheinen, daß sich die Gegner einer wirtschaftlichen Annäherung entweder zu sehr von den Interessen der Gegenwart leiten lassen oder ihre Schlüsse auf Grund der Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit ziehen. Ich freue mich feststellen zu können, daß dies schon in der Debatte von einzelnen Rednern bemängelt wurde. Was das Deutsche Reich anlangt, so spielt die Besorgnis eine Rolle, Deutschland könne dadurch, daß es mit Österreich in eine engere Verbindung tritt, in der Freiheit seiner handelspolitischen Entschließungen gehemmt werden. Da die von Deutschland nach Österreich ausgeführten Güter nur eine kleine Quote seines Gesamtexports ausmachten, stehe das, was man durch die Annäherung gewinnen könne, in keinem Verhältnisse zu dem, was in Frage gestellt werde. Wer diese Auffassung vertritt, geht von der Voraussetzung aus, daß es möglich sein werde, nach dem Kriege den Faden dort aufzunehmen, wo man ihn im August 1914 fallen lassen mußte. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß sich diese Voraussetzung als falsch erweisen wird. Es war uns kein Geheimnis, daß der Deutsche in der Welt nicht gerade beliebt war. Daß es aber den Engländern gelingen werde, ein solches Maß von Haß gegen alles Deutsche zu erregen, das hat uns alle doch in Erstaunen gesetzt. Ich fürchte nun sehr, daß diese Stimmung der Wiederanknüpfung der deutschen Handelsbeziehungen, selbst in den neutralen Ländern, um so größere Hindernisse in den Weg legen wird, als sich ja inzwischen andere an die Stelle des deutschen Kaufmannes gesetzt haben. In den Kolonien der Entente-Länder hat man aber durch Liquidierung deutscher Firmen und Vernichtung der Geschäftsbücher alle Ansätze für den sofortigen Wiederaufbau der deutschen Handelsorganisationen zerstört. Es würde nicht leicht sein, diese Organisationen wieder herzustellen, selbst wenn sonst der frühere Zustand bestehen bliebe. Das scheint mir aber äußerst un-

wahrscheinlich zu sein. Der Krieg, den wir mit England führen, ist, wie wir alle wissen, ein Handelskrieg, in dem es England in äußerst geschickter Weise verstanden hat, einen großen Teil der Opfer durch die Bundesgenossen tragen zu lassen. Endet der Krieg, wie es ziemlich sicher ist, ohne daß England oder Deutschland niedergeworfen wird, so hat England alles Interesse daran, daß, was es mit den Waffen nicht erzielen konnte, in anderer Weise zu erreichen. Die Handelspolitik wird dann nach dem Kriege auch nichts anderes als ein Krieg, wenn auch mit anderen Mitteln, sein. Ich halte es für sicher, daß die weitblickenden englischen Politiker die günstige psychologische Disposition dazu benützen werden, um den Versuch eines möglichst engen Zusammenschlusses des Mutterlandes und der Kolonien zu machen. Gelingt dieser Versuch, so wird Deutschland nicht nur den Export in die englischen Kolonien verloren haben, sondern einem noch fester gefügten britischen Weltreiche gegenüberstehen. Ich fürchte also sehr, daß sich das Deutsche Reich nach dem Kriege handelspolitisch in der Lage eines Mannes befinden wird, dem das Haus abgebrannt ist und der gezwungen wird, es wieder aufzubauen. Ich glaube dieser Neubau wird seine Fenster in der Richtung nach Österreich und den Ländern, zu denen der Weg über Österreich führt, anlegen müssen, der Bauherr mag darüber erfreut sein oder nicht.

Wie mehr als vom Standpunkt der deutschen läßt sich von dem der österreichischen Industrie gegen die Idee des wirtschaftlichen Zusammenschlusses einwenden. Auf einer Reihe von Gebieten ist die deutsche Industrie der österreichischen überlegen. Diese fürchtet nun nicht mit Unrecht, daß der Import in dem Maße zunehmen werde, je mehr die deutsche Industrie an sonstigem Absatz eingebüßt hat. Durch eine Reihe von Maßregeln, wie durch Zwischenzölle und Kartell-rayonierungen wird man diese Flut etwas eindämmen können, und zudem wird der Umstand, daß die Disparität der österreichischen Valuta später verschwinden dürfte, als die der deutschen als Schutzzoll wirken. Aber schließlich kann es — das wissen wir Österreicher ganz genau — ohne Verluste nicht abgehen. Denn was die Konkurrenzunfähigkeit einzelner Industriezweige betrifft, so läßt sich diese mit bestem Willen nicht völlig beseitigen. Man mag das Bildungsniveau einzelner Arbeiterschichten heben, die Besteuerungsgrundlagen ändern und die Verwaltung verbessern: keine Macht der Erde kann die Erz- und Kohlenlager einander näherrücken, den Mangel an einzelnen Rohstoffen be-

seitigen, die Alpen, die ein natürliches Verkehrshindernis bilden, abtragen und den Lauf der Donau ändern. Es wird sich also die Neu gruppierung unserer Industrie, wenn ich mich dieses Ausdrucks bedienen darf, nicht ohne Opfer vollziehen können. Diese Opfer werden, wie Diehl mit Recht bemerkt, die Stimmung einzelner Kreise nicht allzu freundlich gestalten. Dies könnte gefährlich werden, wenn der Bündnisvertrag — um mich eines ganz allgemeinen Ausdrucks zu bedienen — nicht auf eine längere Zeitperiode geschlossen würde. Vor einem halben Jahrhundert, als die industrielle Entwicklung in Deutschland und Österreich noch nicht so weit vorgeschritten war, wäre der Prozeß des Zusammenschlusses schmerzloser verlaufen als er jetzt verlaufen wird. Nun müssen wir für die Kurzsichtigkeit früherer Generationen büßen und Opfer bringen. Aber wann wurden je große technische oder politische Reformen — von militärischen Erfolgen ganz zu schweigen — ohne Opfer zustande gebracht? Es handelt sich nur darum, ob die Erreichung des Ziels die Opfer wert ist.

Diese Frage glauben wir nun auch vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus bejahen zu sollen, und zwar aus folgenden Gründen. Zu den größten Hindernissen unserer wirtschaftlichen Entwicklung gehört zweifellos unser labiles Verhältnis zu Ungarn. Der sogenannte Ausgleich zwischen den beiden Reichshälften wird stets auf zehn Jahre geschlossen. Wiederholt haben uns in der letzten Zeit die Ausgleichsverhandlungen schwere politische Erschütterungen gebracht. Jedesmal mußte aber die österreichische Volkswirtschaft recht bedeutende Opfer bringen, weil sich im österreichischen Abgeordnetenhaus immer Parteien fanden, die sich die Zustimmung zum Ausgleiche zum Nachteil der vorwiegend deutschen Industrie durch nationale oder politische Konzessionen abkaufen ließen. Schritt für Schritt verstand es Ungarn, durch Förderung der eigenen Industrie, durch tari färische Maßregeln und allerlei mit dem Geiste der geschlossenen Vereinbarungen nicht in Einklang zu bringende Verwaltungskunststücke den Abschluß der österreichischen Industrie einzuschränken. Daz̄ solche Zustände nicht gerade dazu ermuntern, in Österreich neue Anlagen zu errichten, ist um so eher einzusehen als jeder mann weiß, daß allen magyarischen Politikern nur das eine Ziel vor schwebt, Ungarn im Laufe der Zeit vollständig von Österreich abzutrennen. Die Unsicherheit, wie lange noch ein gemeinsames Zollgebiet bestehen werde, ist aber nicht das einzige Übel, unter dem unsere Indu-

strie zu leiden hat. Recht schwer fällt auch ins Gewicht, daß der Einfluß, den Ungarn stets auf die österreichische Handelspolitik übte, den Absatz unserer Industrieprodukte nach dem Balkan in hervorragender Weise unterbunden hat. Um das Maß voll zu machen, sei noch erwähnt, daß sich auch die einzelnen Volksstämme Österreichs bemühen, eine eigene nationale Industrie zu schaffen. Eine tschechische Stadtgemeinde kauft natürlich nur bei tschechischen Firmen, und den Beamten slawischer Nationalität wird von ihren Stammesgenossen zugemutet, bei Vergebung von Lieferungen für den Staat die nationale Industrie zu unterstützen. Daß sich der einzelne Industrielle nicht stärker gegen diese Entwicklung wehrt, ist nicht unbegreiflich. In der Regel denkt er doch nur an die nächste Zeit, und zudem ist er in der Lage, sich durch Errichtung von Filialen in Ungarn einen besonderen Vorteil zuzuwenden. Welche Zukunft aber die österreichische Industrie als Ganzes haben muß, wenn die Entwicklung so weiter geht, kann man sich leicht vorstellen. Wir sind nun der Meinung, daß ein wirtschaftlicher Zusammenschluß der Zentralmächte, wenn er auch aus politischen Gründen erfolgte, dem magyarischen Separatismus, vollends aber dem Streben, in Österreich nationale Industrien zu züchten, ein rasches Ende bereiten würde. Denn jede Industriesförderung durch Prämien oder sonstige Begünstigungen würde um so kostspieliger und daher undurchführbarer, je mehr sich die Industrie entsprechend der Größe des Absatzgebietes spezialisieren müßte. Wir glauben also, daß der Reifen, der um die beiden Zentralmächte geschlagen würde, zum mindesten das sicherste Mittel wäre, um ein Auseinanderfallen der beiden Reichshälften zu verhindern und damit unserer Industrie ihr bisheriges Absatzgebiet zu erhalten. Zugleich würde schon jetzt für unsere Industrie der Weg nach dem Balkan frei.

Nehmen wir nun aber auch an, wir täuschten uns, und Ungarn käme, wofür derzeit freilich alle Anzeichen fehlen, zur Einsicht, daß eine Zolltrennung von Österreich nicht von Vorteil wäre, so befände sich die Gesamtmonarchie im Laufe der weiteren Entwicklung im Zu-stande vollkommener wirtschaftlicher Isolierung. Weniger als das Deutsche Reich könnte sie sich gegenüber den Weltmächten behaupten und müßte wirtschaftlichen Anschluß suchen. Jeder solcher Anschluß würde in Zukunft voraussichtlich noch schwerere Opfer kosten als heute, um so mehr als nicht immer die sonstige Lage so günstig wäre wie jetzt. Heute sind die psychologischen Voraussetzungen für

einen Zusammenschluß der Zentralmächte gegeben wie so bald nicht wieder. Hoffen wir, daß sich unsere Staatsmänner nicht durch Vorstellungen, die aus der Erfahrung der Zeit vor dem Kriege stammen, davon abhalten lassen, die Voraussetzungen für die gedeihliche Entwicklung unserer wirtschaftlichen Zukunft zu schaffen!

2. A. Spiethoff - Prag.

Die lange Dauer des Krieges hat die Schwungkraft der antreibenden Gefühle nicht verstärkt. Suchen wir Gelehrte diesen unerfreulichen Zustand nicht noch zu verstärken. In unserm wissenschaftlichen Verein sollen allein verstandesmäßige Erwägungen zur Gelung kommen, aber mit ihnen allein ist noch nie eine große fühe Tat vollbracht. Vor allem darf der Verstand sich nicht darin erschöpfen, die Tatenfreudigkeit zu lähmen, er soll ihr die richtigen Wege weisen. Und sind nicht die ruhmreichsten Überlieferungen unseres Vereins verbunden mit der Voranstellung sittlicher Ideen! Was soll der verantwortliche Staatsmann aus unserer Verhandlung entnehmen? Tausend Bedenken sind geäußert, und ebensoviel Schwierigkeiten sind aufgezeigt. Der Großteil des aufgewendeten Scharfsinnes ist dem gewidmet, was unmöglich sein soll, und für die Überwindung der vorhandenen Schwierigkeiten ist sehr wenig beigebracht. Vergessen wir nicht, daß für „akademische Erörterungen“ ohne Ergebnis in dieser tatenstarken Zeit kein Platz ist. Man verlangt von uns mit Recht die Beantwortung der Frage, was soll geschehen, und wie kann es gemacht werden. Von den Kritikern des Zollverbandes ist allein Schumacher bis zu bejahender Arbeit vorgegangen. Sollte es zu der angeregten Behandlung der Währungsfrage kommen, so wäre ein anderes Ergebnis erwünscht als dieses: ihre Schwierigkeiten machen den Zollverband unmöglich. All das Nachdenken, das jetzt der Kritik, und wie mir scheinen will einer überwiegend unfruchtbaren, gewidmet wird, sollte der Überwindung der vorhandenen Hindernisse zugeführt werden. Bei dieser Überwindung sollte jede Überlegung, die von einem Bedenken und einem Hemmnis ihren Ausgang nimmt, einmünden. Wer möchte erkennen, daß hier noch sehr vieles geleistet werden muß. Sei es in der Richtung verbesserter Handelsverträge, eines mehrfachen Tarifes oder des Zollverbandes. Ich zweifle nicht, der Zollverband

würde viele Freunde unter seinen heutigen Gegnern finden, wenn sie nicht bei der verneinenden Kritik stehen blieben, sondern weiter gingen und sich der Überwindung der Hindernisse zuwenden.

Da mir die Teilnahme an der Aprilsitzung des Ausschusses versagt war, bin ich dem Vorstande außerordentlich dankbar für die mir nachträglich gegebene Äußerungsmöglichkeit. Namentlich die von meinem Beitrag für die Vereinschriften abweichenden Standpunkte von Schumacher, Ballod und Eulenburg machen mir erwünscht, bei der neuerschienenen Aussprache zu Worte zu kommen.

Zunächst die Gesamtbewertung der österreichisch-ungarischen Volkswirtschaft. Ballod malt die Lage der österreichischen Landwirtschaft grau in grau. Wenn er eine Krise auch durch den Zollverband abwenden zu können glaubt, so würde die geschilderte Lage zutreffenden Falls doch ein sehr ungünstiges Licht auf die Verbrauchs- und Kaufkraft Österreich-Ungarns werfen, dessen größter Berufsstand die Landwirte sind. Eulenburg hält die österreichisch-ungarische Volkswirtschaft, namentlich die Gewerbe, für so rückständig und wenig entwicklungsfähig, daß sie als Käufer Deutschland nicht viel Zusätzliches zu bieten vermöchten und dem Wettbewerb mit ihm im Zollverband nicht gewachsen seien.

Ballod urteilt unter dem Einfluß von Einzelerfahrungen, die unter besonderer Ungunst sich gebildet haben. Seinen Erfahrungen setze ich andere gegenüber, die mir von sehr geschätzter Seite zur Verfügung gestellt werden. Bei früherer Gelegenheit¹ hatte ich von der verhältnismäßig schwachen steuerlichen Belastung der österreichischen Landwirte gesprochen, namentlich von dem geringen Druck der staatlichen Grundsteuer, deren 70 faches hinter dem tatsächlichen Grundstückswert kraß zurückbleibe. Ballod² vermengt Grundsteuer und Katastralreinertrag, die sich wie 1:4,4 verhalten. Er bezeichnet die Bewertung nach dem 70 fachen der Grundsteuer als eine große steuertechnische Übertreibung, berichtet dann aber, die Güter würden zum 40—50 fachen Katastralreinertrag, d. h. also zur 176—220 fachen Grundsteuer gehandelt. Aber auch dies ist noch zu gering. Sieben rein landwirtschaftliche Güter, ohne Nebengewerbe, wurden in den letzten Jahren in Böhmen wie folgt verkauft.

(Vergleiche Tabelle 1.)

¹ Weisel und Spiethoff, Österreichs Finanzen und der Krieg 1915, S. 22.

² Schriften des Ver. f. Soz., Bd. 155, I, S. 266.

Tabelle 1.

	Katastralreinertrag K	Verkauft im Jahre	Preis K	Vielfaches des Katastral- ertrages	Vielfaches der Grundsteuer
1. Gut	11 868	1906	560 000	48	211
2. "	5 840	1907	296 000	50	220
3. "	6 217	1911	549 000	88	387
4. "	656	1912	75 000	114,3	503
5. "	8 687	1913	525 000	60,4	265
6. "	12 000	1913	710 000	59	260
7. "	29 312	1914	1 800 000	61,4	270

Wenn wir die Wertermittlung nach dem 70 fachen der Grundsteuer als mit der Wirklichkeit kraß auseinanderfallend bezeichneten, so war das also gewiß richtig, denn der Verkaufspreis der sieben rein landwirtschaftlichen Güter betrug das 211—503 fache der Grundsteuer. Fünf in derselben Zeit verkaufte Güter mit gewerblichen Anlagen brachten Preise, die das 68 fache, 71 fache, 80,8 fache, 95 fache, 155,3 fache des Katastralreinertrages und demnach das 299—683 fache der Grundsteuer betragen. Bei diesen Verkäufen wurden erhebliche Gewinne erzielt, die sich für sechs¹ der rein landwirtschaftlichen Güter, geordnet nach dem Erwerbsjahr, wie folgt stellen:

Tabelle 2.

	Jahr des Erwerbes und Verkaufes	Gewinn v. H. des Erwerbspreises	Jährlicher Wertzuwachs v. H.
1. Gut	1858/1906	110	2,37
4. "	1872/1912	190	4,7
7. "	1873/1914	43	1
2. "	1893/1907	40	2,9
5. "	1900/1913	31	2,4
6. "	1904/1913	83	9,20

In allen Fällen ist zum Schluß ein nicht unerheblicher jährlicher Wertzuwachs erzielt. Die Steigerung des landwirtschaftlichen Gewinnes und der Grundrente ergibt sich aus den Pachtpreisen für neun Meierhöfe (Tabelle 3). Die Pachtzinse betragen gegenwärtig das 3 bis 4 fache des Katastralreinertrages und sind in den letzten zehn Jahren um über ein Drittel gestiegen.

¹ Beim 3. Gut ist der Erwerbspreis unbekannt.

Tabelle 3.

Pachtzeit	Pachtzins K	Vielfaches des Katastral- reinertrages	Spiritus-Contingent jährlich		
			1903/04	1911/12	1913
1. { 1887—1898	16 245	2,37			
1898—1910	14 662	2,14			
1911—1922	21 000	3,05			
2. { 1887—1898	6 172	2,48			
1898—1912	5 179	2,04			
1912—1924	7 106	2,80			
3. { 1884—1897	11 500	2,60			
1897—1911	7 700	1,75			
1911—1923	13 725	3,11			
4. { 1892—1898	16 364	2,35			
1898—1910	14 000	2,02	926	891	857
1910—1922	19 039	2,73			
5. { 1893—1904	6 000	2,04			
1904—1912	9 218	3,14			
1912—1924	14 772	5,04			
6. { 1887—1899	15 575	3,14			
1899—1906	14 682	2,96	814	783	761
1906—1918	19 444	3,92			
7. { 1891—1903	23 186	2,46			
1903—1915	24 514	2,60	852	820	794
1915—1927	32 711	3,47			
8. { 1890—1902	9 200	2,45			
1902—1914	10 000	2,67			
1914—1926	17 000	4,53			
9. { 1892—1904	11 346	2,63			
1904—1916	11 358	2,64	897	863	832
1916—1920	12 675	2,94			

Je länger der Krieg dauert, um so unsicherer werden die Grundlagen für alle Voraussagen, und ich vermeide deshalb solche über die künftige Lage der Landwirte. Eines aber ist heute schon festzustellen. Die Kriegsgewinne bewirken eine nicht unwesentliche Kapitalansammlung. Damit haben die Landwirte eine Stärkung erfahren, die sie gegen wichtige Möglichkeiten widerstandsfähig macht und eine Sicherung ihrer Kaufkraft bedeutet.

Eulenburg merkt gelegentlich an, v. Philippovich urteile sehr optimistisch. Dem muß gegenübergestellt werden, daß Eulenburg von

einem tiefgehenden allgemeinen Mißtrauen Österreich-Ungarn gegenüber erfüllt ist. Ich halte den ersten Standpunkt für den gerechtfertigteren, und ein Beobachter, der wie v. Philippovich das letzte Menschenalter mit erlebt hat, wird zu einer derartigen Beurteilung geradezu genötigt. Eulenburg legt überall den Maßstab der jüngsten deutschen Volkswirtschaft an. Welches Land, außer den Vereinigten Staaten, ist dem gewachsen? Bei Feststellung eines guten Fortschrittes glaubt Eulenburg die Einschränkung beifügen zu müssen, man dürfe nicht übersehen, die letzten Jahre seien Aufschwungsjahre gewesen. Gilt das nicht auch im stärksten Maße für Deutschland? Die besonders mächtige Entwicklung Deutschlands und der Vereinigten Staaten geht Hand in Hand mit der Tatsache, daß die große Aufschwungswelle seit 1895 in diesen Ländern am höchsten stieg. Nach Eulenburgs Schilddung aus der Handelsstatistik muß der Leser fast annehmen, die Doppelmonarchie verkümmere, habe höchstens ein sich recht und schlecht erhaltendes Gewerbeleben; ein ausgesprochenes Aufblühen wird er schwerlich folgern. Eine Volkswirtschaft läßt sich eben nicht aus der Handelsstatistik beurteilen, sie muß erlebt werden. Und ebensowenig läßt sich eine Zukunftsentwicklung aus der Handelsstatistik der Vergangenheit herleiten. Wer hätte bei Abschluß der Capriviischen Verträge aus der Handelsstatistik folgern wollen, Deutschlands, Österreich-Ungarn gegenüber, passive Bilanz werde nach anderthalb Jahrzehnten in eine aktive umschlagen. Das konnte nur sagen, wer voraussah, daß Österreich-Ungarns Verbrauch stärker steigen werde als die landwirtschaftliche und die gewerbliche Erzeugung. Alle Bedenken gegen eine weitere Steigerungsmöglichkeit des deutschen gewerblichen Absatzes nach Österreich-Ungarn lassen sich geradejo auf die weitere Aufnahmefähigkeit des eignen deutschen und aller andern Märkte anwenden. Eulenburg läßt sich zu sehr durch den Tiefstand der galizischen, slowenischen, kroatischen Gebiete verstimmen, anstatt ihre mangelnde Entwicklung im Sinne einer weitgehenden Anpassungsfähigkeit als Aktivposten einzustellen. Der Westen der Doppelmonarchie mit alter Geschichte, beträchtlicher Wohlhabenheit und guter, z. T. hoher und höchster Stufe der Gewerbe und der Landwirtschaft bildet das Rückgrat der Kaufkraft. Seiner verhältnismäßigen Fertigkeit und deshalb Anpassungsschwälfigkeit steht der Osten gegenüber mit seiner wirtschaftlichen Unfertigkeit und Bildsamkeit, aber auch seinen politischen Schwierigkeiten. Die wirtschaftlichen Verschiedenheiten inner-

halb der Monarchie schäze ich als großen Vorteil für den Zollverband ein. Die Entwicklung des Oстens zu höherer Kulturstufe und größerer Kaufkraft wird durch den Zollverband sehr erleichtert werden. Eulenburg spricht selbst von den innern Hindernissen der Doppelmonarchie. Gerade die schwierigsten können nur im Zollverbande angegriffen werden, und mit einem Mann, der diese Dinge getrieben hat, sollte es nicht nötig sein, Erörterungen zu pflegen, die unmöglich sind.

Den österreichischen Gewerben spricht Eulenburg die Möglichkeit =keit höherer Spezialisierung im Zollverbande ab. Die deutsche Entwicklung der Eisen-, Maschinen- und chemischen Industrie erklärt er aus einer dauernden Überzeugung, ohne die sie ihre Arbeitsteilung nicht durchführen könnten. Führt man diese Übertreibung auf das richtige Maß zurück, so schwindet damit alles, was sie gegen die österreichisch-ungarischen Entwicklungsmöglichkeiten besagt. Die Arbeitsteilung und Spezialisierung erheischt eine gewisse Größe des Marktes und der Erzeugung, aber es ist an sich nicht nötig, daß sie gehäuft erfolgt, daß vielfache Unternehmungsvereinigungen und Kiesenunternehmungen dieselbe oder eine ähnliche Arbeitsteilung in sich herbeiführen, die einfache Auflage der Arbeitsteilung genügt auch. Der österreichisch-ungarische Markt hat heute die erforderliche Größe nicht, sie soll durch den Zollverband geschaffen werden und zwar vielleicht noch mehr als durch Hinzufügung des deutschen Marktes durch Öffnung der Rohstoff- und Nahrungsmittelländer, mit denen die Doppelmonarchie allein keine ihrer gewerblichen Ausfuhr günstigen Handelsverträge zu schließen vermag. Wenn Eulenburg nicht angeben kann, in welchen Gewerben diese Arbeitsteilung eintreten soll, so beweist das nichts. Natürlich trifft ihn damit auch kein Vorwurf, denn es wäre in meinen Augen eine Vermeissenheit, es auch nur für möglich zu halten, über eine derartige Voraussicht zu verfügen. Niemand hätte bei Begründung des deutschen Zollvereins die Eulenburgsche Frage beantworten können. Niemand hat die jüngste deutsche Entwicklung vorauszusagen vermocht. An natürlichen und geschichtlichen Bedingungen¹ für eine Arbeitsteilung zwischen beiden Ländern fehlt es nicht. Bescheiden wir uns damit, daß zahlreiche kluge Unternehmer² auf beiden Seiten der Grenzpfähle bei Vorträumung und Erniedrigung der Zölle

¹ Vgl. Bd. 155, I, S. 12.

² Vgl. Bd. 155, I, S. 13 u. 27, die Listen der Gewerbszweige, für die eine Steigerung des Absatzes angenommen wird.

eine Vergrößerung ihres Absatzes erwarten, und schaffen wir dafür die Möglichkeiten durch Beseitigung der Schranken.

Wenn von österreichischer Seite u. a. gewisse hochstehende Geschäftsgewerbe als erste Träger einer vergrößerten Ausfuhr nach Deutschland angesehen werden, so bedeutet das durchaus keine Umkehrung aller volkswirtschaftlichen Grundsätze. Wir befinden uns in einem tiefgreifenden Wandel der Verbrauchsgewohnheiten, und der unbedingte Sieg billiger Massenware über bessere aber teuere Sorten besteht nicht mehr. Über den wirklichen Grad der österreichisch-ungarischen Wettbewerbsfähigkeit ist niemand unterrichtet. Alle Welt hat bisher dem Eisenkartell nachgeplappert, Österreich-Ungarn könne gegen die deutsche Eisenindustrie nicht aufkommen. Natürlich verdanken wir keinem österreichisch-ungarischen Eisenmagnaten die Erkenntnis¹, „daß die österreichisch-ungarischen Eisenhütten wohl höhere Selbstkosten haben als das südwestdeutsche und rheinisch-westfälische Gebiet, aber niedrigere — keinesfalls höhere — als der deutsch-oberpfälzische Industriebezirk... Nur dieser kommt aber bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen für eine Ausfuhr aus Deutschland in Betracht.“ Und dies ist der Zweig, auf dessen Schwäche die Unterlegenheit der österreichisch-ungarischen Gewerbe in erster Linie aufgebaut wird. Wo eine Skodaentwicklung möglich war, ist nicht einzusehen, weshalb dort eine Wiederholung der Motormörser auf andern Gebieten ausbleiben sollte.

Eine angespanntere Kraftanwendung der österreichisch-ungarischen Volkswirtschaft bedingt siegende Kapitalverwendung, wenn möglich Kapitalzufuhr aus Deutschland. Eulenburg fragt, warum diese bisher nicht stattgefunden habe. Die Zollhindernisse böten keine Erklärung, denn es sei französisches Kapital nach der Türkei gekommen, deutsches nach Russland und Argentinien. Der Grund liege darin, daß die Verzinsung nach dem Satz des höchsten Profits gehe. Diese eben habe sich in Österreich-Ungarn nicht gelohnt wegen der unsichtbaren inneren Hemmnisse, die die österreichische Volkswirtschaft zu überstehen habe. Im Verlauf weniger Minuten wird der österreichisch-ungarischen Volkswirtschaft gleichzeitig der Vorwurf gemacht, nicht die Ausbildung der deutschen und nicht die Jungfräulichkeit der argentinischen zu haben. Mit den innern Hindernissen der österreichisch-ungarischen Volkswirtschaft ist diese Frage nicht abgetan. Zunächst,

¹ Viktor Zuckerkandl, Generaldirektor der oberpfälzischen Eisenindustrie A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in „Nord und Süd“, Februarheft 1916.

warum ist deutsches Kapital nicht auf dem einfachsten Weg des Erwerbes von Staatspapieren und öffentlichen Pfandbriefen in höherm Maße eingeströmt? Die österreichische 4 % Kronenrente hat 1913 4,82 %, die 4 % Goldrente 4,51 % eingetragen, zu schweigen von ungarischen Papieren, die z. T., ebenso wie die Österreichs, auf Mark lauteten. Unter andern Gründen hauptsächlich deshalb, weil Deutschland selbst kein überflüssiges Kapital hatte, das fest verzinsliche Anlage suchte. Frankreich hat sich nicht nur der Türkei, sondern geraume Zeit und in großem Umfang auch Ungarn zugewendet, und auch die Wiener Großbanken haben oft erhebliche Posten von Wertpapierausgaben auf Nimmerwiedersehen bei den französischen Bauern vergraben. Die österreichisch-ungarische Verzinsung hat sich also durchaus gelohnt, und an den kapitalistischen Reizen hat es nicht gefehlt. Sehr gut lohnende Spannungen bieten auch die Säze des Depositen- und Sparkassenzinses hüben und drüben. Sie haben bei der Fremdheit der deutschen Kapitalisten und Sparer in österreichisch-ungarischen Verhältnissen, abgesehen von den Grenzgebieten, bisher nicht gewirkt. Und wie verhält es sich mit den Börsen-, Bank- und Gewerbeanlagen? Berlin pflegte ungeheure Summen an die Westbörsen zu schulden, und so schwach war der österreichisch-ungarische Markt nicht, den Berliner Bänker die von diesen den russischen Banken auferlegten Zinssätze bewilligen zu müssen. Die österreichisch-slavischen und ungarischen Banken stehen nach der Höhe des Zinsengebens und -nehmens den jungfräulichen Ländern zwar näher, aber Deutsch-Österreich hat eine Entwicklung des Großbankwesens, die der Deutschlands verhältnismäßig nicht nachsteht, und Eulenburgs Vergleich mit Russland, der Türkei und Argentinien ist nicht zulässig. Österreich allein genommen dürfte Gläubigerland sein. — Viel zutreffender wäre die Gegenfrage, warum ist nicht mehr englisches Kapital in den deutschen Gewerben tätig gewesen? Etwa auch deshalb, weil in Deutschland nichts zu verdienen war? Im Frühjahr 1913 sprach ich mit einem Berliner Großbankdirektor über die geringe Teilnahme der deutschen Banken für die österreichischen Gewerbe. Mir kam es damals weniger auf die Kapitalzuflöhr an als auf die Förderung der deutschen Großgewerbe in Österreich-Ungarn, denn die Wiener Großbanken sind „international“, während die slavischen und ungarischen eine stramme völkische Politik treiben. Mir wurde zur Antwort: „Wir haben uns gegen das Eindringen der Österreicher zu wehren,“ wobei in erster Linie die Übergriffsbestrebungen

des großen nordböhmischen Kohlenkapitals Bedrückung verursachten. Ich habe aus dieser Auskunft keine Gefahr für Deutschland gefolgert, aber ich sagte mir, weshalb sollen die deutschen Banken eine Ausnahme machen und sich mit Österreich-Ungarn beschäftigen, während es in Deutschland sonst niemand tut. Russland, der Türkei und Südamerika war in der Tat die deutsche Aufmerksamkeit ganz allgemein in viel höherem Grade zugewendet. — Trotzdem wird die ausländische und wohl hauptsächlich deutsche Kapitalanlegung gerade in den letzten Jahren durch die tatsächliche Ausgleichung der passiven Handelsbilanz und der Schuldzinsen dargetan, denen keine wesentlichen andern Aktivposten gegenüberstehen.

Bei der Organisation des österreichisch-ungarischen Kredits kommt die Kapitaleinfuhr hauptsächlich auf dem Wege des Erwerbes von Wertpapieren in Betracht. Damit können aber beim Stande der eignen Gewerbe natürlich nicht die großen Warenlieferungen verbunden sein, wie bei der Darleihung an jungfräuliche Länder. Sehr erwünscht wäre die Kapitaleinwanderung in Form deutscher Unternehmungen, beispielsweise zum Ausbau von Triest, zum Ausbau der, abgesehen von den westböhmischen Weltbädern, meines Erachtens (im Gegensatz zu Gotheins Meinung) so gut wie noch fehlenden Fremdenindustrie, dann aber auch von gewerblichen Unternehmungen aller Art, und zwar nicht nur von solchen, die nach Österreich-Ungarn, sondern die auch nach Deutschland und ins Ausland liefern sollen. Hier wird die Zollfrage wichtig. Die in der Doppelmonarchie sich bietenden Standortsmöglichkeiten, die man dabei zunächst nicht zu überschätzen braucht, können nur genutzt werden, wenn der deutsche Unternehmer nicht durch Zollschranken gehindert ist, einheitlich über die Unternehmungen zu verfügen. Hier spielen die von Gothein erwähnten Zweigniederlassungen der deutschen Großgewerbe herein, von denen er vermutet, sie würden bei Fortfall der hohen Zölle verschwinden. Leider sind wir über die Verhältnisse nicht voll unterrichtet. Eine von der Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft in Prag groß angelegte Untersuchung ist durch den Krieg und die Gefangennahme des Bearbeiters unterbrochen. Diese Gründungen scheinen in der Tat zum größten Teil Zollerzeugnisse zu sein. Zum Teil sind sie nur Betriebe zum Fertigmachen und Zusammensetzen, die in engster Abhängigkeit von reichsdeutschen Betrieben arbeiten, z. T. von solchen, die zu diesem Zwecke auf der andern Seite der Grenze errichtet waren.

Derartiges hat keine große Bedeutung für die österreichisch-ungarische Volkswirtschaft, und ich habe auch noch nicht gehört, daß ihm eine solche beigemessen wird. Zunächst hat das Lebenbleiben an der Grenze und die Überflutung der dortigen Gebiete dahin geführt, die tschechische Arbeiterschaft in den deutschen Gemeinden zu vermehren.

Unter den inneren Hemmnissen, die gewiß vorhanden, von mir und andern auch in Rechnung gestellt werden, und zwar nicht zuletzt als Gründe für den Zollverband, die aber nicht maßlos überschätzt werden sollten, nennt Eulenburg die *Aktien- und Steuerregelung*. Auf dem Gebiete des Aktienwesens, der steuerlichen Behandlung der Obligationenzinsen usw. bestehen Hemmungen, deren Beseitigung überfällig ist. Aber gerade hierbei wird der Zollverband durch die innigere Verbindung mit Deutschland und den schärferen Wind des Wettbewerbes helfen. Über Finanzen und Steuern ein Urteil zu gewinnen, ist, wie ich aus eigner Erfahrung sagen kann, sehr schwer, und für einen Außenstehenden muß das doppelt gelten. Gewöhnlich wird hingewiesen auf die hohe Hauszinssteuer (in Prag z. B. fast 50 % der Mieten) und auf die 10 % Steuer vom Reingewinn der Aktiengesellschaften, die im Reichsdurchschnitt Selbstverwaltungszuschläge von 100 % erfährt. Dabei kommt aber die preußische staatliche Einkommensteuer mit ihren hohen Zuschlägen und die städtische Gewerbesteuer in Fortfall. Auch die österreichische indirekte Wertpapierbesteuerung ist ganz ungepflegt. Gewiß sind die städtischen Mieten hoch, besonders in gut eingerichteten Häusern. Aber was sagt das gegenüber der Tatsache, daß ein ganz großer Teil der städtischen Grundrente, den in Deutschland die Hausbesitzer und Hypotheken-gläubiger einziehen, dem Staat und den Selbstverwaltungskörpern zufließt. Die Aktiengesellschaftssteuer wird natürlich von allen Aktiären verurteilt. Wenn man aber private Unternehmer befragt, wie sie bei der großen Belastung eine Umwandlung vornehmen könnten, bezeichnen sie die Steuer als belanglos. Und auch hier sind über der Förderung des Kapitalismus die Rücksichten auf die Steuergerechtigkeit und die Finanzen nicht außer acht zu lassen. Ist es so falsch, daß sich in tausend Schlupfwinkeln der Besteuerung entziehende Kapital da zu fassen, wo es sich stellen muß? Solange die Steuermoral der Kapitalisten nicht besser ist, würde ich eher Deutschland die Annahme des österreichischen Gesetzes empfehlen als umgekehrt. Die ganze Entwicklung der österreichischen Aktiengesellschaften ist seit Ende der 1840 er

Jahre von einer 5 und sehr bald 10 % Besteuerung der Reingewinne begleitet gewesen, und die Steuer dürfte für einen sehr großen Teil der heutigen Aktienbesitzer amortisiert sein, wenn dies nicht schon bei der Gründung geschieht. Dieses rechtzeitige Zugreifen stellt ebenso wie bei der städtischen Grundrente und dem großartigen Tabakmonopol für den Staat ein Kapital dar. Wird es verschenkt, so entstehen große Bereicherungen, und der Ausfall muß auf andere Weise eingebracht werden. Sicherlich nicht auf sozial gerechtere, und daß der Kapitalismus geschont werden könnte, ist auch nicht wahrscheinlich.

Mit besonderm Nachdruck ist von verschiedenen Seiten auf die große Zahl Schriftsteller unter den österreichisch-ungarischen Arbeitern hingewiesen und daraus auf Entwicklungs- und Wettbewerbsunfähigkeit geschlossen worden. Gewiß liegt hier ein beträchtlicher, möglichst schnell zu beseitigender Rückstand vor. Er kann bis zum beendeten Abbau der Zwischenzölle sicherlich in der Hauptsache behoben werden, und seine wirtschaftlichen Folgen sollte man wiederum nicht übertreiben. Bewirbt sich doch die hochstehende deutsche Volkswirtschaft sehr eifrig um diese minderwertigen Arbeitskräfte. Auch hat niemand die Aufnahme Russisch-Polens in den Zollverband wegen dessen großer Zahl Schriftunkundiger für unmöglich erklärt.

In der Währungsfrage ist niemand entschiedener aufgetreten als ich. Von allem Anfang an habe ich die Währungsherstellung oder ihr naheliegende Einrichtungen als unbedingte Notwendigkeit gefordert.

Von mehreren Seiten ist als Grund gegen den Zollverband hervorgehoben, Ungarn könne auf die Begründung von Gewerben nicht verzichten. Ich habe ausdrücklich betont, daß dies nicht nötig sei, daß man sich aber ohne Gewaltmaßregeln begnügen müsse. Anstrengungen, die den Grad des Münchener Kruppwerkes übersteigen, sind so kostspielig, daß sie mir deshalb undurchführbar scheinen. Wie Eulenburg die erzwungene Bergewerblichkeit, die eine finanzielle Unmöglichkeit ist, gerade als eine finanzielle Notwendigkeit bezeichnen kann, ist nicht recht verständlich. Das alte Verfahren der Gewerbeförderung durch Zölle würde für Ungarn auf geraume Zeit eine Verschlechterung seines landwirtschaftlichen Absatzes und eine Verteuernung seines gewerblichen Bedarfes herbeiführen, und das kann, wie mir scheint, das Land gerade finanziell nach dem Kriege nicht leisten. Vieles wäre nötig und erwünscht. Für Deutschland wäre es sehr nötig, seinen Nahrungsmittel-

bedarf selbst decken zu können, und rein technisch wäre es vielleicht auch möglich, wenn die Kosten keine Rolle spielen. — Die Frage der ungarischen Auswanderung ist eine in so hohem Maße innerpolitische, daß ihre Behandlung durch Dritte nicht nur überflüssig, sondern ausgesprochen schädlich ist. Eulenburgs Meinung, die ungarische Landwirtschaft könne nur intensiviert werden durch größere Nachfrage in der Nähe, kann ich nicht teilen. Die Hebung der östpreußischen Landwirtschaft ist nicht auf diesem Wege erfolgt, und dry farming in Argentinien ist ebenfalls nicht dadurch hervorgerufen. Jedes Land muß sich jetzt bescheiden mit dem, was erreichbar ist, und muß auf ideale Lösungen verzichten. Die stärksten Mächte müssen heiße Wünsche zurückstellen, die kleineren können nicht allein beanspruchen, wunschlos befriedigt zu werden.

Die Annahme will Eulenburg dadurch vornehmen, daß der Doppelmonarchie die Mittel an die Hand gegeben werden zur Ausbildung des landwirtschaftlichen Kreditwesens, zur stärkeren Einrichtung von Kreditbanken, zum Ausbau des Eisenbahnsystems und Verbesserung der Donauschiffahrt, zur Herabsetzung der Eisenbahnfrachten, zur stärkeren Anlegung von Kapital in Landwirtschaft und Gewerbe, zu umfassender innerer Kolonisation. Dieser Plan ist aufs freudigste zu begrüßen, aber er ist kein handelspolitischer, der unsere Austauschverhältnisse regelt und einen Ertrag für den Zollverband bieten könnte. Er vermag mit jedem handelspolitischen Verhältnis verbunden zu werden und geht nebenher. Vor allem sagt Eulenburg nicht, mittelst welcher Organisation Deutschland ihn durchführen soll¹. Meine Meinung ist immer noch, daß es kein besseres Mittel gibt, Deutschlands Aufmerksamkeit auf den Bundesgenossen zu lenken als das Näherrücken im Zollverband. Und gleicherweise können die Anstrengungen der Doppelmonarchie nicht besser angefeuert werden als durch den verschärfsten Wettbewerb, den der Zollverband bringt. Vieles von dem Geplanten ist natürlich schon auf dem Marsche. Von manchem möchte ich annehmen, Eulenburg unterschätzt die Verhältnisse. In gewissen Gewerbegegenden sind z. B. die Niederlassungen der Kreditbanken schon in einer fast unwirtschaftlichen Zahl vorhanden. Bis zum Abbau der Zwischenzölle, in 20-25 Jahren, wird ein Großteil zu erreichen sein,

¹ Nicht geltend machen will ich, daß nach Eulenburgs Meinung über die innern Hemmisse der ö.-u. Volkswirtschaft und die zu geringen kapitalistischen Reize des Landes eigentlich gar keine Aussicht besteht, deutsches Kapital zu gewinnen, geschweige denn in dem ungeheuern Umfang dieses Planes und für zum Teil gemeinnützige und keinen oder nur geringen Gewinn abwesende Zwecke.

falls sich die Wunden des Krieges nicht als zu schwer erweisen. Hierbei äußert der sonst oft unfruchtbare Nationalismus seine Stärke. Der völkische Wettbewerb treibt vieles voran, was ohne ihn langsamer ginge. Und das ist hier besonders wichtig, da es sich zum großen Teil um eine Emporhebung des Ostens der Doppelmonarchie auf die Stufe des Westens handelt.

Den Zollverband lehnt Eulenburg aus Rücksicht auf Österreich-Ungarn ab, dessen Volkswirtschaft durch die deutschen Gewerbe nicht niedergerannt werden soll. Nun, das will ich auch nicht, und zwar ist das so selbstverständlich, daß nicht erst die Bedeutung der Gewerbe für die staatsfinanziellen Bedürfnisse herangezogen zu werden braucht. Diesem Schutz sollen die Zwischenzölle dienen. Sie brauchen aber durchaus keine dauernden zu sein, im Gegenteil sehe ich ihr allmähliches Verschwinden für Österreich-Ungarn als förderlich an. Der Abbau der Zölle wird die Gewerbe nicht niederrennen, er wird nur diejenigen Willensantriebe schaffen, die nötig sind, und die für den Süddeutschen und noch mehr für den Slaven von außen kommen müssen. Kein Zufall, sondern im Seelenleben der Bevölkerung begründet ist es, wenn so vielfach die Massenherstellung vermischt wird. Kleiner Umsatz, großer Nutzen geht als Leitgrundsatz durch das ganze Land. Das gilt für die Großbanken und das Eisenkartell gerade so wie für die tausenderlei Gebrauchsgegenstände und die Kleinhändler. Nur der Zwang härtern Wettbewerbes kann hier Wandel schaffen. — Während Eulenburg hinsichtlich des Wettbewerbes österreichisch-ungarischer ist als Vertreter und sehr gute Kenner des Landes selbst, verläßt ihn die Rücksichtnahme ganz bei der Frage der gemeinsamen Handelspolitik. Schlechterdings unmöglich ist es für die Doppelmonarchie, allein zu ihren Nachbarn günstige Handelsbeziehungen herbeizuführen. Der Übergang vom Landwirtschafts- zum Gewerbestaat begründet eine handelspolitische Schwäche, die nur im Bündnis mit einem großen Nahrungsmittel- und Rohstoffkäufer ausgeglichen werden kann. Hier muß sich die Sorge für das volkswirtschaftliche Wohl des Bundesgenossen bewähren, nicht in dem Fernhalten des gewerblichen Wettbewerbes. Die Doppelmonarchie sollte sich aber ihrerseits mit diesem Verlangen begnügen. Die von Raumann und Philippovich begehrte Vorzugsstellung auf dem Balkan halte ich für übertrieben. Hartmann sagt, Deutschland müsse die Doppelmonarchie in Entreprise nehmen. Ich möchte dem Gedanken, der in dieser Fassung gewiß nicht ohne

Widerspruch und Widerstand bliebe, eine etwas andere Richtung geben. Deutschland muß sich seines jüngeren Bruders familienhaft annehmen in der Erkenntnis, durch Stärkung der Gemeinschaft sich selbst zu kräftigen. Und wo diese Erkenntnis noch fehlt, muß das sittliche Pflichtgefühl Platz greifen.

Die Abweichungen zwischen Schumacher und mir sind bezüglich der Endergebnisse geringer als es den Anschein hat. Zunächst besteht darin Übereinstimmung, daß wir uns nach dem militärischen Frieden auf alles gefaßt machen und rüsten müssen. Was die Regierungen nicht tun, werden die feindlichen Käuser und Unternehmer nachholen. Das volle Gefühl hierfür können vielleicht nur die in völkischen Kampfweisen Erfahrenen haben. Verschiedene Redner haben geglaubt, diese Gefahr durch Hinweis auf die Gegenjäze im feindlichen Lager abtun zu können. Sie scheinen aus dem Kriege gar keine Erfahrungen zu ziehen. Mit denselben Erwägungen haben sie die unnatürliche politisch-militärische Verbindung unserer Feinde aus der Welt schaffen wollen. In der Wechselrede suchten diese Unbelehrbaren ihren Standpunkt zu retten, indem sie die Dauerhaftigkeit des militärischen Bündnisses unserer Gegner anzweifelten. Wenn dies morgen aus einanderfällt und als Irrung erkannt wird, so beweist das für ihre Auffassung gar nichts, denn Ströme von Blut mußten geopfert werden, um der zweijährigen Irrung ein Gegengewicht zu bieten. Auch die von unsren Gegnern schließlich als Irrtümer eingegedenen feindlichen Unternehmungen können uns verhängnisvoll sein. Gar ergötzlich wäre es, zusammenzustellen, was alles gegen die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Absperrung und die Notwendigkeit, dagegen Vorsorge zu treffen, geltend gemacht worden ist. Die Erfahrungen der letzten Jahre sollten lehren, daß alles möglich, daß es Leichtsinn ist, sich nicht auf alles vorzubereiten.

Sehr erklärend für die den meisten fremden Fragen der handelspolitischen Technik ist, daß die beiden handelspolitischen Fachleute unserer Schriften, Schumacher und Schüller, in der Beurteilung der Vorzugsbehandlung übereinstimmen und in ihr keine Herausforderung zu feindlichen Maßnahmen erblicken. Diese Auffassung erfährt Verstärkung durch eine Untersuchung von Carus¹ über das Verhältnis

¹ Bericht des handelspolitischen Ausschusses der Handels- und Gewerbe kammer in Reichenberg betreffend die zukünftige Gestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Deutschen Reich. Berichterstatter Regierungsrat Dr. Carus, S. 37 ff.

des bevorzugten Absatzes der Verbündeten auf ihren beiderseitigen Märkten zum Absatz der neutralen Mächte auf diesen Märkten. Die Gesamteinfuhr nach Österreich-Ungarn in solchen zollpflichtigen Waren, die sowohl aus dem Deutschen Reich wie aus den neutralen Staaten kommen, betrug (mit Weglassung der Einfuhren unter 300 000 R.) im Jahre 1913 rund 448 Mill. R. Davon entfallen 310 auf das Deutsche Reich, 138 auf 17 neutrale Länder. Deutschland steht auf dem österreichisch-ungarischen Markt nur mit der Schweiz und den Vereinigten Staaten in umfänglicherem Wettbewerb. Die Summen der Einfuhren aus der Union und der Schweiz, welche mit gewerblichen Erzeugnissen aus Deutschland auf dem österreichisch-ungarischen Markt in Wettbewerb treten, beträgt (mit Weglassung der Posten unter 300 000 R.) für die Union nur 29 und für die Schweiz nur 46 Mill. R. Umgekehrt macht die Gesamteinfuhr von Gütern, die von Österreich-Ungarn und von Neutralen nach Deutschland gebracht werden (mit Weglassung der Posten unter 300 000 R.) 1452 Mill. R. aus. Daran sind Österreich-Ungarn mit 412 und 26 neutrale Länder mit 1040 Mill. R. beteiligt. An der Spitze steht die Union, die bei 292 Mill. R. Waren mit Österreich-Ungarn in Wettbewerb steht, aber eine Gesamteinfuhr nach Deutschland von 1711 Mill. R. hat. Der Hauptwettbewerb zwischen Österreich-Ungarn und den Neutralen findet auf dem deutschen Markt in solchen landwirtschaftlichen Erzeugnissen statt, für die Deutschland einen sehr großen, durch Österreich-Ungarn entfernt nicht zu deckenden Bedarf hat, so daß die Bevorzugung des Bundesgenossen die für die neutralen Einfuhrländer allein in Betracht kommende Preisbildung nicht stört.

Entscheidend für mein Verhältnis zu Schumachers Auffassung ist, daß auch er die Vorzugsbehandlung als eine politische Angelegenheit ansieht. „Der neue Vorzugstarif bleibt vorbehalten einem kleinen ausgewählten Kreise politischer Freunde, die sich auf Grund einer Verständigung von längerer Dauer zu einem handelspolitischen Bund, der wirtschaftlich nicht auf das Zollwesen beschränkt zu sein braucht, die Hände reichen.“ Diese Einengung auf politische Freunde besagt, daß bei Erstellung der Zollsätze die „wirtschaftliche Selbständigkeit“ nicht gewahrt zu bleiben braucht, daß Arbeitsteilung und Anpassung gepflegt werden können. Sie besagt aber auch, die Zölle auf das zum Schutz wirklich wichtiger Belange unbedingt Nötige zu beschränken. Diese Zollhöhe ist schließlich entscheidend dafür, wie sich die

Vorzugsbehandlung zum Zollverbande verhält. Sind die Sätze des Vorzugstarifes unbedingt niedrig, und fallen sie gar im Laufe der Entwicklung, so weichen beide Pläne nicht sehr voneinander ab. Schumacher äußert sich über das Aussehen des Vorzugstarifes nicht, aber es ist selbstverständlich, daß er ihn niedriger denkt als den heutigen Vertragstarif. Darin herrscht Übereinstimmung, daß Deutschland auf dem österreichisch-ungarischen Markt den fremden Wettbewerb Dritter weniger zu fürchten hat als den der heimischen Inländer. Ein Vorzugstarif in Höhe des heutigen Vertragstarifes wäre für Deutschland wertlos, da er den Wettbewerb mit den österreichisch-ungarischen Gewerben nicht erleichterte. Enthält der Vorzugstarif bei großer Freiliste nur eine geringe Zahl von Waren mit niedrigen Zollsätzen, so folgt daraus für die gemeinsame Handelspolitik alles, was der Zollverbandsplan besagt. Wie ich in meiner Abhandlung¹ schon zu zeigen suchte, besteht dann tatsächlich ein gemeinsamer innerer Markt, der eine gemeinsame Handelspolitik als Selbstverständlichkeit mit sich bringt.

Auch Schumacher wünscht ein handelspolitisches Schutz- und Trutzbündnis. „Vor² allem muß die politische Bundesgenossenschaft auch handelspolitisch sich betätigen. Wie man mit dem Schwerte sich gegenseitig schützt, so muß man es auch mit den handelspolitischen Waffen.“ Allerdings soll das nach Schumachers Meinung nicht dahin führen, alle Handlungen nach außen gemeinsam vorzunehmen. „Den Vereinigten Staaten gegenüber tritt bei Deutschland und Österreich-Ungarn der Widerstreit der Interessen zurück; hier könnte gemeinsames Auftreten die Stellung jedes einzelnen verbessern.“ Aber bei den Handelsverträgen mit Russland und Rumänien liegen für Deutschland und Österreich-Ungarn natürliche Interessengegensätze vor, die kein Vertrag be seitigen kann, „und es wäre ein sinnloser und zweckloser Doktrinarismus, zu verlangen, daß beide Staaten, weil sie Bundesgenossen sind, mit diesen Ländern gemeinsam verhandeln sollten.“ Was sagen die deutsch-österreichisch-ungarischen Erfahrungen dazu? Die Behandlung des Zollverbundplanes leidet in wichtigen Beziehungen unter dem Mangel an Erfahrungen, hier sind sie aber vorhanden. Unter Caprivi war eine bundesgenossenschaftliche Unterstützung verabredet, und sie hat auch gegenüber Italien, der Schweiz und Belgien statt-

¹ Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik, Bd. 155, I, S. 52.

² Ebenda, S. 130.

gefunden. Das Ergebnis war alles eher denn ermutigend. Haupt-
sächlich, weil jeder der Bundesgenossen einen eignen Vertrag durch-
setzen mußte, aber nicht beide einen gemeinsamen, vorher verabredeten. Und was hat das selbständige Verhandeln mit Russland gebracht? Beidemal hat Österreich-Ungarn ausgesprochen den kürzeren gezogen. Unter Caprivi wurde der zuerst mit Österreich-Ungarn geschlossene Ver-
trag für dieses ganz wesentlich entwertet durch die spätere Gewährung
derselben Zugeständnisse an Russland. Unter Bülow hat die geson-
derte Verhandlung über die Erneuerung der Verträge zu Vorkomm-
nissen geführt, die noch heute in der Doppelmonarchie nur mit Bitternis
besprochen werden. Schumacher erörtert die Angelegenheit rein vom
deutschen Standpunkt aus. Das ist zur Klärung der Sachlage gewiß
nützlich, aber zur Gewinnung voller Klarheit muß der österreichisch-
ungarische Standpunkt daneben gestellt werden. Und wenn wir aus bei-
den für das bundesgenossenschaftliche Verhältnis das Ergebnis ziehen,
so spricht es nicht für die Fortsetzung des bisherigen Verfahrens. —
Aber auch abgesehen von den österreichisch-ungarischen Wünschen wider-
sprechen gesonderte Handelsvertragsverhandlungen mit Russ-
land ausgesprochen der deutschen großen Politik. Der Krieg hat erst ent-
hüllt, welch kräftige Wurzeln das Ullslaventum bei manchen Völkern
der Donaumonarchie getrieben hat. Daß diese nach dem Krieg nicht
weiter wachsen, sondern restlos absterben, ist für Deutschland fast eine
Lebensfrage. Wie würde es sich in diesen Zusammenhang einfügen,
wenn Deutschland seine wirtschaftlichen Machtmittel allein für einen
deutsch-russischen Handelsvertrag einsetzte und Russland zu dem klugen
Schachzug die Möglichkeit böte, der Doppelmonarchie wirtschaftliches
Entgegenkommen zu zeigen? Die Verhältnisse sind heute und für
absehbare Zeit so zugespitzt, daß Handelspolitik und große Politik nicht
zu trennen sind. Schumacher spricht allerdings auch einer selbständigen
großen Politik das Wort und meint, Deutschland und Österreich-Ungarn
„werden, können und müssen viele politische Verhandlungen allein für
sich ohne Sekundanten führen“. Das wichtigste Beispiel, Rumänien,
spricht kaum für diese Auffassung. Deutschland hat überhaupt keine
Mittel, um eine selbständige ungarische Politik der Folgen zu ent-
kleiden, die diese auch für Deutschland hat. Die Verhältnisse sind über-
aus verwickelt und schwierig, aber sie werden nicht einfacher, wenn man
sie laufen läßt und den Gegnern die Möglichkeit bietet, Kapital daraus
zu schlagen. Wir müssen die Schwierigkeiten selbst bei den Hörnern ergreifen.

Der österreichisch-ungarische Markt ist für Deutschland von großer Bedeutung, und das handelspolitische Verhältnis zwischen Deutschland und dem Donaureiche ist auf Grund der Handelsverträge für ersteres ein sehr gutes. Das anerkennen Schumacher und Eulenburg, und darüber ist ein Zweifel nicht möglich. Beide sehen diesen gegenwärtigen Zustand wie etwas Selbstverständliches an, und keinem von ihnen ist die Frage aufgestiegen, ob Österreich-Ungarn entsprechende Gegenleistungen erhält. Das wird billig verneint werden dürfen. Deutschland hat den Löwenvorteil aus den Handelsverträgen gezogen. Die Donaumonarchie will dem Deutschen Reich die Wettbewerbsbedingungen nicht verschlechtern, ja sie ist zu weiteren Erleichterungen bereit, aber sie verlangt jetzt eine angemessene Gegenleistung. Das ist die gemeinsame Handelsvertragspolitik, namentlich gegenüber den Rohstoff- und Nahrungsmittelländern, in erster Linie gegenüber Russland und dem Balkan. Der Abschluß gemeinsamer Handelsverträge ergibt sich nicht nur als notwendige Folge des Zollverbandes oder eines niedrigen Vorzugstarifes. Er ist auch die berechtigte Forderung für die seit geheimer Zeit ohne Gegenleistung genossene Stellung der deutschen Gewerbe auf dem österreichisch-ungarischen Markt, für die weitere Gewährung dieser Stellung und für deren verbesserten Ausbau.

Dieser Standpunkt dürfte dem Schumacherschen nicht so entgegenstehen, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Der gemeinsame, überhaupt wichtige Ausgangspunkt ist die Schaffung eines besonders nahen handelspolitischen Verhältnisses, das eine Angelegenheit der allgemeinen, großen Politik ist und nur den politisch Verbündeten zugänglich sein soll. Auch viele heutige Verfechter des Zollverbandplanes haben bis Anfang 1915 den Vorzugstarif vertreten, und erst allmählich und unter der Gunst der Verhältnisse hat sich ihnen die höhere Form als das erwünschte und erreichbare Ziel ergeben. Ein wirklicher Gegensatz besteht nicht. Es handelt sich um Gradunterschiede der äußern Form. Und was den Inhalt der sachlichen Forderungen und Zugeständnisse betrifft, so ist der Unterschied kaum größer, als er regelmäßig beim Beginn schwieriger Vertragsverhandlungen sein dürfte. Ein Ausgleich ist bei gutem Willen und Verständnis für die Lage des andern sicherlich herbeizuführen.

Die Vertreter einer rein volkswirtschaftlichen Be- trachtung weisen von ihrem Standpunkt gewiß mit Recht völkische und politische Erwägungen zurück. Die Aufgabe aber in der Aufdeckung

der Schwierigkeiten des Zollverbandes zu erschöpfen, ist sehr sonderbar. Ist die Erforschung der Vorteile keine volkswirtschaftliche Aufgabe? Und weiter. Auch die Schwierigkeiten ihrer eignen Pläne und Vorschläge für die Annäherung sollten sie nicht übersehen. Erst dann haben sie den Zollverband in die volle wirtschaftliche Beleuchtung gebracht.

Die unbedingt zwingenden Gründe für den Zollverband liegen meines Erachtens für das Deutsche Reich auf politischem Gebiete. Und zwar brauchen sie nicht erst im Zusammenhang mit der Lösung der polnischen Frage sich zu ergeben, sie bestehen schon heute in den Daseinsbedingungen des deutschen Volkes selbst. Wollen die Reichsdeutschen die Deutschen Österreich-Ungarns dem Weg der Holländer, Flamen und Schweizer aussetzen, oder soll ein Verhältnis wie zwischen Süd- und Norddeutschen herbeigeführt werden? Die Vollendung liegt im Schoße einer längeren Entwicklung, die Entscheidung fällt jetzt. Zu Beginn des Krieges erwartete man in Deutschland, der amerikanisch-japanische Gegensatz werde die Union auf Deutschlands Seite führen. Namentlich des Korkämpfers der weißen Rasse, Roosevelt, glaubte man sicher zu sein. Die Amerikaner sind Engländer und fühlen englisch, und dem kann Deutschland schlechterdings nichts entgegenstellen. Die Welt bietet für Deutschland nur einen ähnlichen Stützpunkt: die Deutschen in Österreich-Ungarn. Die Verbindung mit der Nachbarmonarchie darf deshalb nicht ausschließlich mit Augen angesehen werden, denen die handelspolitischen Ausbeutungsfähigkeiten des Marktes als Wertmaßstab gelten. Ein völkischer Gewinn und eine weltgeschichtliche Entwicklung steht in Frage, für die selbst handelspolitische Gegenwartopfer kein zu teurer Einsatz wären. Wenn die Notwendigkeiten der polnischen Frage stark genug sein sollen, die Gefahren und Schwierigkeiten des Zollverbandes zurücktreten zu lassen, so darf von der Verbindung der deutschen Stämme dasselbe wohl in noch viel höherem Maße gelten. Zumal der polnische Anschluß weit größere volkswirtschaftliche Schwierigkeiten in sich birgt. Diese Gebiete haben eine viel geringere Verbrauchs- und Kaufkraft, und sie bringen ein Großgewerbe mit, das seiner alten Märkte beraubt, nach den verschiedensten Richtungen die größten Aufgaben stellt.

Diese großen überragenden allgemeinen Notwendigkeiten weisen auf den Weg des Zollverbandes. Nach meiner Überzeugung tun das auch rein volkswirtschaftliche Erwägungen. Ein zwingender Beweis in dieser Beziehung ist nach Art der ungewissen Verhältnisse und bei der

Unzahl von Einzelsfragen unmöglich. Die volkswirtschaftlichen Gegner des Zollverbandes sind in keiner besseren Lage. Eines ist aber auch rein volkswirtschaftlich ausschlaggebend für den Zollverband: ein Handelsvertrag ist nicht minder schwierig zustande zu bringen, und er bringt mindestens so große Schattenzeiten in sich, ohne die großen Möglichkeiten für die Zukunft zu bieten. Ein näheres Eingehen auf den mehrfach gemachten Vorschlag des Ausbaues der Handelsvertragspolitik führt zum Eintreten für den Zollverband. Auch nicht das geringste ist dafür beigebracht, wie die Handelsvertragspolitik zwischen den Bundesgenossen mit Vorteil fortgesetzt werden kann. Wie soll der Ausbau aussehen? Welche Vorstellung hat man von der Verhandlungslage Deutschlands? Was es früher auf dem Gebiete landwirtschaftlicher Einfuhr bieten konnte und für große gewerbliche Zugeständnisse gewährt hat, ist heute überwiegend wertlos. Um nur den alten Zustand zu erhalten, müßte es auf andern Gebieten Ersatz schaffen. Das ist nicht einfach. Ghe österreichisch-ungarische Zugeständnisse in Betracht kommen, müßten sehr erhebliche deutsche gebracht werden. Nicht die geringste Aussicht besteht für die Annahme, das Feilschen um die Zollsätze werde eine Annäherung bringen. Wie bei der letzten Vertragsverlängerung würden auch jetzt Erhöhungen herauskommen. Nur ein Bruch mit der Handelsvertragspolitik und die grundsätzliche Annahme der Verkehrsfreiheit kann eine Annäherung bringen. Wer sie will, muß den Zollverband wollen. Aber auch nur wenn er gewollt wird, und zwar sehr ernst und nachdrücklich, kann er verwirklicht werden.